

Staatshaushaltsplan für 2009

Einzelplan 07
Wirtschaftsministerium



Baden-Württemberg
FINANZMINISTERIUM

Inhalt

Seite	Betragsteil	Stellenteil
	Seite	Seite
Vorwort	2	-
Kapitel 0701 Ministerium (einschl. produktorientierter Erläuterungen)	7	133
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen	19	-
Kapitel 0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft (einschl. produktorientierter Erläuterungen).....	32	-
Kapitel 0708 Innovation und Technologietransfer (einschl. produktorientierter Erläuterungen).....	42	-
Kapitel 0710 Mittelstandsförderung (einschl. produktorientierter Erläuterungen).....	65	-
Kapitel 0711 Energie und Wohnungsbau (einschl. produktorientierter Erläuterungen).....	90	-
Kapitel 0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege (einschl. produktorientierter Erläuterungen)	109	140
Zusammenstellung der Haushaltsansätze	124	-
Zusammenstellung der Verpflichtungsermächtigungen	126	-
Zusammenstellung der Belastungen aus Verpflichtungsermächtigungen	129	-
Zusammenstellung der Personalstellen	-	142

Wirtschaftsministerium

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Das Wirtschaftsministerium ist als oberste Landesbehörde insbesondere zuständig für

1. Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsrecht;
2. Wirtschaftsförderung, regionale und sektorale Strukturentwicklung;
3. Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Industrieansiedlung und Unternehmenskooperation;
4. Industrie und Mittelstand (Handwerk, Handel, freie Berufe), Aufsicht über die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern, Genossenschaftswesen;
5. Tourismus, Erholung, Kurorte und Bäder (mit Ausnahme der staatlichen Bäder);
6. Energiewirtschaft einschließlich Energiegewinnung aus Biomasse und nachwachsenden Rohstoffen, Energieaufsicht, Bergwesen, Landesgeologie, Vermarktung von Umwelttechnologien;
7. Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, technische Entwicklung, Rationalisierung, Produktivitätssteigerung;
8. Geld- und Kreditwesen, Börsenaufsicht, Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung);
9. Preise, Wettbewerb, Kartelle, öffentliches Auftragswesen;
10. Mess-, Eich- und technisches Prüfwesen;
11. Berufliche Bildung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft;
12. Entwicklungszusammenarbeit;
13. Raumordnung und Landesplanung;
14. Bau- und Wohnungswesen einschließlich Bauaufsicht, baulicher Wärmeschutz, Städtebaurecht, Städtebauliche Erneuerung;
15. Denkmalschutz und Denkmalpflege;
16. Telekommunikation, Postwesen;
17. Wirtschaftspolitische Fragen in Bezug auf die Europäische Union und andere europäischen Institutionen.

Das Wirtschaftsministerium hat für seinen Geschäftsbereich die Fachaufsicht über die Regierungspräsidien und — nach Maßgabe des Landesplanungsgesetzes — die Regionalverbände und den Verband Region Stuttgart als Träger der Regionalplanung.

Vom Wirtschaftsministerium beaufsichtigte Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts:

Architektenkammer Baden-Württemberg, Stuttgart,
Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Mannheim,
Regionalverband Donau-Iller, Neu-Ulm,
12 Industrie- und Handelskammern,
8 Handwerkskammern in Baden-Württemberg,
Ingenieurkammer Baden-Württemberg, Stuttgart,
Deutsche Institute für Textil- und Faserforschung, Stuttgart.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine wesentlichen Änderungen.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

	2008 Tsd. EUR	2009 Tsd. EUR
Steuern und steuerähnliche Abgaben	-	-
Verwaltungseinnahmen	33 553,5	33 159,5
Übrige Einnahmen	198 120,6	177 784,3
Gesamteinnahmen	231 674,1	210 943,8
Personalausgaben	66 903,2	71 086,3
sächliche Verwaltungsausgaben	10 460,0	10 780,9
Schuldendienst	2 100,0	3 500,0
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	337 086,2	369 416,2
Ausgaben für Investitionen	188 276,5	196 319,9
Besondere Finanzierungsausgaben	- 7 316,3	- 15 495,1
Gesamtausgaben	597 509,6	635 608,2
Zuschuss	365 835,5	424 664,4

D. Personalsoll

	2008 Stellen	2009 Stellen
Tit. 422 01 Planmäßige Beamte	283,5 (6,0 kw)	281,0 (5,0 kw)
Tit. 428 01 Arbeitnehmer (Beschäftigte)	191,5 (6,0 kw)	183,5 (4,0 kw)
zusammen	475,0 (12,0 kw)	464,5 (9,0 Kw)

Sonstige im Personalsoll nicht enthaltene Bedienstete:

	2008	2009
Kap. 0701 Tit. 426 06	9,00	9,00
Kap. 0702 Tit. 429 02	2,75	2,75
Kap. 0702 Tit. 429 84	2,00	2,00
Kap. 0708 Tit. 429 75	1,50	1,50
Kap. 0708 Tit. 429 82	1,50	0,50
Kap. 0710 Tit. 429 75	0,75	0,75
Kap. 0710 Tit. 429 78	1,00	1,00
zusammen	17,50	17,50

E. Zusammenfassung der wichtigsten Sachausgaben

1. Zuwendungen (ohne Investitionen) für

2009
Mio. EUR

Kap. 0707		
	an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH.....	0,8
	Schuldendiensthilfe an die Projektgesellschaft Neue Messe	31,0
	Maßnahmen zur Förderung internationaler Wirtschaftsbeziehungen.....	2,3
	Zuschüsse an fremdsprachliche Schulen.....	1,2
0708		
	die Kontaktstellen „Frau und Beruf“.....	1,1
	neue Technologien und wirtschaftsnahe Forschung.....	20,9
	die gemeinsame Förderung der Forschung (Bund/Länder).....	43,2
0710		
	das Festspielhaus Baden-Baden.....	2,6
	die Tourismusförderung	4,0
	Maßnahmen zur Förderung der Berufsbildung	8,1
	Förderung des Mittelstands (zuzüglich 39,4 Mio. EUR zu erwartender LKB-Bankbeitrag)	7,9
	die Umsetzung des Europäischen Sozialfonds – Ziel 2 – (ESF-Mittel)	12,2
	die Umsetzung des Europäischen Sozialfonds – Ziel 2 – (Landesmittel)	3,4
	die Umsetzung des Europäischen Sozialfonds – Ziel 3 – (ESF-Mittel)	-
	die Umsetzung des Europäischen Sozialfonds – Ziel 3 – (Landesmittel).....	-
	die berufliche Aufstiegsfortbildung.....	20,4
0711		
	das Institut für Bautechnik, Berlin.....	1,1
	das Wohnungswesen (zuzüglich 19,5 Mio. EUR zu erwartender LKB-Bankbeitrag)	42,5
	Wohngeld.....	163,0
0712		
	Zuschüsse an die Regionalverbände	1,9

2. Zuwendungen (nur Investitionen) für

Kap. 0707		
	Baden-Württembergische Messegesellschaften	-
0708		
	neue Technologien und wirtschaftsnahe Forschung.....	8,1
	die gemeinsame Förderung der Forschung (Bund/Länder)	13,9
0710		
	die Tourismusförderung	5,5
	die überbetriebliche Mittelstandsförderung und berufliche Bildung.....	2,9
0711		
	die Förderung der Energieversorgung	3,3
	das Wohnungswesen.....	5,4
0712		
	die Denkmalpflege	11,0
	die Städtebauliche Sanierung und Entwicklung in Gemeinden	144,8

F. Verpflichtungsermächtigungen

2009
Mio. EUR

Die Verpflichtungsermächtigungen nach § 38 Abs. 1 LHO betragen zusammen.....	284,2
--	-------

**G. Zusammenstellung der für Zwecke der Mittelstandsförderung bestimmten Ausgaben
(§ 7 Abs. 5 Gesetz zur Mittelstandsförderung)**

Kap.	Tit. Tit.Gr.	Zweckbestimmung	2009 Mio. EUR
		I. Überbetriebliche Maßnahmen zur Steigerung der Leistungskraft	
		Berufliche Aus- und Fortbildung	
0710	75/72	Lehrgänge und sonstige Maßnahmen (§ 9)	8,7
0710	71	Investitionen für überbetriebliche Berufsbildungsstätten (§ 9)	2,9
0708	75	Kontaktstellen „Frau und Beruf“ (§ 10)	1,1
0710	71	Unternehmensberatung (§ 11)	2,2
0707	85	Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen (§ 13)	3,3
		II. Wirtschaftsnah e Forschung und technische Entwicklung	
0708	685/686 79	Projektförderung (§ 12)	1,3
0708	685/894 79	Institutionelle Förderung (§ 12)	27,5
		III. Maßnahmen zur Verbesserung der Kapitalversorgung (§§ 19, 20, 21)	
0707	661 70	Zuschuss an die MBG	0,8
0710		Zinszuschüsse für zinsverbilligte Darlehen vollständig finanziert aus erwartetem LKB-Bankbeitrag i.H.v. 39,4 Mio. EUR)	-
		IV. Förderung des Dienstleistungssektors	
0707	547/686 70	Für innovative Modell- und Pilotprojekte	0,1
		V. Existenzgründungsförderung	
0710	78	Existenzgründungen, Betriebsübernahmen	<u>2,1</u>
		zusammen:	50,0

(zuzüglich 39,4 Mio. EUR erwarteter LKB-Bankbeitrag).

H. Übersicht über die produktorientierten Erläuterungen

1. Aktuelle Situation

Die im Einzelplan veranschlagten Haushaltsermächtigungen dienen der Aufgabenerfüllung (Produkterstellung) in einer Vielzahl von Aufgabenbereichen. Zu den Kosten, Zielen, Leistungen, Ergebnissen und Wirkungen dieser Aufgabenbereiche sind produktorientierte Erläuterungen bei den jeweiligen Schwerpunktkapiteln ausgebracht. Für jeden Fachbereich sind eigene Kapitel definiert worden, auf welche sich die produktorientierten Informationen beziehen.

Fachbereich	Kapitel	Hinweise zu produktorientierten Erläuterungen
Wirtschaftsordnung (Nr. 58)	0701	Informationen zum produktorientierten Haushalt 2009 werden für Schwerpunktbereiche dargestellt.
Mittelstandspolitik (Nr. 60)	0710	Informationen zum produktorientierten Haushalt 2009 werden für Schwerpunktbereiche dargestellt.
Innovation und Technologietransfer (Nr. 61)	0708	Informationen zum produktorientierten Haushalt 2009 werden für Schwerpunktbereiche dargestellt.
Infrastruktur (Nr. 62)	0712	Informationen zum produktorientierten Haushalt 2009 werden für Schwerpunktbereiche dargestellt.
Energie und Wohnungsbau (Nr. 63)	0711	Informationen zum produktorientierten Haushalt 2009 werden für Schwerpunktbereiche dargestellt.
Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft (Nr. 64)	0707	Informationen zum produktorientierten Haushalt 2009 werden für Schwerpunktbereiche dargestellt.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich einige Änderungen ergeben. Insbesondere konzentrieren sich die produktorientierten Informationen im aktuellen Haushaltsplan auf die Förderprogramme des Wirtschaftsministeriums, da hier von vergleichsweise hohen Steuerungsmöglichkeiten ausgegangen werden kann. Darüber hinaus sind die beiden kostenrechnenden Einrichtungen aus dem Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums aufgeführt (Beschussamt Ulm, Landesbetrieb Mess- und Eichwesen), für die kostenrechnerische Informationen naturgemäß eine große Rolle spielen.

Da die Verwaltungskosten erst seit 2007 in verlässlicher Form vorliegen, wird diese Kennzahl sowie die daraus gebildete Verhältniskennzahl erst ab diesem Zeitpunkt berichtet.

Produktorientierte Informationen

FB Wirtschaftsordnung

Haushaltsermächtigungen 0701, 0307

1. Kosten und Erlöse

Zusammen- setzung der Fachbereichs- kosten	Jahr	KLR Ergebnis			Fördermittel/ Transferergebnis			Konzern- umlage	Steuern und steuer- äuhl. Erträge	Gesamt- ergebnis
		Erlöse	Verwal- tungs- kosten	Betriebs- ergebnis	Fördermittel-/ Transfer- einnahmen	Fördermittel-/ Transfer- ausgaben	Förder- mittel-/ Transfer- ergebnis			
		Tsd.EUR								
Fachbereichs- kosten (ohne RP)	Ist-2006	695,3	1.496,6	801,4-	-	-	-	813,3	-	1.614,6-
	Ist-2007	843,8	1.803,3	959,5-	-	-	-	1.164,3	-	2.123,7-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Regierungs- präsidien	Ist-2006	1.313,3	2.995,0	1.681,8-	-	-	-	-	17,1-	1.664,6-
	Ist-2007	1.348,8	3.009,0	1.660,2-	-	-	-	-	32,0-	1.628,1-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fachbereichs- ergebnis	Ist-2006	2.008,5	4.491,7	2.483,1-	-	-	-	813,3	17,1-	3.279,3-
	Ist-2007	2.192,6	4.812,3	2.619,7-	-	-	-	1.164,3	32,0-	3.751,9-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	HH-Jahr	Anteile des Fachbereichs am Gesamtvolumen aller Fachbereiche des Einzelplans								
		%								
	Ist-2006	42,07	5,59	3,29	-	-	-	3,15	100,00	0,77
	Ist-2007	40,64	6,39	3,75	-	-	-	3,38	99,14	0,85
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-

2. Ziele und Messgrößen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Waffenrecht und Sicherheitstechnik	0701, 0307	Schutz und Sicherheit; Abwehr techn. Mängel und Gefahren bei fachgemäßem Gebrauch von Waffensystemen	Beanstandungsquote Waffentechnik in %	0,9 (-)	0,6 (0,9)	0,9	0,8
			Kostendeckungsquote in %	100 (-)	87 (85)	85	87

3. Erläuterungen

FP Waffenrecht und Sicherheitstechnik

Die Beanstandungsquote Waffentechnik ist ein wichtiger Indikator für die Qualität der geprüften Produkte und damit der Marktüberwachung. Die höhere Quote seit 2006 ist nach Auskunft des Beschussamtes Ulm insbesondere auf den Anstieg des Imports von Waffen aus dem südostasiatischen Raum zurückzuführen, die von minderer Qualität und schlechter ausgezeichnet sind.

Die Kostendeckungsquote für das Beschussamt Ulm zeigt, in welchem Umfang die in den einzelnen Aufgabenbereichen (Waffen- und Munitionstechnik sowie Sicherheitstechnik und Sonderaufgaben) erzielten Einnahmen aus Gebühren und sonstigen Entgelten den spezifisch anfallenden Aufwand decken. Die Quote ist in den einzelnen Aufgabenbereichen unterschiedlich hoch, bei Waffen- und Munitionstechnik, dem Aufgabenschwerpunkt des Beschussamtes, ca. 80 %, bei den anderen Aufgaben wird Kostendeckung erreicht. Die Planbarkeit hängt in hohem Maße von der Auftragslage ab.

Die hohe Kostendeckungsquote in 2006 ist auf Mehraufträge der Waffenindustrie zurückzuführen, ein Auftragsvolumen in vergleichbarem Umfang für die Folgejahre ist derzeit nicht absehbar. Die Prognosen für 2008 und 2009 sind auch deshalb vorsichtig angesetzt, da die Baumaßnahmen für den Erweiterungsbau als auch der laufende Umbau der bestehenden Einrichtungen den Betriebsablauf erschweren.

Das Wirtschaftsministerium hat den Auftrag erhalten, die Umwandlung zum Landesbetrieb bis Ende 2008 zu prüfen und dem Landtag die Ergebnisse zu berichten.

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	750,0		a)	750,0
			1.032,2		b)	
			449,4		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Gebühren nach dem Energiewirtschaftsgesetz (z.B. durch die Landesregulierungsbehörde.)

112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	75,0		a)	50,0
			0,0		b)	
			12,0		c)	

Erläuterung: Ordnungsstrafen und Geldbußen auf Grund des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

119 49	011	Vermischte Einnahmen	3,0		a)	3,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

132 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	2,5		a)	2,5
			3,1		b)	
			10,9		c)	

132 02	011	Erlöse aus der Versteigerung von Geschenken an Landesbedienstete	0,0		a)	0,0
			1,9		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vgl. die Verwendung dieser Einnahmen bei Tit. 511 02 und Tit. 684 01.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen	830,5		a)	805,5
---	-------	--	----	-------

Übrige Einnahmen

261 01	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben	37,0		a)	37,0
			27,0		b)	
			29,8		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Beiträge zu den Verwaltungskosten für die Beaufsichtigung von Versicherungsunternehmen.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	37,0		a)	37,0
---------------------------------------	------	--	----	------

Gesamteinnahmen	867,5		a)	842,5
------------------------	-------	--	----	-------

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Personalausgaben

421 01	011	Bezüge des Ministers und des Staatssekretärs	331,6		a)	254,9
			254,9		b)	
			257,9		c)	

Amtsgehalt	2008	2009	
B 11	1	1	Minister
85 v.H. des Grundgehalts der Bes.Gr. B 11	1	1	Staatssekretär
zus.	2	2	

Erläuterung:

In dem Haushaltsansatz sind enthalten:	2009
	Tsd. EUR
Aufwandsentschädigungen des Ministers und des Staatssekretärs (§10 Abs. 2 Ministergesetz)	9,2

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten	12.665,7		a)	12.795,9
			12.795,9		b)	
			11.614,8		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften:

	2009
	Tsd. EUR
1. Planmäßige Beamte (und Richter)	12.560,0
darunter:	
1.1 Aufwandsentschädigungen bei Abordnungen ins Ausland: 8,3 Tsd. EUR	
Steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER: 0,1 Tsd. EUR	
Schul- und Kinderreisebeihilfen: 0,1 Tsd. EUR	
1.2 Dienst zu ungünstigen Zeiten: 5,0 Tsd. EUR	
3. Abgeordnete Beamte	235,9
Darunter:	
3.1 Steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER: 0,1 Tsd. EUR	
Schul- und Kinderreisebeihilfen: 0,1 Tsd. EUR	
zus.	12.759,9

426 06	W 011	Löhne der nicht vollbeschäftigten Arbeiter und des Reinigungsdienstes	472,8		a)	0,0
			346,2		b)	
			303,2		c)	

427 26	011	Persönliche Prüfungskosten	4,0		a)	4,2
			4,2		b)	
			13,4		c)	

Erläuterung: Prüfungsvergütungen, Honorare und Reisekosten, Kosten der Prüfungsaufsicht und Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen.

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
427 51	011	Sonstige Beschäftigungsentgelte		38,9 26,2 0,0	a) b) c)	38,9
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	2009 Tsd. EUR			
		1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen	38,9			
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmer (Beschäftigten)		7.937,6 0,0 0,0	a) b) c)	6.988,3
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	2009 Tsd. EUR			
		Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen aufgrund von Tarifverträgen	217,2 0,0			
		3. Nicht voll beschäftigte Arbeitnehmer (Gesamtbezüge)	217,2			
		4. Abgeordnete Arbeitnehmer (Gesamtbezüge)	0,0			
		5. 7/7 Auszubildende, 2/2 Praktikanten und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudenten	56,3			
		6. Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit	0,1			
		7. Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge Schul- und Kinderreisebeihilfen	0,1			
		8. Steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER	24,9			
		9. Sonstige Zulagen (im Einzelnen anzugeben)	26,4			
		Zulagen nach § 14 TV-L	2,3			
		Zulagen nach §§ 10 und 18 TVÜ-Länder	3,3			
		Zulagen nach § 19 TV-L				
		Vorarbeiterzulage				
		Ist-Ergebnisse 2007: Tit. 425 01 6.330,5 Tsd. EUR; Tit. 426 01 657,8 Tsd. EUR; zus. 6.988,3 Tsd. EUR.				
428 06	N 011	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	246,7
		Erläuterung: Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 8,3 Tsd. EUR.				
453 01	011	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		33,0 8,8 3,2	a) b) c)	33,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	2009 Tsd. EUR			
		1. Trennungsgelder, Fahrkostenbeiträge, Fahrkosten- und Verpflegungszuschüsse u. dgl.	22,0			
		3. Umzugskostenvergütungen	11,0			
		zus.	33,0			

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

459 49	011	Vermischte Personalausgaben		7,3	a)	
				0,0	b)	
				0,0	c)	
						7,3

Erläuterung: Veranschlagt sind:	2009
	Tsd. EUR
1. Geldpreise für Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung	7,2
2. Sonstiges	0,1
zus.	7,3

Zwischensumme Personalausgaben	21.490,9	a)	20.369,2
---------------------------------------	----------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		347,2	a)	
				336,6	b)	
				318,6	c)	
						333,7

Erläuterung: Veranschlagt sind:	2009
	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	113,7
2. Porto	130,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	70,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	18,0
5. Sonstiges	2,0
zus.	333,7

Umsetzung infolge neuer Geschäftsabgrenzung der Ministerien nach Kap. 1001 Tit. 511 01 3,5 Tsd. EUR.

511 02	011	Erwerb von Ausstattungsgegenständen (Kunstwerke u.a.) aus Versteigerungserlösen (vgl. Tit. 132 02)		0,0	a)		
				0,0	b)		
				0,0	c)		
		Tit. 511 02 und 684 01 sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. 132 02 abzüglich der Ausgaben bei Tit. 684 01 zulässig.					0,0

Erläuterung: Die Erlöse bei Tit. 132 02 sollen teilweise zum Erwerb von Gegenständen verwendet werden, die zur Verschönerung der Räumlichkeiten des Wirtschaftsministeriums beitragen. Vgl. auch Tit. 684 01.

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		
514 01	011	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.		43,0	a)	43,0
				37,3	b)	
				34,6	c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind:		2009		
				Tsd. EUR		
		1. Haltung von Dienstfahrzeugen		43,0		
		Bestand an Dienstfahrzeugen		2009		
		Pkw		3		
		davon geleast		3		
		Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.		1		
514 02	011	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)		2,3	a)	2,3
				1,3	b)	
				1,6	c)	
		Erläuterung: Dienstkleidung erhalten 4/4 Kraftfahrer und 8/8 Angehörige des Haus- und Botendienstes.				
517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		14,0	a)	25,9
				25,6	b)	
				15,2	c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf).				
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte		13,0	a)	13,0
				12,6	b)	
				9,6	c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind:		Amtliches		
				Kennzeichen		
				2009		
				Tsd. EUR		
		Ersatzbeschaffungen (Leasing)				
		1 PKW, 4türlich, 3,2/164 kw	BWL 9-1	6,2		
		1 PKW, 4türlich, 2,2/110 kw	BWL 9-2	3,4		
		1 PKW, 4türlich, 2,2/110 kw	BWL 9-3	3,4		
			zus.	13,0		
526 21	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		9,5	a)	9,5
				3,8	b)	
				0,4	c)	

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

531 05	011	Ideen- und Beschwerdemanagement der Landes- verwaltung	5,0		a)	5,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Der Ministerrat hat am 06.02.2001 beschlossen, das Konzept der Landesregierung "Ideen- und Beschwerdemanagement" zu erproben. Veranschlagt sind die Kosten für Auszeichnungsaktionen, Öffentlichkeitsarbeit und ein Identifikations- und Kommunikationsprogramm.

532 01	011	Umzugs- und Verlegungskosten	3,0		a)	3,0
			0,0		b)	
			1,3		c)	

534 01	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	4,0		a)	4,0
			2,4		b)	
			1,6		c)	

Erläuterung: Für Werkverträge u. ä.

546 49	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	79,9		a)	79,9
			89,0		b)	
			121,6		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Mehrwertsteuererstattung an die Gemeinschaftsküche, Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte, Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Auslagen für Vorstellungsreisen usw.

Wirtschaftsplan der behördeneigenen Kantine	2009	
	Tsd. EUR	
<hr/>		
Einnahmen		
1. Teilnehmerbeiträge	280,0	
2. Zuschüsse des Landes (Umsatzsteuer u.a.)	20,0	
3. Sonstige Einnahmen (Gästeessen, Getränke usw.)	50,0	
zus.	350,0	
Ausgaben		
1. Personalausgaben	170,0	
2. Herstellung der Mahlzeiten	165,0	
3. Sonstige Ausgaben (Getränke usw.)	15,0	
zus.	350,0	

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	901,4	a)	870,6
--	-------	----	-------

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

684 01	011	Zuschüsse für karitative, gemeinnützige und soziale Zwecke (vgl. Tit. 132 02)	0,0		a)	0,0
			3,0		b)	
			0,0		c)	

Die Mittel sind übertragbar. Tit. 684 01 und 511 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. 132 02 abzüglich der Ausgaben bei Tit. 511 01 zulässig.

Erläuterung: Die Erlöse bei Tit. 132 02 sollen neben der Verwendung bei Tit. 511 02 auch für karitative, gemeinnützige und soziale Zwecke eingesetzt werden.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0,0		a)	0,0
---	-----	--	----	-----

Ausgaben für Investitionen

811 01	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
812 01	011	Erwerb von Geräten und sonst. beweglichen Sachen	38,0		a)	38,0
			74,2		b)	
			45,1		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:

			2009	
			Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:				
- Dienstzimmerausstattungen			30,0	
- Sonstiges			8,0	
		zus.	38,0	

812 05	011	Erwerb von Geräten und sonst. beweglichen Sachen für die Gemeinschaftsküche	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen	38,0		a)	38,0
---	------	--	----	------

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69		Aufwand für Informationstechnik				
511 69A	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		265,5 185,8 249,2	a) b) c)	191,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:		2009 Tsd. EUR		
		1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		140,0		
		2. Unterhaltung und Instandsetzung		51,0		
		zus.		191,0		
511 69B	011	Fernmeldegebühren u. dgl.		141,0 34,3 32,4	a) b) c)	125,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:		2009 Tsd. EUR		
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		100,0		
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		20,0		
		3. Rundfunk- (und Fernseh-)gebühren		4,0		
		4. Sonstiges		1,0		
		zus.		125,0		
		Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Fernsprechanchlüsse:		2009		2008
				7		7
514 69	011	Verbrauchsmittel		67,2 75,0 74,0	a) b) c)	104,0
		Erläuterung: Verbrauchsmittel (Endlospapier, Disketten, Farbbänder usw.).				
518 69	011	Maschinen- und Gerätemieten		98,9 86,8 100,5	a) b) c)	90,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Mietkosten für Fernkopierer und Kopiergeräte.				

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR	
525 69	011	Aus- und Fortbildung		52,6 22,7 16,7	a) b) c)	40,0	
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten der informationstechnischen Aus- und Fortbildung für das Personal der Wirtschaftsverwaltung (einschließlich Reisekosten).							
534 69	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		359,5 318,3 374,9	a) b) c)	448,7	
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Software und für Beratungsleistungen. Umsetzung infolge neuer Geschäftsabgrenzung der Ministerien nach Kap. 1001 Tit. 534 69 3,5 Tsd. EUR.							
546 69	011	Sonstiger Sachaufwand		70,0 32,5 34,5	a) b) c)	52,5	
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für die Weiterentwicklung des Automatisierten Raumordnungskatasters einschließlich Planatlas Baden-Württemberg sowie die anteiligen Kosten der Generalvereinbarung Geobasisdaten mit dem Landesvermessungsamt.							
			2009 Tsd. EUR				
Software			10,0				
Entwicklungskosten			10,0				
Generalvereinbarung Geobasisdaten			30,0				
zus.			50,0				
812 69	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		38,5 150,1 246,4	a) b) c)	38,5	
Erläuterung: Veranschlagt sind:							
			2009 Tsd. EUR				
1. Neubeschaffungen							
Ausbau des Bürokommunikationssystems							
Hardware							
28,5							
Software-Lizenzen							
10,0							
zus. 38,5							
Summe Titelgruppe 69			1.093,2 a)				1.089,7
Gesamtausgaben			23.523,5 a)				22.367,5

Wirtschaftsministerium
0701 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0701

Verwaltungseinnahmen	830,5	a)	805,5
Übrige Einnahmen	37,0	a)	37,0
Gesamteinnahmen	867,5	a)	842,5
Personalausgaben	21.490,9	a)	20.369,2
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.956,1	a)	1.921,8
Ausgaben für Investitionen	76,5	a)	76,5
Gesamtausgaben	23.523,5	a)	22.367,5
Kapitel 0701 Zuschuss	22.656,0	a)	21.525,0

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 49	610	Vermischte Einnahmen	251,0	a)	100,0
			36,5	b)	
			21,6	c)	

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen	251,0	a)	100,0
---	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

235 02	253	Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Träger nach dem SGB III und II	44,3	a)	44,3
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Träger nach dem SGB III und II zur Förderung der Arbeitsaufnahme und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bzw. zur Eingliederung in Arbeit.

235 05	253	Zuweisungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe zur besonderen Förderung der Beschäftigung Schwerbehinderter	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Zuweisungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe zur besonderen Förderung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen. Vgl. die Ausgaben bei Tit. 427 53.

281 01	691	Rückerstattung von Zuweisungen u. dgl.	500,0	a)	100,0
			16,5	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Rückerstattung von Zuschussmitteln, die von den Empfängern nicht zweckentsprechend verwendet worden sind, u. dgl.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	544,3	a)	144,3
---------------------------------------	-------	----	-------

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

63		Fördermaßnahmen aus dem Gebäudeversicherungserlös für die Förderbereiche Ziffern 1. bis 10. (vgl. Erläuterungen bei den Ausgaben)				
173 63	692	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden (vgl. Ausgaben zu Ziff. 3)		0,0 510,0 522,9	a) b) c)	0,0
356 63	950	Entnahme aus dem Allgemeinen Grundstock (Unterteil Gebäudeversicherungserlös)		0,0 1.246,1 2.524,3	a) b) c)	0,0
		Nicht mehr benötigte Mittel dürfen durch Rotabsetzung von den Einnahmen an den Allgemeinen Grundstock -Unterteil Gebäudeversicherungserlös- zurückgeführt werden.				

Erläuterung: Vgl. die Ausgaben bei Tit.Gr. 63.

	Summe Titelgruppe 63	0,0	a)	0,0
--	-----------------------------	-----	----	-----

84		Betrieb Haus der Wirtschaft				
119 84	610	Vermischte Einnahmen		0,0 0,1 0,1	a) b) c)	0,0
124 84	610	Einnahmen aus der Vermietung von Konferenz- und Ausstellungsräumen		490,0 564,9 461,8	a) b) c)	490,0
		Im Rahmen der Mittelstandsförderung können Räume u. Einrichtungen an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt überlassen werden.				
125 84	610	Sonstige Betriebseinnahmen		17,0 5,2 21,6	a) b) c)	17,0

Erläuterung: Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Einrichtungsgegenständen u. dgl. Vgl. Vermerk bei den Ausgaben der Tit.Gr. 84.

	Summe Titelgruppe 84	507,0	a)	507,0
--	-----------------------------	-------	----	-------

	Gesamteinnahmen	1.302,3	a)	751,3
--	------------------------	---------	----	-------

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			

Ausgaben

Personalausgaben

422 16	940	Versicherungsbeiträge für ausscheidende Beamte	400,0			400,0
			70,7		a)	
			110,9		b)	
					c)	

427 52	253	Entgelte an Beschäftigte nach dem SGB III und II	73,9			73,9
			0,0		a)	
			0,0		b)	
					c)	

Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: Entgelte an Beschäftigte bei Förderung der Arbeitsaufnahme bzw. bei Eingliederung in Arbeit und bei Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem SGB III und II.

427 53	253	Beschäftigungsentgelte aus Mitteln der Ausgleichs- abgabe nach dem Schwerbehindertengesetz für ent- lastende Personalmassnahmen	0,0			0,0
			0,0		a)	
			0,0		b)	
					c)	

Ausgaben sind bis zur Höhe der Einnahmen bei Tit. 235 05 zulässig.

Erläuterung: Die Integrationsämter der Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg Hohenzollern sowie die Bundesanstalt für Arbeit können nach dem SGB III und dem SGB IX aus Mitteln der Ausgleichsabgabe Zuschüsse an öffentliche und private Arbeitgeber zur Förderung der Beschäftigung bzw. Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen gewähren. Diese Förderinstrumentarien dienen mit dazu, Arbeitgeber zu motivieren, vermehrt schwerbehinderte Menschen einzustellen und zu beschäftigen.

429 01	253	Beschäftigungsentgelte zur Erleichterung der Beschäftigung von Schwerbehinderten und ihnen gleichgestellte Menschen bei Landesbehörden	0,5			0,5
			0,0		a)	
			0,0		b)	
					c)	

Erläuterung: Zur Erleichterung der Beschäftigung von Schwerbehinderten können zu Lasten dieser Mittel Schwerbehinderte bis zu drei Monaten vor Freiwerden einer Stelle in den Landesdienst übernommen werden.

429 02	151	Personalaufwand	270,0			270,0
			25,3		a)	
			0,0		b)	
					c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Personalaufwand für befristete Arbeitsverhältnisse zur Abwicklung von Programmen der Mittelstands- und Wirtschaftsförderung.

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen	37.000,0 35.514,2 36.413,0		a) b) c)	37.000,0
		Erläuterung: Anzahl der Versorgungsempfänger		1.189.		
441 01	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfeverordnung u. dgl. (ohne Versorgungsempfänger)	864,0 837,3 754,8		a) b) c)	837,3
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
443 01	940	Fürsorgemaßnahmen	13,8 1,4 0,1		a) b) c)	13,8
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Unfallfürsorgeleistungen nach §§ 32 ff. des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG), die Unfallausgleichsleistung nach § 35 BeamtVG jedoch nur, soweit sie neben Bezügen im Sinne des Besoldungsrechts gezahlt werden.				
446 01	018	Beihilfen auf Grund der Beihilfeverordnung u.dgl. (Versorgungsempfänger)	800,0 5.206,3 4.398,9		a) b) c)	5.400,0
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
446 21	018	Beihilfen zu den Kosten der Pflege auf Grund der Beihilfeverordnung u.dgl. (Versorgungsempfänger)	190,0 943,3 915,8		a) b) c)	950,0
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
459 01	940	Ersatz von Sachschäden an Beamte (und Richter), soweit die Leistungen nicht i.R. der Unfallfürsorge gewährt werden sowie an Arbeitnehmer.	3,3 0,0 0,0		a) b) c)	3,3
		Erläuterung: Leistungen nach § 102 des Landesbeamtengesetzes sowie Ausgaben für den Ersatz von Sachschäden an Arbeitnehmer (Beschäftigte) nach Maßgabe der gesetzlichen bzw. der für die Beamten geltenden Bestimmungen.				
462 01	989	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	-451,0 0,0 0,0		a) b) c)	-287,0
		Erläuterung: Globale Minderausgabe für die gem. § 2 StHG 2007/08 im Einzelplan 07 zu streichenden Stellen. Vgl. auch Globale Minderausgaben bei Tit. 972 10 und Kap. 1212 Tit. 972 01.				
Zwischensumme Personalausgaben			39.164,5		a)	44.661,8

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

525 21	155	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	130,7 92,1 74,1		a) b) c)	110,0
--------	-----	--	-----------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Ausgaben für die Aus- und Fortbildung von Bediensteten (einschließlich Reisekosten).

529 10	012	Für Aufwendungen bei Amtseinführungen und Verabschiedungen von Behördenleitern	0,6 0,0 0,0		a) b) c)	0,6
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Für Amtseinführung und Verabschiedung von Behördenleitern im Geschäftsbereich der Wirtschaftsverwaltung. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen, eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

531 02	013	Für sonstige Öffentlichkeitsarbeit	7,5 1,9 1,4		a) b) c)	4,5
--------	-----	------------------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Die Mittel sind übertragbar. Tit. 531 02 und Kap. 0701 Tit. 531 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Aufwendungen für sonstige Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von Regionalbereisungen, Pressefahrten u. dgl.

534 01	062	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	344,5 216,4 196,4		a) b) c)	344,5
--------	-----	----------------------------------	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt ist der Verwaltungskostenbeitrag an die Landeskreditbank Baden-Württemberg für die Abwicklung von Förderprogrammen und -maßnahmen (für die Übernahme der Aufgaben von der früheren Staatsschuldenverwaltung).

534 05	254	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes	16,5 8,6 5,6		a) b) c)	16,5
--------	-----	---	--------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
545 05	N 229	Künstlersozialabgabe nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	3,0
Die Mittel sind übertragbar.						
Erläuterung: Übertragen von Kap. 0710 Tit. 546 75.						
547 02	011	Sachaufwand für die Verleihung der Wirtschaftsmedaille des Landes Baden-Württemberg		9,0 11,4 10,4	a) b) c)	12,0
Erläuterung: Veranschlagt ist der allgemeine Geschäftsbedarf einschließlich der Druck- und Prägekosten für Urkunden und Medaillen.						
549 01	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Einsparung zum Ausgleich des Haushalts. Im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses (§ 37 Abs. 1 LHO) kann die Globale Minderausgabe innerhalb des Einzelplans bei den Sachausgaben der Hauptgruppe 6 erwirtschaftet werden. Vgl. auch Globale Minderausgaben bei Tit. 462 01, 972 10 und Kap. 1212 Tit. 972 01.						
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				508,8	a)	491,1
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)						
632 02	011	Anteil des Landes an den Kosten des Landes Berlin für die Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz		23,3 16,2 19,5	a) b) c)	23,0
633 01	N 012	Erstattung mittelbarer Verwaltungskosten an die Landratsämter		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Ausgaben sind bis zur Höhe von Einsparungen bei Kap. 0711 Tit.Gr. 75 zulässig.						
Erläuterung: Kostenerstattungen an die Landkreise für das Handeln der unteren Verwaltungsbehörden (insbesondere im Fachbereich Baurecht nach § 52 Abs. 2 LKrO).						

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
685 49	610	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.		6,1 5,8 5,8	a) b) c)	9,8
		Erläuterung:	2009			
		Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Beitrag an den Ausschuss für das Grubenrettungswesen	0,4			
		2. Mitgliedsbeitrag an die Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt e.V., Köln	0,2			
		3. Mitgliedsbeitrag an das Forum für Zukunftsenergien e.V.	1,3			
		4. Beitrag an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin-Dahlem	2,1			
		5. Mitgliedsbeitrag an den Verein Technologie-Transfer Handwerk	2,1			
		6. Mitgliedsbeitrag an das Netzwerk NEREUS	3,4			
		7. Mitgliedsbeitrag an das Netzwerk Deutsche Gesundheitsregionen e.V.	0,3			
		zus.	9,8			
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			29,4		a)	32,8
Besondere Finanzierungsausgaben						
972 03	N 989	Globale Minderausgabe dezentrale Sachausgabenbudgetierung § 6a StHG		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	-43,1
		Erläuterung: Globale Minderausgabe im Zusammenhang mit der dezentralen Sachausgabenbudgetierung. Vorwegabzug für den Verzicht auf eine künftige Restestreichung.				
972 10	989	Globale Minderausgabe		-7.653,8 0,0 0,0	a) b) c)	-15.534,0
		Erläuterung: Vgl. auch Globale Minderausgaben bei Tit. 462 01, 549 01 und Kap. 1212 Tit. 972 01.				
981 01	990	Ausgaben für gebührenpflichtige Leistungen des Statistischen Landesamts		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Zwischensumme Besondere Finanzierungsausgaben			-7.653,8		a)	-15.577,1

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

61 Abfindungen und Übergangsgelder

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

428 61	940	Abfindungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	17,0		a)	17,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Summe Titelgruppe 61			17,0		a)	17,0

62 Jubiläumsgaben und -zuwendungen

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Jubiläumsgewährungen für 25-, 40- und 50jährige Dienstjubiläen.

422 62	940	Jubiläumsgewährungen für Beamte (und Richter)	6,1		a)	5,9
			5,9		b)	
			7,2		c)	
428 62	940	Jubiläumsgelder für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	4,3		a)	2,5
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Summe Titelgruppe 62			10,4		a)	8,4

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

63

Fördermaßnahmen aus dem Gebäudeversicherungserlös für die Förderbereiche Ziffern 1. bis 10. (vgl. Erläuterungen)

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben sind bis zur Höhe der Einnahmen bei Tit. 356 63 und Tit. 173 63 zulässig.

Erläuterung: Zu 63: Veranschlagt waren Mittel für folgende Förderbereiche:

1. Existenzgründungsinitiative Baden-Württemberg
2. Technologieförderung
 - 2.1 Verbundprojekte Mikrosystemtechnik
 - 2.2 Verbundprojekte Lasertechnologien
 - 2.3 Synchrotronstrahlenquelle (ANKA) für das Forschungszentrum Karlsruhe
 - 2.4 Transferzentren der Steinbeis-Stiftung an den Universitäten
 - 2.5 Pilotprojekt für einen verbesserten Informationsfluß zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich der Softwaresicherheit
 - 2.6 Pilotprojekt „Anwendung multimedialer Dienste“
 - 2.7 Verbundprojekte „Umweltverträgliche Produktions- und Verfahrenstechniken“
 - 2.8 Biotechnologieparks
 - 2.9 Softwarezentrum Böblingen
 - 2.10 Forschungszentrum Villingen-Schwenningen
Neubau des Institutsgebäudes Informationstechnik
3. Fonds „Wirtschaftlicher Strukturwandel und Konversion“
Im Rahmen des Konversionsstandortprogramms wurden bisher die Standorte Bremgarten, Lahr, Söllingen, Engstingen, Neuhausen o. E. und Wertheim gefördert.
4. Initiativprogramm für das Handwerk
 - 4.1 Qualitätssicherung im Handwerk
 - 4.2 Förderung der überbetrieblichen Ausbildung in den Bildungs- und Technologiezentren des Handwerks
 - 4.3 Verbesserung der Fachkursförderung
 - 4.4 Gestaltung im Handwerk
5. Einrichtung einer Film- und Medienfabrik in der früheren Reinhardtskaserne in Ludwigsburg
6. Grunderwerb für die Neue Messe; vgl. Tit. 662 01.
(Kapitaleinlage für die Projektgesellschaft Neue Messe GmbH & Co. KG)
7. Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien
8. Verlegung der Messe Friedrichshafen
9. International School of Stuttgart (ISS)
10. Maßnahmen im Rahmen des Standortmarketing-Konzepts

429 63	691	Personalaufwand (zu 1.)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
547 63	691	Sachaufwand (zu 1.)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			Tsd. EUR
661 63A	691	Zuschüsse an die Landeskreditbank zur Darlehens Verbilligung sowie an Risiko-Kapitalbeteiligungs- Gesellschaften (zu 1.)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	
661 63B	692	Zinszuschüsse zur Verbilligung von Darlehen für den Grunderwerb und die Erschliessung für von Gewerbegebieten (zu 3.) Das Land findet die Landeskreditbank für den erwarteten Zins- aufwand im Voraus ab. Zuschüsse im Rahmen dieser Zweck- bestimmung dürfen auch neben Finanzhilfen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gewährt werden (§ 35 LHO). Aus den Mitteln können auch Verwaltungskostenbeiträge an die Landeskreditbank gezahlt werden.	0,0 1.796,2 1.649,1	a) b) c)	0,0	
661 63C	627	Zinszuschüsse des Landes an die Landeskredit- bank zur Verbilligung von Darlehen für Mass- nahmen zur rationellen Energieverwendung	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	
685 63A	691	sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (zu 1.)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	
685 63B	171	Zuschüsse für laufende Zwecke (zu 2.)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	
685 63C	691	sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (zu 4.)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	
685 63D	692	Zuschüsse für laufende Zwecke (zu 10.)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	
685 63E	692	Zuschüsse für laufende Zwecke (zu 3.)	0,0 -0,1 1.438,1	a) b) c)	0,0	
822 63	692	Grunderwerb für sonstige Zwecke (zu 6.)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	
831 63	692	Zuführung als Kapitaleinlage an eine zu gründende Projektgesellschaft -neue Messe Stuttgart- (zu 6.)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	
853 63	692	Darlehen für den Grunderwerb und die Erschliessung von Gewerbegebieten (zu 3.) Die Mittel werden von der Landeskreditbank verwaltet. Aus den Mitteln können auch Verwaltungskostenbeiträge der Landes- kreditbank gezahlt werden. Darlehen im Rahmen dieser Zweck- bestimmung dürfen auch neben Finanzhilfen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gewährt werden (§ 35 LHO). Ausgaben zu Nr. 3 können im Rahmen der bei Tit. 661 63 etatisierten Kassenmittel auch vor dem erwarteten Rückfluss aus Darlehensrückzahlungen geleis- tet werden.	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0	

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
883 63	692	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (zu 5.)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
892 63A	691	Zuschüsse für Investitionen an gewerbliche Unternehmen (zu 1.)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
892 63B	692	Zuschüsse zur Verlegung der Messe Friedrichshafen (zu 8.)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
893 63A	171	Zuschüsse für Investitionen (zu 2.)		0,0 -40,0 -40,0	a) b) c)	0,0
893 63B	171	Zuschüsse für Investitionen (zu 4.)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
894 63	124	Förderung des Projekts -International School Of Stuttgart (ISS)- (zu 9.)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 63				0,0	a)	0,0
67		Kosten des Hauptpersonalrats (und der Bezirks- personalräte) sowie der Haupt- (und Bezirks-) Vertrauensleute der Schwerbehinderten Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
527 67	011	Reisekosten		7,9 0,0 3,3	a) b) c)	0,0
546 67	011	Sonstiger Sachaufwand		0,4 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 67				8,3	a)	0,0
69		Aufwand für Informationstechnik				
711 69	871	Bauliche Aufwendungen in bestehenden Gebäuden zur Einführung der IuK-Technik Ersätze fließen den Mitteln zu.		28,0 23,4 36,2	a) b) c)	28,0
Summe Titelgruppe 69				28,0	a)	28,0

Erläuterung: Veranschlagt sind alle baulichen Aufwendungen, für die keine sonstigen Instandsetzungs-, Umbau- oder Erweiterungsbauten durchgeführt werden. Beiträge Dritter fließen dem Ausgabentitel zu.

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

84 Betrieb Haus der Wirtschaft

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder verringert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit.Gr. 84.

Erläuterung: Im Zuge der Neuordnung der Wirtschaftsförderung wird das Haus der Wirtschaft seit 2005 als kostenrechnende Einrichtung geführt. Gegenstand des Betriebs ist die Bewirtschaftung des Gebäudes Willi-Bleicher-Str. 19 in Stuttgart für Veranstaltungen und Ausstellungen Dritter sowie des Wirtschaftsministeriums, vorrangig mit dem Ziel der Steigerung der Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft. Dazu gehört die Vermietung von Räumen, die Bereitstellung von Veranstaltungstechnik sowie weitere Dienstleistungen.

429 84	610	Personalaufwand				
			91,0	a)		91,0
			63,0	b)		
			144,4	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für den Personalaufwand zum Veranstaltungsbetrieb im Haus der Wirtschaft.

547 84	610	Sächliche Verwaltungsausgaben				
			313,9	a)		263,9
			285,2	b)		
			350,6	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind die nicht aufteilbaren Ausgaben für Geräte und Ausstattungsgegenstände, Material, Veröffentlichungen u. dgl.

	2009	2008
<u>Bestand an Dienstfahrzeugen und selbst fahrenden Arbeitsmaschinen:</u>		
Kombifahrzeug	1	1

811 84	610	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl.				
			0,0	a)		0,0
			0,0	b)		
			0,0	c)		

812 84	610	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.				
			3,9	a)		53,9
			89,9	b)		
			84,4	c)		

Erläuterung: Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für den Betrieb Haus der Wirtschaft

Summe Titelgruppe 84			408,8	a)		408,8

Gesamtausgaben			32.521,4	a)		30.070,8

Wirtschaftsministerium
0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0702

Verwaltungseinnahmen	758,0	a)	607,0
Übrige Einnahmen	544,3	a)	144,3
Gesamteinnahmen	1.302,3	a)	751,3
Personalausgaben	39.282,9	a)	44.778,2
Sächliche Verwaltungsausgaben	831,0	a)	755,0
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	29,4	a)	32,8
Ausgaben für Investitionen	31,9	a)	81,9
Besondere Finanzierungsausgaben	-7.653,8	a)	-15.577,1
Gesamtausgaben	32.521,4	a)	30.070,8
Kapitel 0702 Zuschuss	31.219,1	a)	29.319,5

Wirtschaftsministerium
0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Produktorientierte Informationen

FB Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Haushaltsermächtigungen 0701, 0707

1. Kosten und Erlöse

Zusammen- setzung der Fachbereichs- kosten	Jahr	KLR Ergebnis			Fördermittel/ Transferergebnis			Konzern- umlage	Steuern und steuer- äbnl. Erträge	Gesamt- ergebnis
		Erlöse	Verwal- tungs- kosten	Betriebs- ergebnis	Fördermittel-/ Transfer- einnahmen	Fördermittel-/ Transfer- ausgaben	Förder- mittel-/ Transfer- ergebnis			
		Tsd.EUR								
Fachbereichs- kosten (ohne RP)	Ist-2006	1,4	4.838,3	4.836,9-	-	3.382,7	3.382,7-	1.147,9	-	9.367,5-
	Ist-2007	-	5.250,3	5.250,3-	-	40.013,0	40.013,0-	1.512,7	-	46.776,1-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Regierungs- präsidien	Ist-2006	-	431,6	431,6-	-	71,6	71,6-	-	-	503,3-
	Ist-2007	-	408,6	408,6-	20,9	1.217,2	1.196,3-	-	-	1.604,9-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fachbereichs- ergebnis	Ist-2006	1,4	5.269,9	5.268,5-	-	3.454,4	3.454,4-	1.147,9	-	9.870,8-
	Ist-2007	-	5.658,9	5.658,9-	20,9	41.230,3	41.209,3-	1.512,7	-	48.381,0-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	HH-Jahr	Anteile des Fachbereichs am Gesamtvolumen aller Fachbereiche des Einzelplans								
		%								
	Ist-2006	0.03	6.56	6.97	-	0.72	1.07	4.45	-	2.32
	Ist-2007	-	7.52	8.10	0.01	8.24	12.29	4.39	-	11.01
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Wirtschaftsministerium
0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Produktorientierte Informationen

2. Ziele und Messgrößen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP StOMarketing	0701, 0707	Förderung Internationale Schulen: Förderung Unterrichtsangebot von internationalen Schulen	Anzahl geförderter Schüler	- (-)	677 (677)	691	691
			Durchschn Fördersatz pro Schüler in TEUR	- (-)	1,7 (1,7)	1,7	1,7
			Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in Tsd. EUR	- (-)	1.170 (1.170)	1.172	1.200
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	5,4 (-)	7,6	7,6
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in %	- (-)	0,46 (-)	0,65	0,65
			Anzahl gestellte Anträge	- (-)	3 (3)	3	3
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	- (-)	1.170.000 (1.170.000)	1.170.000	1.170.000
			Anzahl der Bewilligungen	- (-)	3 (3)	3	3
			Durchschnittliche Bewilligungssumme in EUR	- (-)	390.000,0 (390.000,0)	390.666,7	400.000,0
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	1,81 (-)	2,53	2,53
FP Beitrag zur Entw. bes. DL-Segmente		Förderung Eigenkapitalausstattung: Beteiligungen der MBG bei Existenzgründern und Übernehmern	Anz. geförd. Unternehmensbeteiligungen	38 (-)	44 (38)	38	38
			Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in Tsd. EUR	418 (800)	530 (800)	800	800
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	- (-)	5,3	5,3
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in %	- (-)	- (-)	0,67	0,67
			Anzahl gestellte Anträge	1 (-)	1 (-)	1	1
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	800.000 (-)	800.000 (800.000)	800.000	800.000
			Anzahl der Bewilligungen	1 (-)	1 (-)	1	1
			Durchschnittliche Bewilligungssumme in EUR	21.052,6 (-)	18.181,8 (21.052,6)	21.052,6	21.052,6
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	- (-)	5,33	5,33

Produktorientierte Informationen

3. Erläuterungen

FP StOMarketing
Förderung Internationale Schulen

Start des Programms im Jahr 2007.

FP Beitrag zur Entw. bes. DL-Segmente
Förderung Eigenkapitalausstattung

Die Förderung der Eigenkapitalausstattung erfolgt durch die Verbilligung des Beteiligungsentgelts bei Kapitalbeteiligungen, die durch die MBG (Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH) vergeben werden. Die MBG ist eine Selbsthilfeeinrichtung der Wirtschaft, die sich über die L-Bank refinanziert. Gesellschafter der MBG sind Wirtschaftsverbände etc.

Wirtschaftsministerium
0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Titelgruppen

85		Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einschließlich europäischer Aktivitäten				
282 85	029	Sonstige Zuschüsse		0,0 5,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 85				0,0	a)	0,0
Gesamteinnahmen				0,0	a)	0,0

Ausgaben

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

684 01	N 129	Zuschüsse an fremdsprachige Schulen in Baden-Württemberg		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	1.200,0
			2009			
			Tsd. EUR			
			Verpflichtungsermächtigung	1.000,0		
			Davon zur Zahlung fällig im			
			Haushaltsjahr 2010bis zu	1.000,0		

Erläuterung: Übertragen von Kap. 0710 Tit. 684 01. Veranschlagt sind Zuschüsse an 3 fremdsprachige Schulen (International School of Stuttgart, Toin Gakuen Schule in Saulgau, Salem International College). Die Zuschüsse werden als Freiwilligkeitsleistung gewährt, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Mit der Förderung der Internationalen Schulen wird die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg gestärkt.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				0,0	a)	1.200,0
---	--	--	--	-----	----	---------

Wirtschaftsministerium
0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

70		<p>Förderung des Dienstleistungssektors, Grundsatz- und Finanzierungsfragen der Wirtschaft</p> <p style="margin-left: 20px;">Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Finanzhilfen im Rahmen dieser Zweckbestimmung dürfen auch neben Zuschüssen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gegeben werden (§ 35 LHO).</p> <p>Erläuterung: Die Mittel dienen zur Finanzierung der Dienstleistungsoffensive, von wirtschafts-, struktur- und beschäftigungspolitischen Untersuchungen, von Zuschüssen an Wirtschaftsforschungsinstitute und an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) sowie von Veranstaltungen, Modellprojekten, Veröffentlichungen und anderen Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaft und Demografie, bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen und Public-Private-Partnership (PPP).</p>				
526 70	635	<p>Kosten für Sachverständige, Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen</p>	120,1 116,6 0,0	a) b) c)	120,1	
		<p>Erläuterung: Kosten für Untersuchungen der wirtschafts-, beschäftigungs- und strukturpolitischen Zukunftsperspektiven des Landes, sonstige Gutachten, Symposien sowie Aufwendungen für Fachbeiräte beim Wirtschaftsministerium u. dgl.</p>				
531 70	175	<p>Kosten für Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Public-Private-Partnership (PPP)</p>	35,0 68,1 0,0	a) b) c)	35,0	
		<p>Erläuterung: Kosten für Veranstaltungen, Symposien, Leitfäden und andere Veröffentlichungen und dgl. im Bereich Public-Private-Partnership (PPP).</p>				
546 70	175	<p>Aufwendungen für Veranstaltungen u.a. im Bereich Wirtschaft und Demografie</p>	635,0 1,3 0,0	a) b) c)	635,0	
		<p>Erläuterung: Kosten für Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräfteangebots sowie Kosten für Informationsveranstaltungen insbesondere für Unternehmen, Modellprojekte aus dem Bereich Wirtschaft und Demografie, Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten, Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen (Corporate Citizenship) sowie sonstige Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels einschließlich Veröffentlichungen u. dgl.</p>				

Wirtschaftsministerium
0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
547 70	649	Sonstiger Sachaufwand für Maßnahmen im Dienstleistungsbereich	100,0		a)	100,0
			42,9		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Insbesondere für die Durchführung des Dienstleisterwettbewerbs, Pflege des Internetportals Dienstleistungsoffensive, Projekte, Veranstaltungen, Symposien, Broschüren, sonstige Veröffentlichungen u. dgl.						
661 70	691	Zuschuss des Landes an die MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH zur Verbilligung von Kapitalbeteiligungen	800,0		a)	800,0
			529,5		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Die Mittel werden zur Verbilligung des Beteiligungsentgelts von Kapitalbeteiligungen der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH sowie zur Zuführung von Kapital an den von der MBG verwalteten Risikokapitalfonds des Landes verwendet.						
684 70	175	Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft und Demografie	300,0		a)	300,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Zuwendungen für Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels und zur Sicherung des Fachkräfteangebots. Die Mittel können auch zur Kofinanzierung von Maßnahmen, die aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden, eingesetzt werden.						
685 70	171	Zuschuss an das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen	292,0		a)	292,0
			292,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) ist ein unabhängiges außeruniversitäres Forschungsinstitut in Tübingen. Es betreibt Auftragsforschung besonders auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwicklung. Die Analysen dienen auch der wissenschaftlichen Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Landesregierung.						
686 70	649	Zuschüsse für Maßnahmen im Dienstleistungsbereich	20,0		a)	20,0
			30,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Insbesondere für Maßnahmen und innovative Modell- und Pilotprojekte zur Stärkung des Dienstleistungssektors.						
Summe Titelgruppe 70			2.302,1		a)	2.302,1

Wirtschaftsministerium
0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
73		Förderung des Messestandortes Baden-Württemberg				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Finanzhilfen im Rahmen dieser Zweckbestimmung dürfen auch neben Zuschüssen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gegeben werden (§ 35 LHO).				
526 73	643	Kosten für Sachverständige		0,0 158,7 0,0	a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Kosten für die Begutachtung der Entwicklungsperspektiven des Messestandortes Baden-Württemberg (Herausforderungen / Handlungsempfehlungen). Die deutsche Messewirtschaft befindet sich in einer Umbruchsituation mit verschärftem Konkurrenzdruck, aber auch neuer Chancen z.B. durch wachsende Beteiligung aus dem Ausland. Regionalmessen und Landesmesse müssen sich neu positionieren; das Land ist dabei als Gesellschafter der Messe Stuttgart auch unmittelbar betroffen.				
547 73	643	Sonstiger Sachaufwand		0,0 0,4 0,0	a) b) c)	0,0
662 73	643	Schuldendiensthilfe an die Projektgesellschaft Neue Messe		30.950,0 30.950,0 0,0	a) b) c)	30.950,0
		Erläuterung: Die Projektgesellschaft Neue Messe GmbH & Co. KG finanziert sich seit dem Jahr 2002 über den Kapitalmarkt. Veranschlagt ist die Schuldendiensthilfe des Landes an die Projektgesellschaft zur Finanzierung der Landesmesse. Die Schuldendiensthilfe des Landes wird sich nach derzeitigem Planungsstand auf insgesamt 250,1 Mio. EUR belaufen. Preissteigerungen sind bei der veranschlagten Schuldendiensthilfe nicht berücksichtigt, da diese noch nicht belastbar abgeschätzt werden können. In den Jahren 2002 bis 2008 wurden bisher 165,1 Mio. EUR ausbezahlt. In den Haushaltsjahren 2009 bis 2011 sind insgesamt noch 85 Mio. EUR zur Zahlung fällig.				
892 73	643	Zuschüsse für Investitionen baden- württembergischer Messegesellschaften		1.000,0 621,3 0,0	a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Restabwicklung des Regionalmessekonzepts.				
Summe Titelgruppe 73				31.950,0	a)	30.950,0

Wirtschaftsministerium
0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006 a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
85		Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einschließlich europäischer Aktivitäten Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 282 85. Finanzhilfen im Rahmen dieser Zweckbestimmung dürfen auch neben Zuschüssen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gegeben werden (§ 35 LHO).			
Erläuterung: Die Mittel für Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind insbesondere zur Herstellung, Unterhaltung und Intensivierung wirtschaftlicher Beziehungen zu Ländern von besonderem außenwirtschaftlichen Interesse bestimmt. Außerdem werden Zuwendungen zur Förderung von Kooperationen, zur Förderung von Gruppenbeteiligungen an Auslandsmessen, zur Beratung der mittelständischen Wirtschaft in wichtigen und schwierigen ausländischen Märkten gewährt. Veranschlagt sind hier auch Ausgaben für Unternehmensansiedlungswerbung. Weiterhin sind die Mittel zur Abwicklung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit veranschlagt. Die Mittel im Rahmen europäischer Aktivitäten sind für Maßnahmen bestimmt, die dazu beitragen, das Interesse an einer immer engeren Union der Völker Europas zu stärken.					
526 85	029	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. dgl.	15,0 72,0 0,0	a) b) c)	15,0
Erläuterung: Kosten für Leistungen zur Vorbereitung und zur Abwicklung von Dienstleistungen des Landes, Dolmetscher, Gutachten, Modellvorhaben u. a. einschließlich Reisekosten für den Auslandseinsatz von Experten des Landes.					
527 85	029	Dienstreisen	76,0 101,1 0,0	a) b) c)	76,0
Erläuterung: Reisen in Länder von besonderem außenwirtschaftlichem Interesse, vor allem im Rahmen oder zur Herstellung von Regierungskontakten und im Zusammenhang mit Landesmaßnahmen sowie Auslandsreisen im Rahmen europäischer Aktivitäten.					
531 85	029	Werbemaßnahmen für Unternehmensansiedlung und -kooperation	455,0 159,1 0,0	a) b) c)	455,0
Erläuterung: Mit der Unternehmensansiedlungswerbung wird das Ziel verfolgt, Betriebe zur Ansiedlung und für Kooperationen zu gewinnen. Dies setzt besondere Aktivitäten und Serviceleistungen voraus. Hierbei entstehen u. a. Kosten für Werbeaktionen im In- und Ausland einschließlich Reisekosten, Anzeigen Broschüren und andere Werbemittel, Betreuung von Interessenten, Inanspruchnahme von Leistungen Dritter, wie Berater, Gutachter, Dolmetscher und Dienstleistungsunternehmen, Einladung ausländischer Journalisten.					
534 85	029	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	182,4 401,7 0,0	a) b) c)	182,4
Erläuterung: Werkverträge, Kosten für Veröffentlichungen u. a., Auslagen für Protokoll und Delegationsreisen an die Baden-Württemberg International - Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit Baden-Württemberg mbH.					

Wirtschaftsministerium
0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

547 85	029	Sonstiger Sachaufwand		213,7	a)	288,7
				153,6	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Kosten für die Betreuung von Delegationen und Besuchern aus Ländern von besonderem außenwirtschaftlichem Interesse, Seminare, Symposien, Messen, Ausstellungen u. a. Veranschlagt sind hier auch Aufwendungen im Rahmen europäischer Aktivitäten.

632 85	692	Förderung der europäischen territorialen Zusammenarbeit		167,5	a)	167,5
				165,6	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen von Interreg III Ausrichtung B und C sowie des neuen Ziels 3 der europäischen territorialen Zusammenarbeit ;
u. a. Kosten der nationalen und transnationalen Sekretariate.

684 85	N 023	Zuschüsse für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit		0,0	a)	125,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel zur finanziellen Unterstützung von Maßnahmen und Projekten entwicklungspolitischer Organisationen im Land.

686 85	029	Zuschüsse für Maßnahmen der Außenwirtschaft und der Standortwerbung		832,2	a)	907,2
				1.023,8	b)	
				0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigung von Tit. 687 85 kann auch hier in Anspruch genommen werden.

Erläuterung: Zuschüsse für Maßnahmen mit Außenwirtschaftsbezug, insbesondere zur Förderung von Gruppenbeteiligungen mittelständischer Unternehmen an Auslandsmessen, zur Exportberatung, Zuschüsse für europäische Aktivitäten. Zuschüsse für Maßnahmen der Standortwerbung.

687 85	029	Maßnahmen der Zusammenarbeit mit anderen Ländern		1.080,0	a)	1.080,0
				953,5	b)	
				0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigung kann auch bei Tit. 686 85 in Anspruch genommen werden.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	600,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	400,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	200,0

Erläuterung: Zuschüsse für Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Ländern, insbesondere auf dem Gebiet der Mittelstandsförderung, der Weiterbildung sowie im Umweltbereich und anderen Zukunftsbranchen. Durchführung von Markterschließungsmaßnahmen im Ausland.

Wirtschaftsministerium
0707 Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
698 85	W 023	Beitrag zur Stiftung "Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg"		0,0 4.106,5 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 85				3.021,8	a)	3.296,8
87		Humanitäre Auslandshilfen				
Erläuterung: Soforthilfemaßnahmen bei Katastrophenfällen, für die das Wirtschaftsministerium ressortübergreifend federführend ist.						
429 87	029	Personalaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
547 87	029	Sonstiger Sachaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
684 87	029	Zuschüsse für Maßnahmen der humanitären Auslandshilfe		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 87				0,0	a)	0,0
Gesamtausgaben				37.273,9	a)	37.748,9
Abschluss Kapitel 0707						
Gesamteinnahmen				0,0	a)	0,0
Sächliche Verwaltungsausgaben				1.832,2	a)	1.907,2
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				34.441,7	a)	35.841,7
Ausgaben für Investitionen				1.000,0	a)	0,0
Gesamtausgaben				37.273,9	a)	37.748,9
Kapitel 0707 Zuschuss				37.273,9	a)	37.748,9

Produktorientierte Informationen

FB Innovation und Technologietransfer

Haushaltsermächtigungen 0701, 0708

1. Kosten und Erlöse

Zusammen- setzung der Fachbereichs- kosten	Jahr	KLR Ergebnis			Fördermittel/ Transferergebnis			Konzern- umlage	Steuern und steuer- äbnl. Erträge	Gesamt- ergebnis
		Erlöse	Verwal- tungs- kosten	Betriebs- ergebnis	Fördermittel-/ Transfer- einnahmen	Fördermittel-/ Transfer- ausgaben	Förder- mittel-/ Transfer- ergebnis			
		Tsd.EUR								
Fachbereichs- kosten (ohne RP)	Ist-2006	-	5.149,2	5.149,2-	2.325,1	79.700,1	77.375,0-	1.162,8	-	83.687,0-
	Ist-2007	69,1	4.993,3	4.924,3-	190,3	80.546,4	80.356,1-	1.691,0	-	86.971,4-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Regierungs- präsidien	Ist-2006	116,4	420,2	303,8-	-	1.200,0	1.200,0-	-	-	1.503,8-
	Ist-2007	103,7	782,9	679,2-	-	800,0	800,0-	-	-	1.479,2-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fachbereichs- ergebnis	Ist-2006	116,4	5.569,4	5.453,0-	2.325,1	80.900,1	78.575,0-	1.162,8	-	85.190,8-
	Ist-2007	172,8	5.776,2	5.603,4-	190,3	81.346,4	81.156,1-	1.691,0	-	88.450,6-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	HH-Jahr	Anteile des Fachbereichs am Gesamtvolumen aller Fachbereiche des Einzelplans								
		%								
	Ist-2006	2.44	6.93	7.22	1.47	16.79	24.28	4.51	-	20.05
	Ist-2007	3.20	7.67	8.02	0.12	16.26	24.21	4.91	-	20.12
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Produktorientierte Informationen

2. Ziele und Messgrößen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Bund- Länderfinanz. Forschg.	0701, 0708	Förderung Bund-Länderfin. Forschungsein: Verbesserung/Sicherung Wirtschafts- /Technologiestandort BW	Ant. Wirtschaftseinn. am HH-Vol. der FE (%)	26,1 (-)	25,1 (23,8)	25,3	24,3
			Anzahl Personal (VZÄ: FZK/DLR/FhG/WAK)	5.225 (-)	5.332 (5.380)	5.490	5.650
			Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in Tsd. EUR	45.392 (-)	49.179 (52.069)	52.326	77.443
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	78,1 (-)	156,4	156,4
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %	- (-)	0,20 (-)	0,30	0,20
			Anzahl gestellte Anträge	3 (-)	4 (4)	4	4
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	15.130.533,3 (-)	12.294.725,0 (13.017.125,0)	13.081.575,0	19.360.900,0
			Anzahl der Bewilligungen	3 (-)	4 (4)	4	4
			Durchschnittliche Bewilligungssum- me in EUR	15.130.533,3 (-)	12.294.725,0 (13.017.125,0)	13.081.575,0	19.360.900,0
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	19,53 (-)	39,10	39,10

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Produktorientierte Informationen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Technologietransfer	0701, 0708	Institutionelle Förderung wirtschaftsnaher Forschungseinr.: technolog. Entwicklungen, Innovationen	Ant. instit. Förd. am Ges.HH Instit. (%)	24 (-)	25 (33)	33	33
			Ant. Wirtsch.einn. am Ges.HH Instit. (%)	37 (-)	36 (33)	33	33
			KMU-Quote n. Zahl Wirtsch.aufträge (%)	40 (-)	43 (42)	43	43
			KMU-Quote n. Einnahmen Wirtschaft (%)	31 (-)	36 (33)	33	33
			KMU-Auftraggeber n. Zahl Wirtsch.auftr.	642 (-)	767 (670)	770	770
			Anzahl Personal (VZÄ bei Instituten)	820 (-)	900 (820)	900	900
			Einnahmen von KMU-Auftraggebern in TEUR	9.000 (-)	10.224 (9.300)	10.500	10.500
			Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in Tsd. EUR	20.566 (-)	21.116 (21.200)	21.300	42.632
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	151,3 (-)	214,7	214,7
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in %	- (-)	0,72 (-)	1,01	0,50
			Anzahl gestellte Anträge	10 (-)	10 (10)	10	10
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	2.070.800 (-)	2.121.100 (2.120.000)	2.130.000	4.263.200
			Anzahl der Bewilligungen	10 (-)	10 (10)	10	10
			Durchschnittliche Bewilligungssumme in EUR	2.056.600 (-)	2.111.600 (2.120.000)	2.130.000	4.263.200
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	15,13 (-)	21,47	21,47

Wirtschaftsministerium

0708 Innovation und Technologietransfer

Produktorientierte Informationen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Technologietransfer	0701, 0708	Projektförderung Forschung und Technologietransfer: technologische Entwicklungen und Innovationen	Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in Tsd. EUR	492,0 (-)	807,0 (1.514,7)	2.964,7	1.366,6
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	21,2 (-)	18,3	18,3
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in %	- (-)	2,63 (-)	0,62	1,34
			Anzahl gestellte Anträge	6 (-)	8 (8)	6	6
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	82.036,7 (-)	100.877,8 (189.337,5)	494.116,7	227.766,7
			Anzahl der Bewilligungen	6 (-)	8 (8)	6	6
			Durchschnittliche Bewilligungssumme in EUR	82.036,7 (-)	100.877,8 (189.337,5)	494.116,7	227.766,7
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	2,65 (-)	3,05	3,05

Produktorientierte Informationen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Chancengleich- heit Arbeitswelt	0701, 0708	Förderung Kontaktstellen Frau und Beruf: Chancengleichheit Frauen und Männer in Ausbil- dung und Beruf	Anzahl Intensivberatungen	3.946 (-)	2.714 (4.000)	3.000	3.000
			Anzahl telefonische Beratungen	6.581 (-)	5.000 (6.600)	5.000	5.000
			Frauen Aufnahme passende Weiter- bild in %	43 (-)	- (-)	-	-
			Frauen Beschäftigung inner 6 Mon. in %	37 (-)	- (-)	-	-
			Frauen Selbständigk. inner 1 Jahr in %	29 (-)	- (-)	-	-
			Pos. Rückmeld. in % (Beratungsqua- lität)	90 (-)	- (-)	-	-
			Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in Tsd. EUR	882,1 (-)	910,0 (935,0)	942,0	1.092,0
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	5,4 (-)	9,8	9,8
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %	- (-)	0,59 (-)	1,04	0,89
			Anzahl gestellte Anträge	9 (-)	9 (9)	9	10
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	98.011,1 (-)	101.111,1 (103.888,9)	104.666,7	109.200,0
			Anzahl der Bewilligungen	9 (-)	9 (9)	9	10
			Durchschnittliche Bewilligungssum- me in EUR	98.011,1 (-)	101.111,1 (103.888,9)	104.666,7	109.200,0
Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	0,60 (-)	1,09	0,98			
FP Prüfung Messge- räte	0701	Mess- und Eichwesen: Verbraucherschutz; lauterer Handelsverkehr; Gesundheits-, Arbeitsschutz etc.	Anzahl durchgef. Erstprüfungen pro Jahr	92.305 (-)	82.955 (72.000)	54.000	54.000
			Anzahl durchgef. Nachprüfungen pro Jahr	135.129 (-)	136.552 (122.000)	118.000	123.000
			Anzahl Überwachungen pro Jahr	17.198 (-)	18.544 (17.000)	17.000	17.000
			Kostendeckungsgrad Landesbetrieb in %	90,6 (-)	97,7 (87,0)	84,0	90,0

3. Erläuterungen

Bei einer Bewertung von Technologiepolitik anhand von Kennzahlen ist zu beachten, dass kein monokausaler und damit kein exakter quantifizierbarer Zusammenhang zwischen institutionellen Fördermitteln für Forschungseinrichtungen und Umsatz- bzw. Arbeitsplatzzuwächsen bei Kunden dieser Einrichtungen besteht. Für den Erfolg wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen stellt jedoch eine Kennzahl wie etwa der Anteil der Projekteinnahmen aus öffentlichen Haushalten- oder der Wirtschaftseinnahmen am Gesamthaushalt der Einrichtungen grundsätzlich eine wichtige Kenngröße dar, weil sie aufzeigt, wie erfolgreich das jeweilige Institut oder die jeweilige Gruppe von Instituten in der Akquisition von Wirtschaftsaufträgen und von öffentlichen Projektmitteln ist.

Produktorientierte Informationen

FP Bund-Länderfinanz. Forschg Förderung Bund-Länderfin. Forschungseinr.

In Baden-Württemberg sind im Bereich der wirtschaftsnahen Forschung insgesamt vier Einrichtungen ansässig, die vom Bund und den Sitzländern gemeinsam nach Art. 91 b GG im Verhältnis 90:10 grundfinanziert werden. Trotz des komplexen Umlageschlüssels zwischen den Sitzländern kommen bei der Grundfinanzierung dieser Einrichtungen zu jedem EURO des Landes in etwa neun EURO aus Bundesmitteln hinzu.

Es handelt sich um folgende Einrichtungen:

- Forschungszentrum Karlsruhe, organisiert in der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF Helmholtz-Gemeinschaft),
- Forschungszentrum Stuttgart und Lampoldshausen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), organisiert ebenfalls in der HGF,
- 14 Institute (nebst einer Außenstelle eines nicht in Baden-Württemberg ansässigen Instituts) der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) sowie
- Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe Rückbau- und Entsorgungs- GmbH (WAK).

Die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. mit Sitz in München betreibt anwendungsorientierte Forschung zum unmittelbaren Nutzen für Unternehmen und zum Vorteil der Gesellschaft. 14 der bundesweit 58 Institute der FhG sind in Baden-Württemberg ansässig; damit entfällt auf Baden-Württemberg über 23 % der Personalkapazität dieser Gesellschaft. 3 der 14 Einrichtungen arbeiten im Bereich der Verteidigungsforschung. Die baden-württembergischen, im Bereich der Vertragsforschung tätigen FhG-Institute werben ca. 34 % ihres Haushaltsvolumens aus Wirtschaftsaufträgen und knapp 33 % an öffentlichen Projektmitteln ein.

Die Einrichtungen in der Helmholtz-Gemeinschaft (DLR und FZK (ehem.: "Großforschungseinrichtungen")) befassen sich mit großen und drängenden Fragen von Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft durch strategisch ausgerichtete Spitzenforschung. Ihre primäre Zielsetzung gilt nicht der Auftragsforschung für die Wirtschaft; ihr Grundfinanzierungsanteil ist daher naturgemäß höher als bei der FhG (90:10).

Die WAK hat wegen ihrer besonderen Aufgabenstellung mit dem Ziel des Rückbaus zur „Grünen Wiese“ keine nennenswerten Wirtschaftseinnahmen.

FP Technologietransfer Institutionelle Förderung wirtschaftsnaher Forschungseinr.

Die elf vom Land institutionell geförderten Vertragsforschungseinrichtungen stellen wichtige Brücken zwischen der vorwiegend in den Universitäten durchgeführten Grundlagenforschung und der technischen Entwicklung in den Betrieben dar. Mit ihren Leistungen fördern sie die Innovationskraft ihrer Auftraggeber und sorgen damit für die Sicherung bestehender bzw. Aufbau neuer Arbeitsplätze.

Sie verfügten 2007 über mehr als 900 Mitarbeiter; davon waren rd. die Hälfte Wissenschaftler. Der hohe Anteil wissenschaftlichen Personals spiegelt die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Einrichtungen wider.

Bei einem Gesamthaushalt von ca. 80 Mio. € wird als Finanzierungsziel angestrebt, dass jeweils ein Drittel der Einnahmen aus Wirtschaftseinnahmen, öffentlichen Projekten und institutioneller Förderung stammt.

Tatsächlich erreichten die Institute 2007 folgende Werte:

- Wirtschaftseinnahmen 36%
- Öffentliche Projektmittel 38%
- institutionelle Förderung 26%

Die gesamten Drittmiteleinahmen (Auftragsforschung für Wirtschaft plus öffentliche Projekte) liegen mit 74 % weit über dem 2/3-Ziel. Weitere Steigerungen der Drittmittel stoßen jedoch zum einen an gemeinnützigkeitsrechtliche Grenzen, zum anderen wird dann nicht mehr ausreichend Eigen- und Vorlaufforschung zur Erschließung neuer Technologiefelder und zum Aufbau von transferierbarem Know-how durchgeführt. Bei nahezu gleich bleibenden Absolutwerten der institutionellen Förderung ist somit für die Institute trotz wachsender Nachfrage aus der Wirtschaft eine Expansion der Angebote und Leistungen nicht möglich – ein Effekt, der z.B. durch Preissteigerungen und Lohnerhöhungen noch verstärkt wird.

Jedem Euro an institutioneller Förderung standen 2007 gegenüber:

- 1,41 € an Einnahmen aus der Wirtschaft und
- 1,48 € an Projektmitteln aus öffentlichen Kassen (insbes. Bund, EU),

zusammen also Drittmiteleinahmen von rund 2,90 €.

Die Kennzahlen der Vertragsforschungseinrichtungen umfassen nicht die zum Teil aus TG 79 geförderte BioPro Baden-Württemberg GmbH (vgl. Kapitel 1499 Tit. 685 20 beim MWK)

- Kennzahl "KMU-Quote"

Von den durchgeführten über rund 1.800 Aufträgen für die Wirtschaft entfielen über 760 (entspr. 43 %) auf KMU mit bis zu 250 Beschäftigten; aus diesen resultierten 36 % der Wirtschaftseinnahmen. Dies zeigt, dass die Vertragsforschungseinrichtungen in erheblichem Umfang von KMU genutzt werden.

FP Chancengleichheit Arbeitswelt Förderung Kontaktstellen Frau und Beruf

Über die Auswirkungen der Beratungen der Kontaktstellen Frau und Beruf gibt die im Herbst 2006 vom WM herausgegebene Broschüre „Nachgefragt: Kontaktstellen Frau und Beruf Wirkungsanalyse ihrer Tätigkeiten in Baden-Württemberg“ Auskunft. Mit der im Sommer 2006 durchgeführten Erhebung wurde erstmals eine systematische und empirische Befragung der im ersten Halbjahr 2006 beratenen Frauen bei fünf Kontaktstellen exemplarisch durchgeführt. Ziel der Erhebung war es, zum einen die konkreten Wirkungen der Beratung zu erfassen, zum anderen ging es darum herauszufinden, wie die beratenen Frauen die aktuelle Politik der Landesregierung zum Thema „Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ einschätzen.

Produktorientierte Informationen

Die Ergebnisse der Wirkungsanalyse sind in tabellarischer Form nicht adäquat wiederzugeben, da sie – entsprechend der weit reichenden Zielsetzungen der Kontaktstellen - zahlreiche Aspekte umfassen. Die hier ausgewählten Kennzahlen können daher nur einen Ausschnitt des Gesamtspektrums der Zielerreichung widerspiegeln. Zur umfassenden Betrachtung wird auf den o.g. Bericht verwiesen. Die Broschüre und die Arbeit der Kontaktstellen wurde am 28.02.07 im Wirtschaftsausschuss vorgestellt. Die Wirkungsanalyse wird aufgrund des großen personellen und finanziellen Aufwands nur in größeren Abständen durchgeführt. Für 2007 und 2008 werden deshalb keine Ist-Zahlen erhoben. Aufgrund fehlender Erfahrungswerte ist auch eine Angabe von Soll-Zahlen nicht sinnvoll, die zudem den tatsächlichen Zahlen nicht gegenüber gestellt werden könnten. Generell werden die zuletzt in 2006 erhobenen Zahlen als Ausdruck der sehr erfolgreichen Arbeit der Kontaktstellen bewertet.

Die Qualität der Beratung wurde in der Studie ebenfalls erhoben. Insgesamt ergab die Auswertung der Antworten auf die mit offener Fragetechnik gestellten Fragen ein sehr positives Bild der Beratungsleistungen der Kontaktstellen. Außerdem konnte im Zuge der Qualitätsbefragung das Beratungsangebot entsprechend erweitert bzw. an die Bedürfnisse der beratenen Frauen angepasst werden. Die Prozentangabe bei der "Beratungsqualität" bleibt trotzdem ein Schätzwert, der den Gesamteindruck der Antworten widerspiegelt.

- Kennzahl "Frauen Aufnahme passende Weiterbildung in %":

Vermittlung zur Weiterbildung scheiterte beim Rest an fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten, mangelndem Teilzeitangebot und fehlender Kinderbetreuung.

Die Daten für die Kennzahlen "Frauen Aufnahme passende Weiterbildung in %", "Frauen Beschäftigung innerh. 6 Mon. in %", "Frauen Selbständik. innerh. 1 Jahr in %" und "Pos. Rückmeld. in % (Beratungsqualität)" wurden aus der Wirkungsanalyse entnommen, die im Jahr 2006 zum ersten Mal durchgeführt wurde und Auswertungen für das erste Halbjahr 2006 enthält. Weitere Daten insbesondere für die Folgejahre liegen nicht vor.

FP Prüfung Messgeräte Mess- und Eichwesen

Der Kostendeckungsgrad des Landesbetriebs Mess- und Eichwesen beinhaltet nicht die Gebäudekosten und die wegen Gebührenfreiheit entgangenen Einnahmen. In Folge von Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen (Umsetzung der Europäischen Richtlinie für Messgeräte (MID) mit Wegfall der Ersteichung sowie Neuordnung des Mess- und Eichwesens mit dem Ziel der weitergehenden Privatisierung) muss mit seinem Rückgang gerechnet werden.

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

Im Zuge der weiteren Verfeinerung der fachbereichsorientierten Neustrukturierung des Haushalts im Wirtschaftsministerium werden folgende Mittelübertragungen innerhalb des Kapitels 0708 - Innovation und Technologietransfer - vorgenommen:

nach (neu)	von	2009 Tsd. EUR
Tit.Gr. 76	Tit.Gr. 79	80,0
Tit.Gr. 77	Tit.Gr. 79	200,0

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

125 01	635	Betriebseinnahmen des Design Centers Stuttgart	37,0 29,6 0,0	a) b) c)	37,0
--------	-----	--	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Einnahmen aus Veröffentlichungen, Wettbewerben, Veranstaltungen und dgl.

125 02	635	Betriebseinnahmen der Informationszentren Patente und Technik	60,0 77,2 0,0	a) b) c)	60,0
--------	-----	---	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Einnahmen aus Datenbankrecherchen, Veröffentlichungen, Wettbewerben und dgl.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			97,0	a)	97,0
---	--	--	------	----	------

Titelgruppen

75		Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Wirtschaft			
282 75	N 252	Zuwendungen der Bundesagentur für Arbeit sowie Einnahmen zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds und dgl.	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 75			0,0	a)	0,0

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
78		Zuwendung der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH für Verbundforschungsprojekte				
282 78	165	Zuwendungen der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH für Verbundforschungsprojekte		0,0 137,9 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Die von der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH für Verbundforschungsmaßnahmen bereitgestellten Mittel werden hier vereinnahmt. Ausgaben vgl. die Erläuterungen zu Tit.Gr. 78.						
Summe Titelgruppe 78				0,0	a)	0,0
82		Zuwendung der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH für die Förderlinie Frau und Beruf				
125 82	151	Einnahmen für die Durchführung von Maßnahmen der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH		500,0 68,5 0,0	a) b) c)	72,0
Erläuterung: Die von der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH zur operativen Durchführung ihres Förderprogramms „Chancengleichheit“ bereitgestellten Mittel werden hier vereinnahmt. Ausgaben vgl. die Erläuterungen zu Tit.Gr. 82.						
282 82	W 151	Zuwendung der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH für die Förderung der beruflichen Entwicklung von Frauen		0,0 24,8 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 82				500,0	a)	72,0
95		Durchführung des EU-Programms für Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung				
346 95	692	Zuweisungen aus dem EU-Strukturfonds		0,0 24,8 0,0	a) b) c)	0,0
381 95	692	Übertragung von EU-Mitteln aus dem Einzelplan 08		35,0 27,5 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vgl. die Ausgaben bei Tit. 429 95.						
Summe Titelgruppe 95				35,0	a)	0,0
Gesamteinnahmen				632,0	a)	169,0

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

547 01	635	Sachaufwand für das Design Center Stuttgart	200,0		a)	200,0
			192,7		b)	
			0,0		c)	

Die Mittel sind übertragbar. Titel 547 01 und 547 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahme bei Titel 125 01.

Erläuterung: Sächliche Aufwendungen für die Fachaufgaben und Projekte.

547 02	635	Sachaufwand für die Informationszentren Patente und Technik	268,1		a)	268,1
			281,4		b)	
			0,0		c)	

Die Mittel sind übertragbar. Die Titel 547 02 und 547 01 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahme bei Titel 125 02.

Erläuterung: Sächliche Aufwendungen für die Fachaufgaben und Projekte.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	468,1		a)	468,1
--	-------	--	----	-------

Titelgruppen

75	Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Wirtschaft
----	--

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Titelgruppe 75. Ausgaben im Rahmen dieser Zweckbestimmung dürfen neben Ausgaben aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans geleistet werden (§ 35 LHO).

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse an die Träger der Kontaktstellen „Frau und Beruf“ zur anteiligen Finanzierung der Beratungsstellen sowie sonstige Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Die Kontaktstellen leisten eine ganzheitliche frauenspezifische Beratung mit den Schwerpunkten berufliche Fort- und Weiterbildung, Wiedereinstieg in den Beruf, Existenzgründung, Berufswahl von Mädchen, sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierdurch wird in Zusammenarbeit mit Betrieben, Weiterbildungsträgern, Arbeitsämtern, Wirtschaftsorganisationen, Kommunen und örtlichen Frauennetzwerken zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen im Erwerbsleben beigetragen.

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
547 75	252	Sonstiger Sachaufwand		22,0 41,1 0,0	a) b) c)	22,0
686 75	252	Zuschüsse für die Kontaktstellen "Frau und Beruf"		942,0 890,8 0,0	a) b) c)	1.092,0
		Verpflichtungsermächtigung Davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2010bis zu		2009 Tsd. EUR 1.092,0 1.092,0		
		Summe Titelgruppe 75		964,0	a)	1.114,0
76		Maßnahmen zur Verbesserung von Mobilität und Logistik in Baden-Württemberg				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Tit. Gr. 76, 77 und 79 sowie die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
526 76	N 729	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten, für Sachverständige u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	10,0
		Erläuterung: Aufwendungen (einschl. Reisekosten) für wissenschaftliche Gutachten, Beratungstätigkeit u. dgl. im Zusammenhang mit der Mobilitäts- und Logistikpolitik.				
531 76	N 729	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	20,0
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.				
		Erläuterung: Insbesondere im Bereich der Mobilität und Logistik.				
547 76	N 729	Sonstiger Sachaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	50,0
		Erläuterung: Kosten für Kongresse, Symposien, Seminare, Wettbewerbe, Landesempfänge u.ä.				
686 76	N 729	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
		Summe Titelgruppe 76		0,0	a)	80,0

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
77		Maßnahmen der Clusterpolitik				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Tit. Gr. 76, 77 und 79 sowie die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
526 77	N 699	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten, für Sachverständige u. dgl.	0,0		a)	10,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
		Die Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 547 77 kann auch hier in Anspruch genommen werden.				
		Erläuterung: Aufwendungen (einschl. Reisekosten) für wissenschaftliche Gutachten, Beratungstätigkeit u. dgl. im Zusammenhang mit der Clusterpolitik.				
531 77	N 699	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit	0,0		a)	20,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.				
		Erläuterung: Insbesondere im Bereich der Clusterpolitik.				
547 77	N 699	Sonstiger Sachaufwand	0,0		a)	170,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
		Die Verpflichtungsermächtigung kann auch bei Tit. 526 77 in Anspruch genommen werden.				
				2009		
				Tsd. EUR		
		Verpflichtungsermächtigung		100,0		
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2010bis zu		70,0		
		Haushaltsjahr 2011bis zu		30,0		
		Erläuterung: Kosten für Kongresse, Symposien, Seminare, Wettbewerbe, Landesempfänge im Rahmen der Clusterpolitik u.ä.				
686 77	N 699	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Summe Titelgruppe 77			0,0		a)	200,0

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
78		Verbundforschungsprojekte aus Stiftungserträgen der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Titel 282 78.				
		Erläuterung: Die Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH hat in früheren Jahren für gemeinnützige Verbundforschungsprojekte dem Land Mittel in Höhe von rd. 23 Mio. EUR zugesagt. Einzelne Vorhaben befinden sich noch in der Restabwicklung.				
534 78	165	Aufträge zur Durchführung von Verbundforschungsprojekten	0,0 192,7 0,0		a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Aufträge für wirtschaftsorientierte Verbundforschungsprojekte an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.				
981 78	W 165	Verbundforschungsaufträge an Universitäten u. dgl.	0,0 14,0 0,0		a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 78			0,0		a)	0,0
79		Forschungseinrichtungen für neue Technologien und für Zwecke der wirtschaftsnahen Forschung einschließlich der technischen Entwicklung				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Tit. Gr. 76, 77 und 79 sowie die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben im Rahmen dieser Zweckbestimmung dürfen neben Ausgaben aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans geleistet werden (§ 35 LHO).				
		Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel zur Förderung anwendungsorientierter Forschung und der technischen Entwicklung.				
526 79	169	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten, für Sachverständige u. dgl.	52,0 163,3 0,0		a) b) c)	32,0
		Erläuterung: Aufwendungen (einschl. Reisekosten) für wissenschaftliche Gutachten, Gerichtskosten, Beratungstätigkeit u. dgl. im Zusammenhang mit der Forschungs- und Technologieförderung.				
531 79	169	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit	56,4 39,2 0,0		a) b) c)	16,4
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.				
		Erläuterung: Insbesondere auf dem Gebiet der anwendungsorientierten Forschung.				

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

547 79	169	Sonstiger Sachaufwand		344,0	a)	124,0
				221,7	b)	
				0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 547 79, 685 79 und 686 79 sind gegenseitig deckungsfähig.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	100,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	100,0

Erläuterung: Kosten für Kongresse, Symposien, Seminare, Technologie- und Innovationspreise, Wettbewerbe, Landesempfangs und die Betreuung von ausländischen Gästen im Rahmen der Technologie- und Innovationspolitik u.ä.

685 79	165	Zuschüsse zu den Betriebskosten		19.400,0	a)	19.982,0
				18.787,5	b)	
				0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 685 79, 547 79 und 686 79 sind gegenseitig deckungsfähig.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	400,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	200,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	100,0
Haushaltsjahr 2012bis zu	100,0

Erläuterung: Veranschlagt sind im Rahmen der anwendungsorientierten Forschung und der technischen Entwicklung: 2009
Tsd. EUR

1. Projektförderung					
Zuschüsse für Zwecke der wirtschaftsnahen Forschung und technischen Entwicklung auf den Gebieten:					
a) Oberflächen- und Werkstofftechnik				450	
b) Bio-, Medizin- und Mikrosystemtechnik					
c) IT und Medien					
d) Wertschöpfungskette Zulieferer					
2. Institutionelle Förderung (vgl. nachstehende Übersicht zzgl. Tit. 894 79)				19.532	
				zus. 1 u. 2	19.982

Übersicht über die Abwicklung der Fördermaßnahmen 2009
Tsd. EUR

Haushaltsansatz	19.982
Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung der Vorjahre	200
<hr/>	
Neue Maßnahmen	19.782
Zuzüglich Verpflichtungsermächtigungen	400
<hr/>	
Bewilligungsvolumen	20.182

Institutionelle Förderung

- Veranschlagt sind Zuschüsse an folgende Institutionen (insbesondere gemeinnützige Stiftungen):
1. Die Deutschen Institute für Textil- und Faserforschung Denkendorf erforschen und entwickeln neue textile Produkte u.a. für den Einsatz in technischen Bereichen (Technische und Geo-Textilien) oder in der Medizin (biomedizinische Textilien).
 2. Das Forschungsinstitut für Edelmetalle und Metallchemie in Schwäbisch Gmünd hat seine Tätigkeitsschwerpunkte auf den Gebieten Metallkunde, Oberflächentechnik, Materialphysik, Beschichtungsverfahren sowie Metall- und Umweltanalytik.
 3. Das Bekleidungsphysiologische Institut e.V., Schloss Hohenstein entwickelt und prüft Materialien und Verfahren insbesondere in den Bereichen Bekleidungsphysiologie, Bekleidungstechnik, Textiltechnologie und Medizintextilien/Hygiene.

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2008	a)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
			Ist	2007	b)	
			Ist	2006	c)	
				Tsd. EUR		

4. Das Institut für Mikroelektronik Stuttgart hat die Aufgabe, Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet mikroelektronischer Schaltungen und Systeme zu betreiben und für die Umsetzung der Arbeitsergebnisse in die industrielle Praxis zu sorgen.
5. Das Forschungszentrum Informatik an der Universität Karlsruhe verfolgt das Ziel, Wissenschaft und Forschung im Bereich der Informatik in Abstimmung mit der universitären Forschung und dem Forschungsbedarf der industriellen Praxis sowie durch Umsetzung der erzielten Forschungsergebnisse in die Praxis zu fördern.
6. Das Institut für Naturwissenschaftliche und Medizinische Forschung, Reutlingen, hat als Kernarbeitsgebiete die Pharma- und Biotechnologie, Biomedizintechnik sowie Oberflächen- und Grenzflächentechnologie.
7. Das Institut für Lasertechnologien in der Medizin und der Messtechnik, Ulm, hat als Kernarbeitsgebiete die praktische Anwendung der Lasertechnik zur Lösung medizinisch-klinischer Fragestellungen in den Bereichen Dermatologie, Onkologie, Augenheilkunde und Zahnmedizin sowie die Lasertechnik für die industrielle Anwendung.
8. Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg soll die Basis für eine breite Anwendung der regenerativen Energien (Fotovoltaik, insbesondere CIS-Dünnschichttechnologie, Elektrochemie (Brennstoffzellen) und alternative Kraftstoffe) schaffen.
9. Das Institut für Mikrotechnik und Informationstechnik der Hahn-Schickard-Gesellschaft e.V. (HSG-IMIT) führt anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu Mikrosystemen und Mikrotechnologien vorzugsweise in den Bereichen Sensorik, Mikrofluidik, Mikromedizin und energieautonome Systeme durch. Das Hahn-Schickard-Institut für Mikroaufbautechnik (HSG-IMAT) arbeitet schwerpunktmäßig auf den Gebieten der Gehäuse- und Verbindungstechnik für Mikrosysteme sowie in der Entwicklung innovativer Sensor- und Aktorsysteme in hybrider, kunststoffbasierter Aufbautechnik.
10. Die Landesgesellschaft BioPro Baden-Württemberg GmbH hat die Aufgabe, durch Vernetzung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Kapitalgebern und Förderorganisationen Baden-Württemberg als attraktiven Forschungs- und Wirtschaftsstandort auf dem Gebiet der Biotechnologie im In- und Ausland zu positionieren.
11. Sonstiges (z.B. Abwicklungskosten).

Übersicht über die institutionelle Förderung (einschl. Investitionsmittel bei Kap. 0708 Tit. 894 79):

Institutionen	Ausgaben				Einnahmen	Landeszuschuss
	Personal	Sächliche Verwaltung	Investitionen	zus.		
– Tsd. EUR –						
1	2	3	4	5	6	7
2009						
Deutsche Institute für Textil- und Faserforschung Denkendorf.....	11.775	3.910	2.848	18.533	13.958	4.575
Forschungsinstitut für Edelmetalle und Metallchemie in Schwäbisch Gmünd.....	3.100	932	193	4.225	2.885	1.340
Bekleidungsphysiologisches Institut e.V., Schloss Hohenstein.....	2.320	495	60	2.875	2.700	175
Institut für Mikroelektronik Stuttgart	5.070	8.114	3.527	16.711	10.016	6.695
Forschungszentrum Informatik an der Universität Karlsruhe	10.720	2.242	400	13.362	11.402	1.960
Naturwissenschaftliches und medizinisches Institut an der Universität Tübingen in Reutlingen	5.185	3.678	1.890	10.753	9.038	1.715
Institut für Lasertechnologien in der Medizin und der Messtechnik an der Universität Ulm	2.540	1.070	240	3.850	2.500	1.350
Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung in Stuttgart und Ulm	9.400	6.528	3.872	19.800	16.225	3.575
Hahn-Schickard-Gesellschaft für angewandte Forschung Villingen-Schwenningen und Stuttgart	6.984	3.040	2.583	12.607	7.560	5.047
BioPro Baden-Württemberg GmbH (Zuwendung in gleicher Höhe aus Kap.1499 Tit. 685 20 ist in Einnahmen enthalten).....	711	1.712	60	2.483	1.483	1.000
Sonstiges (Kosten in gleicher Höhe bei Kapitel 1421 Tit. 429 01).....	100	0	0	100	0	100
					Zus.	27.532

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
686 79	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke		1.564,7	a)	886,6
				382,0	b)	
				0,0	c)	
		Die Verpflichtungsermächtigungen bei Tit. 686 79, 547 79 und 685 79 sind gegenseitig deckungsfähig.				
				2009 Tsd. EUR		
		Verpflichtungsermächtigung		380,0		
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2010bis zu		180,0		
		Haushaltsjahr 2011bis zu		100,0		
		Haushaltsjahr 2012bis zu		100,0		
		Erläuterung: Veranschlagt ist der Technologietransfer (Technologietransfereinrichtungen, Technologiezentren u. dgl.) und Projekte zum IT-Standort Baden-Württemberg:		2009 Tsd. EUR		
		Haushaltsansatz		886,6		
		Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung der Vorjahre		450,0		
		Neue Maßnahmen		436,6		
		Zuzüglich Verpflichtungsermächtigungen		380,0		
		Bewilligungsvolumen		816,6		
893 79	165	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		0,0	a)	50,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
		Erläuterung: Zuschüsse für Investitionen der wirtschaftsnahen Forschung und technischen Entwicklung, insbesondere im Rahmen von Projektförderungen.				
894 79	165	Zuschüsse für Investitionen		2.500,0	a)	8.000,0
				2.471,6	b)	
				0,0	c)	
				2009 Tsd. EUR		
		Verpflichtungsermächtigung		15.100,0		
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2010bis zu		5.700,0		
		Haushaltsjahr 2011bis zu		5.300,0		
		Haushaltsjahr 2012bis zu		4.100,0		
		Erläuterung: Investitionszuschüsse an Forschungseinrichtungen der anwendungsorientierten Forschung und technischen Entwicklung zur Beschaffung von Geräten sowie zum Bau und zu baulichen Verbesserung der Institutsgebäude einschließlich der Ausstattung. Zusätzlich zu den üblichen Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen werden für Maßnahmen bei den Instituten der Innovationsallianz für Sonderinvestitionen Haushaltsmittel in Höhe von 5,2 Mio. EUR sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 15,1 Mio. EUR bereitgestellt. Die Haushaltsmittel sind in der Übersicht zur institutionellen Förderung bei Kapitel 0708 Titel 685 79 enthalten.				

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
981 79	169	Zuschüsse an wissenschaftliche Institute u. dgl. des Landes	250,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 79			24.167,1		a)	29.091,0
82		Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Entwicklung von Frauen für die Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermin- dert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit.Gr. 82.				
Erläuterung: Die Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH hat am 6. Dezember 2005 beschlossen, für ein eigenes Förderprogramm „Chancengleichheit“ 2,0 Mio. EUR bereitzustellen. Das Wirtschaftsministerium und das Sozialministerium werden dieses Förderprogramm der Landesstiftung gemeinsam als Projektträger umsetzen.						
429 82	151	Personalaufwand	37,5 30,8 0,0		a) b) c)	32,0
547 82	151	Sächlicher Verwaltungsaufwand	425,0 16,3 0,0		a) b) c)	8,0
981 82	990	Übertragung von Mitteln der Landesstiftung auf den Einzelplan 09	37,5 17,5 0,0		a) b) c)	32,0
Summe Titelgruppe 82			500,0		a)	72,0

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

86 Zuwendungen aufgrund des Konsortialvertrages mit dem Bund und des Verwaltungsabkommens über die Errichtung einer gemeinsamen Wissenschaftskonferenz

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung:

1. Förderung des Forschungszentrums Karlsruhe GmbH (FZK)
2. Förderung der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe Rückbau- und Entsorgungs- GmbH (WAK)
3. Förderung der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)
4. Förderung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR)

Zu Ziffer 1 und 2: Grundsätzlich wird der Zuwendungsbedarf der Forschungszentrum Karlsruhe GmbH (FZK), soweit er nicht durch eigene Einnahmen der Gesellschaft gedeckt ist, nach dem Konsortialvertrag zwischen Bund und Land von den beiden Gesellschaftern Bund und Land Baden-Württemberg im Verhältnis 90:10 (Bund:Land) getragen.

Das Forschungszentrum Karlsruhe ist in die zwei Geschäftsbereiche „Forschung“ (F) und „Stilllegung nuklearer Anlagen“ (S) unterteilt und seit 2001 eines von 15 Forschungsinstituten der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V. (HGF).

Im Teilplan F sind die im Wettbewerb der programmorientierten Steuerung (POF) innerhalb der HGF erzielten Ergebnisse bestimmend für den Ansatz im Wirtschaftsplan.

Der Teilplan S wird außerhalb der POF finanziert und unterliegt der direkten Förderung von Bund und Land. Zum Geschäftsbereich Stilllegung gehören die Reaktorprojekte, die HDB und die gesetzlichen Endlagerkosten. Die Gesamtprojektverantwortung für die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK), ist mit Genehmigung der Rahmenvereinbarung II durch den Landtag seit 2006 auf die WAK GmbH übergegangen.

Für das FZK bzw. die WAK GmbH ergeben sich aus § 9 a Atomgesetz zukünftig finanzielle Verpflichtungen durch die Stilllegung kerntechnischer Anlagen. Die vom FZK bilanzierten Ausgleichsansprüche gegen die Gesellschafter ergeben für die Nachsorge der Anlagen einen geschätzten Landesanteil von 193 Mio. EUR (Preisstand: 31.12.2007). Diese Ansprüche werden in mehreren künftigen Haushaltsjahren zu Ausgaben führen, die im Rahmen des Betriebshaushalts abgewickelt werden.

Zu den Betriebskosten gehören auch etwaige Schadensersatzleistungen. Bund und Land sind übereingekommen, beim FZK den für die öffentliche Hand geltenden Grundsatz der Selbstversicherung anzuwenden.

Bei den nachfolgenden Wirtschaftsplänen können sich im Zuge der Planverhandlungen zwischen Zuwendungsempfänger und Zuwendungsgeber noch Abweichungen ergeben.

Übersicht über den Wirtschaftsplan der Forschungszentrum Karlsruhe GmbH		2009 Tsd. EUR
1	Ausgaben	
1.1	Personalausgaben	187.000,0
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben	171.010,0
1.3	Endlagergebühren	26.650,0
1.4	Ausgaben für Investitionen	47.850,0
	Gesamtausgaben	432.510,0
2	Einnahmen	
2.1	Betriebseinnahmen	93.000,0
2.2	Zuwendungen anderer Stellen	305.617,0
	Zusammen	398.617,0
3	Landeszuschuss	
3.1	Zu den Betriebskosten	} 33.893,0
3.2	Für Investitionen	}
	Gesamteinnahmen	432.510,0

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Übersicht über den Wirtschaftsplan der WAK GmbH		2009 Tsd. EUR
1	Ausgaben	
1.1	Personalausgaben	21.200,0
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben und Schuldendienst	59.177,0
1.3	Endlagergebühren (einschl. Weitergabe Rückerstattung BFS)	3.911,0
1.4	Ausgaben für Investitionen	1.025,0
	Gesamtausgaben	85.313,0
2	Einnahmen	
2.1	Betriebseinnahmen (einschl. Rückerstattung BFS)	27.978,0
2.2	Zuwendungen Bund	52.706,0
	Zusammen	80.684,0
3	Landeszuschuss	
3.1	Zu den Betriebskosten	4.629,0
3.2	Für Investitionen	}
	Gesamteinnahmen	85.313,0

Zu Ziffer 3 und 4: Unter das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) vom 19.09.2007 fallen u.a. die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) in München mit Forschungseinrichtungen in Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart und das Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. mit einem Forschungszentrum in Stuttgart. Der Zuwendungsbedarf wird vom Bund und den Ländern aufgebracht. Für die FhG ergeben sich evtl. zukünftig finanzielle Verpflichtungen für den Umgang mit radioaktiven Stoffen in zwei FhG-Instituten. Diese Deckungsvorsorge, die vom Bund und den Ländern entsprechend ihren Anteilen, im Bedarfsfall zu leisten ist, ist im Wirtschaftsplan ausgewiesen. Der Landesanteil für Baden-Württemberg beläuft sich auf 4,73 Tsd. EUR (Stand: 31.12.2007).

Übersicht über den Wirtschaftsplan der Fraunhofer-Gesellschaft:		2009 Tsd. EUR
1	Ausgaben	
1.1	Personalausgaben	561.420,0
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben und Schuldendienst	348.614,0
1.3	Länderausgleichszahlungen	2.447,0
1.4	Ausgaben für Investitionen	274.250,0
	Gesamtausgaben	1.186.731,0
2	Einnahmen	
2.1	Betriebseinnahmen	622.276,0
2.2	Zuwendungen anderer Stellen	550.030,0
	Zusammen	1.172.306,0
3	Landeszuschuss	
3.1	zu den Betriebskosten	14.425,0
3.2	für Investitionen	}
	Gesamteinnahmen	1.186.731,0

In den Ansätzen bei Titel 894 86C sind für die Innovationsoffensive der FhG für Sonderinvestitionen Haushaltsmittel in Höhe von 5,8 Mio. EUR sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 19,75 Mio. EUR enthalten.

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006 Tsd. EUR	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------------------	----------------	-----------------------------------

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V.: 2009
Tsd. EUR

1	Ausgaben					
1.1	Personalausgaben		305.265,5			
1.2	Sächliche Verwaltungsausgaben		225.431,5			
1.3	Länderausgleichszahlungen		835,3			
1.4	Ausgaben für Investitionen		79.401,8			
		Gesamtausgaben	610.934,1			
2	Einnahmen					
2.1	Betriebseinnahmen		280.000,0			
2.2	Zuwendungen anderer Stellen		326.749,9			
		Zusammen	606.749,9			
3	Landeszuschuss					
3.1	zu den Betriebskosten					
3.2	für Investitionen	}	4.184,2			
		Gesamteinnahmen	610.934,1			

685 86	W	164	Zuwendungen zu den Betriebsausgaben	44.289,4	a)	0,0
				39.168,6	b)	
				0,0	c)	
685 86A	N	164	Zuwendungen zu den Betriebsausgaben des FZK (Ziffer 1 der Erläuterungen)	0,0	a)	29.038,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
685 86B	N	164	Zuwendungen zu den Betriebsausgaben der WAK (Ziffer 2 der Erläuterungen)	0,0	a)	4.629,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
685 86C	N	164	Zuwendungen zu den Betriebsausgaben der FhG (Ziffer 3 der Erläuterungen)	0,0	a)	6.364,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
685 86D	N	164	Zuwendungen zu den Betriebsausgaben des DLR (Ziffer 4 der Erläuterungen)	0,0	a)	3.169,9
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
894 86	W 164	Zuwendungen zu Investitionen	8.036,9		a)	0,0
			10.010,2		b)	
			0,0		c)	
894 86A	N 164	Zuwendungen zu Investitionen des FZK (Ziffer 1 der Erläuterungen)	0,0		a)	4.855,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
		<p>Von den staatlichen Grundstücken auf Gemarkung Leopoldshafen (Flurstück-Nr. 1896/14/15) und Gemarkung Linkenheim (Flurstück-Nr. 3436/8 und 11) mit insgesamt 159,8132ha wird</p> <p>A) an einer Teilfläche von 139,2296 ha der Gesellschaft ein unentgeltliches Erbbaurecht ohne Zeitbeschränkung,</p> <p>B) an einer Teilfläche von 20,5836 ha der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) ein Erbbaurecht auf die Dauer von 99 Jahren gegen einen symbolischen Erbbauzins von 1 Euro jährlich eingeräumt.</p>				
894 86B	N 164	Zuwendungen zu Investitionen der WAK (Ziffer 2 der Erläuterungen)	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
894 86C	N 164	Zuwendungen zu Investitionen der FhG (Ziffer 3 der Erläuterungen)	0,0		a)	8.061,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
			2009 Tsd. EUR 19.750,0			
		Verpflichtungsermächtigung				
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2010bis zu	5.400,0			
		Haushaltsjahr 2011bis zu	5.600,0			
		Haushaltsjahr 2012bis zu	5.900,0			
		Haushaltsjahr 2013bis zu	2.850,0			
894 86D	N 164	Zuwendungen zu Investitionen des DLR (Ziffer 4 der Erläuterungen)	0,0		a)	1.014,3
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Summe Titelgruppe 86			52.326,3		a)	57.131,2
95		Durchführung des EU-Programms für Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung				
		<p>Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit.Gr. 95. Ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen bei Tit.Gr. 95 geleistet werden.</p>				
429 95	692	Personalaufwand	70,0		a)	35,0
			55,3		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Es handelt sich um Personalausgaben, die durch die Bewältigung zusätzlicher Aufgaben im Rahmen des EU-Programms für Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung entstehen und die im Rahmen der Technischen Hilfe aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung kofinanziert werden.

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

547 95	692	Sächliche Verwaltungsausgaben				
			0,0		a)	0,0
			2,7		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Ausgaben für (Cluster)-Wettbewerbe zur Ermittlung von spezifischen Wachstums- und Clusterpotenzialen, Maßnahmen der Technischen Hilfe wie Gutachten, Studien, Berater, EDV-System, Moderationen, Publikationen o.ä.

686 95	692	Zuschüsse für laufende Maßnahmen				
			0,0		a)	750,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Die Verpflichtungsermächtigung bei den Tit. 686 95 und 883 95 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Verpflichtungsermächtigung kann auch bei Tit. 893 95 in Anspruch genommen werden.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	450,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	200,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	150,0
Haushaltsjahr 2012bis zu	100,0

Erläuterung: Zuschüsse zu Technologietransferaktivitäten, zur Unterstützung von clusterorientierten Netzwerken, zum Ausbau der Verbundforschung, zur Unterstützung von Risikokapitalangeboten und –netzwerken u. dgl.

883 95	692	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände				
			1.100,0		a)	1.100,0
			1.400,0		b)	
			0,0		c)	

Die Verpflichtungsermächtigung bei den Tit. 883 95 und 686 95 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Verpflichtungsermächtigung kann auch bei Tit. 893 95 in Anspruch genommen werden.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	1.100,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	400,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	400,0
Haushaltsjahr 2012bis zu	300,0

Erläuterung: Zuschüsse zu Investitionen in Gemeinschaftseinrichtungen für die Wirtschaft wie Gründer-, Dienstleistungs-, Technologie-, Gewerbe-, Berufsbildungs- und Kompetenz-Zentren sowie des Tourismus oder zur Beseitigung von kommunalen Engpasslagen u.ä.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln			
		2009	2010	2011	2012
bis 2008	1.200,0	600,0	600,0		
2009	1.100,0		400,0	400,0	300,0
zus.	2.300,0	600,0	1.000,0	400,0	300,0

Wirtschaftsministerium
0708 Innovation und Technologietransfer

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

893 95	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei Tit. 686 95 und 883 95 können auch hier in Anspruch genommen werden.

Erläuterung: Zuschüsse zu Investitionen in die Infrastruktur des Technologietransfers und weitere clusterorientierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Summe Titelgruppe 95	1.170,0	a)	1.885,0
-----------------------------	---------	----	---------

Gesamtausgaben	79.595,5	a)	90.041,3
-----------------------	----------	----	----------

Abschluss Kapitel 0708

Verwaltungseinnahmen	597,0	a)	169,0
-----------------------------	-------	----	-------

Übrige Einnahmen	35,0	a)	0,0
-------------------------	------	----	-----

Gesamteinnahmen	632,0	a)	169,0
------------------------	-------	----	-------

Personalausgaben	107,5	a)	67,0
-------------------------	-------	----	------

Sächliche Verwaltungsausgaben	1.367,5	a)	950,5
--------------------------------------	---------	----	-------

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	66.196,1	a)	65.911,5
---	----------	----	----------

Ausgaben für Investitionen	11.636,9	a)	23.080,3
-----------------------------------	----------	----	----------

Besondere Finanzierungsausgaben	287,5	a)	32,0
--	-------	----	------

Gesamtausgaben	79.595,5	a)	90.041,3
-----------------------	----------	----	----------

Kapitel 0708 Zuschuss	78.963,5	a)	89.872,3
------------------------------	----------	----	----------

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Produktorientierte Informationen

FB Mittelstandsförderung

Haushaltsermächtigungen 0701, 0710, 1221, 1240

1. Kosten und Erlöse

Zusammen- setzung der Fachbereichs- kosten	Jahr	KLR Ergebnis			Fördermittel/ Transferergebnis			Konzern- umlage	Steuern und steuer- äbnl. Erträge	Gesamt- ergebnis
		Erlöse	Verwal- tungs- kosten	Betriebs- ergebnis	Fördermittel-/ Transfer- einnahmen	Fördermittel-/ Transfer- ausgaben	Förder- mittel-/ Transfer- ergebnis			
		Tsd.EUR								
Fachbereichs- kosten (ohne RP)	Ist-2006	0,2	18.085,8	18.085,6-	3.021,6	34.653,7	31.632,1-	8.476,3	-	58.193,9-
	Ist-2007	347,8	11.528,7	11.181,0-	151,4	53.087,8	52.936,4-	10.346,3	-	74.463,7-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Regierungs- präsidien	Ist-2006	47,4	1.516,4	1.469,0-	13.499,9	18.220,5	4.720,7-	-	-	6.189,6-
	Ist-2007	40,0	1.456,3	1.416,3-	13.153,8	17.841,7	4.687,9-	-	-	6.104,2-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fachbereichs- ergebnis	Ist-2006	47,7	19.602,2	19.554,5-	16.521,5	52.874,2	36.352,8-	8.476,3	-	64.383,6-
	Ist-2007	387,8	12.985,1	12.597,3-	13.305,2	70.929,4	57.624,3-	10.346,3	-	80.567,9-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	HH-Jahr	Anteile des Fachbereichs am Gesamtvolumen aller Fachbereiche des Einzelplans								
		%								
	Ist-2006	1.00	24.40	25.88	10.45	10.98	11.23	32.87	-	15.15
	Ist-2007	7.19	17.24	18.02	8.07	14.18	17.19	30.04	-	18.33
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Produktorientierte Informationen

2. Ziele und Messgrößen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Allg. Mittelstandsförderung	0701, 0710, 1221, 1240	Förderung Unternehmensbera- tungen (Kurzberatungen): kaufmännische und technische Fragestellungen	Anzahl der Beratungsfälle	- (-)	14.147 (-)	14.000	14.000
			Beratene Unternehmen an allen KMU in %	- (-)	5,3 (-)	5,2	5,2
			Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in Tsd. EUR	1.873,6 (-)	1.875,0 (1.900,0)	2.168,2	2.168,2
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	25,1 (-)	43,5	43,5
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %	- (-)	1,34 (-)	2,01	2,01
			Anzahl gestellte Anträge	51 (-)	52 (52)	52	52
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	36.737,3 (-)	36.057,7 (36.538,5)	41.696,2	41.696,2
			Anzahl der Bewilligungen	51 (-)	51 (52)	52	52
			Durchschnittliche Bewilligungssum- me in EUR	36.737,3 (-)	36.764,7 (36.538,5)	41.696,2	41.696,2
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	0,49 (-)	0,84	0,84
FP Existenzgründ. Untern.nachf.	0701, 0710	Förderung Existenzgründungs- beratung: Bewertung Grün- dungsideen; Erstellung u. Umsetzung Businessplan	Zahl der beratenen Gründer/innen	1.350 (-)	2.050 (1.600)	2.000	-
			Verwaltungskosten pro Beratung in TEUR	- (-)	0 (-)	0	-
			Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in Tsd. EUR	1.688 (-)	1.810 (1.814)	1.814	1.800
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	10,4 (-)	19,9	19,9
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %	- (-)	0,57 (-)	1,10	1,11
			Anzahl gestellte Anträge	3 (-)	3 (3)	3	-
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	641.000 (-)	605.000 (605.000)	576.000	-
			Anzahl der Bewilligungen	3 (-)	3 (3)	3	-
			Durchschnittliche Bewilligungssum- me in EUR	1.250,4 (-)	882,9 (1.133,8)	907,0	-

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Produktorientierte Informationen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Berufliche Bildung	0701, 0710	Förderung Argen berufl. Bil- dung: Intensivierung, Verbrei- tung regionales Angebot; Angebotstransparenz	Anz. berufl. Weiterbild.maßn. Mittel- wert	20.000 (-)	28.652 (20.000)	20.000	20.000
			Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in Tsd. EUR	476,4 (-)	493,9 (500,0)	500,0	500,0
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	- (-)	39,5	39,5
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %	- (-)	- (-)	7,89	7,89
			Anzahl gestellte Anträge	82 (-)	81 (85)	85	85
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	5.809,8 (-)	6.097,5 (5.882,4)	5.882,4	5.882,4
			Anzahl der Bewilligungen	82 (-)	81 (85)	85	85
			Durchschnittliche Bewilligungssum- me in EUR	5.809,8 (-)	6.097,5 (5.882,4)	5.882,4	5.882,4
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	- (-)	0,46	0,46
			Förderung Ausbildungsverbün- de: Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze durch Betriebskooperationen	Zahl der geförderten Ausbildungs- plätze	461 (-)	448 (448)	450
		Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in Tsd. EUR		282,0 (-)	260,0 (300,0)	280,0	259,3
		Verwaltungskosten in Tsd. EUR		- (-)	13,5 (-)	14,9	14,9
		Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %		- (-)	5,21 (-)	5,34	5,76
		Anzahl gestellte Anträge		- (-)	44 (50)	50	35
		Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR		- (-)	6.000 (6.000)	6.200	8.600
		Anzahl der Bewilligungen		47 (-)	40 (50)	45	30
		Durchschnittliche Bewilligungssum- me in EUR		6.000,0 (-)	6.500,0 (6.000,0)	6.222,2	8.643,3
		Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR		- (-)	0,34 (-)	0,33	0,50

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Produktorientierte Informationen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Berufliche Bildung	0701, 0710	Förderung Konkurslehrlinge: Ermöglichung der Fortsetzung der Ausbildung und Ausbil- dungsabschluss	Zahl der geförderten Ausbildungs- plätze	135 (-)	87 (135)	120	108
			Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in Tsd. EUR	137,2 (-)	122,7 (140,0)	140,0	130,0
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	53,3 (-)	22,4	22,4
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %	- (-)	43,47 (-)	16,02	17,25
			Anzahl gestellte Anträge	- (-)	80 (100)	100	115
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	- (-)	2.000 (1.600)	1.800	1.200
			Anzahl der Bewilligungen	85 (-)	62 (90)	78	108
			Durchschnittliche Bewilligungssum- me in EUR	1.614,1 (-)	1.979,0 (1.555,6)	1.794,9	1.203,7
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	0,86 (-)	0,29	0,21
			FP Tourismusmarke- ting	0701, 0710, 1240	Förderung Tourismusmarke- ting: Erhöhung Bekanntheits- grad Tourismusland Baden- Württemberg	Verwaltungskosten pro Antrag in TEUR	- (-)
Entwicklung Gästeankünfte in Ba-Wü in %	2,9 (-)	4,5 (-)				2,5	2,5
Entwicklung Gästeankünfte bund- desw. in %	3,9 (-)	3,7 (-)				2,0	2,0
Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in Tsd. EUR	3.730 (-)	4.000 (4.000)				5.000	5.000
Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	76,5 (-)				64,2	64,2
Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %	- (-)	1,91 (-)				1,28	1,28
Anzahl gestellte Anträge	11 (-)	12 (12)				16	16
Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	339.090,9 (-)	333.333,3 (333.333,3)				312.500,0	312.500,0
Anzahl der Bewilligungen	11 (-)	12 (12)				16	16
Durchschnittliche Bewilligungssum- me in EUR	339.090,9 (-)	333.333,3 (333.333,3)				312.500,0	312.500,0

Produktorientierte Informationen

3. Erläuterungen

FP Allg. Mittelstandsförderung Förderung Unternehmensberatungen

Die Beratung erfolgt durch Wirtschaftsorganisationen (Kammern und Verbände) und Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft (z.B. RKW). Aufgrund von statistischen Erhebungs- und Abgrenzungsproblemen konnte die "Anzahl der Beratungsfälle" erstmals für 2007 erhoben werden.

Der Erfolg der Beratung kann nur durch gesamtwirtschaftliche Studien untermauert werden. Von Seite des RKW liegen Wirkungsanalysen vor, die allerdings nur eine selektive Wirkungsmessung ermöglichen. Die flächendeckende Wirkungsmessung der Beratung kann nur im Rahmen von umfangreicheren Wirkungsanalysen erhoben werden, die allerdings mit hohem Aufwand verbunden wären.

FP Existenzgründung und Unternehmensnachfolge Förderung Existenzgründungsberatung

Die Durchführung der Existenzgründungsberatung durch die Beratungsdienste von RKW Baden-Württemberg GmbH und BWHM GmbH erfolgt auf Basis von Beileihungsverträgen und jährlichen Zuwendungsbescheiden sowie ergänzend seit 2005 durch das Institut für Freie Berufe auf Basis von jährlichen Zuwendungsbescheiden. Daraus resultieren die geringe Zahl der Anträge und das hohe durchschnittliche Antragsvolumen. In Zeile "durchschnittliche Bewilligungssumme" wurde als Teiler nicht die Zahl der Bewilligungen an die Beratungsdienste, sondern die Zahl der beratenen Gründer und Gründerinnen gewählt, um die durchschnittliche Fördersumme pro Beratungsfall deutlich zu machen. Die Förderung der Existenzgründungsberatungen wird aktuell evaluiert. Ein entsprechender Bericht wird Ende September 2008 vorliegen. Auf der Basis dieses Berichts soll die zukünftige Systematik der Beratungsförderung in 2009 neu gestaltet werden. So ist zum heutigen Zeitpunkt z.B. nicht absehbar, ob die Einbindung der oben genannten Beratungsdienste in der bisherigen Form Bestand haben wird. Aus diesen Gründen sind Angaben für 2009 derzeit nicht möglich.

Die Förderung der Existenzgründungsberatung wird im Rahmen der Initiative für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge -ifex umgesetzt. Sie ist Teil eines diversifizierten Informations-, Qualifizierungs- und Beratungsangebots, mit dem das Land – wie durch die Preisverleihung des European Enterprise Award der EU im Dezember 2006 deutlich wurde - im europaweiten Vergleich der Gründungsinitiativen einen Spitzenplatz einnimmt.

Regelmäßige Wirkungsanalysen bzw. Projektevaluationen sind wichtige Bestandteile der hier durchgeführten Fördermaßnahmen, können aber aufgrund ihrer Komplexität im Rahmen der Produktorientierten Informationen nicht adäquat abgebildet werden.

Die ifex setzt besondere Schwerpunkte in den Bereichen:

- Landesweiter Informationsservice (z.B. www.newcome.de – das Zentrale Internetportal des Landes für Gründung und Nachfolge, die zweijährlich stattfindende Messe NewCome, Broschüren)
- Start auf dem Campus - Förderung von Existenzgründungen und Gründerverbänden aus dem Umfeld der Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Wachstumsstarke Unternehmensgründungen (z.B. Business Angel Aktivitäten)
- 12-Punkte-Programm zur Sicherung der Unternehmensnachfolge
- Schule und Selbständigkeit – Maßnahmen zur frühzeitigen Sensibilisierung und Qualifizierung von Schülern
- Gründerinnen und Unternehmerinnen
- Regionale Netzwerke und Projekte (z.B. One-Stop-Agencies der Kammern)
- Entrepreneurship international (Austausch auf europäischer Ebene)
- Existenzgründung durch Migranten
- Small Business
- Branchenspezifische Maßnahmen
- Drittmittel-Projekte, z.B. „Next Business Generation“ (Interreg III c), bundesweite Gründerinnenagentur (Bundesmittel)

FP Berufliche Bildung Förderung der Arbeitsgemeinschaften für berufliche Bildung

Die Kennzahl "Anzahl der beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen" wird ab 2009 nicht mehr als Durchschnittswert erhoben, sondern zu einem regelmäßigen Stichtag (1. September). Als Datenbasis dienen die recherchierbaren Kurse im Weiterbildungsportal (www.fortbildung-bw.de).

Die Verwaltungskosten können für 2007 nicht separat ausgewiesen werden.

Die Wirkung der Weiterbildungsmaßnahmen und –messen beim Förderprogramm Arbeitsgemeinschaften für berufliche Bildung kann nur im Rahmen von stichprobenartigen Befragungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen erhoben werden. Dies wäre mit entsprechendem Aufwand und zusätzlichen Kosten verbunden.

Förderung Ausbildungsverbände

Das Förderprogramm Ausbildungsverbände wird 2009 in ein Prämienprogramm umgewandelt (2.000 EUR pro Lehrling). Gleichzeitig wird ein Projekt "Externes Ausbildungsmanagement" installiert, das überwiegend aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert wird.

Die Antragszahlen der Jahre vor 2007 wurden nicht routinemäßig erfasst und sind deswegen in der Tabelle nicht enthalten. Dies gilt auch für das Antragsvolumen.

Förderung Konkurslehrlinge

Das Förderprogramm "Konkurslehrlinge" ist aufgrund seiner bisherigen strukturellen Ausgestaltung sehr arbeitsintensiv. Dies zeigt sich insbesondere in der Vielzahl der Zahlungsvorgänge, die bisher in Halb- bzw. Jahrestrenchen erfolgen. Das Wirtschaftsministerium plant spätestens zum 01.01.2009 eine Änderung der derzeitigen Förderkonditionen mit dem Ziel der Einführung einer Anreizprämie (1.200 EUR pro Lehrling), die als Einmalzahlung erfolgt. Durch diese Reduzierung auf einen Zahlvorgang pro Förderfall lässt sich der personelle und verwaltungstechnische Aufwand deutlich verringern.

Die Antragszahlen der Jahre vor 2007 wurden nicht routinemäßig erfasst und sind deswegen in der Tabelle nicht enthalten. Dies gilt auch für das Antragsvolumen.

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Produktorientierte Informationen

FP Tourismusmarketing
Förderung Tourismusmarketing

Der größte Teil der Mittel geht als Zuschuss an die Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg zur Durchführung regionaler und überregionaler Werbemaßnahmen im In- und Ausland (institutionelle Förderung).

In den Verwaltungskosten ist der Verwaltungskostenbeitrag an die L-Bank enthalten.

Die Wirkung einzelner Marketingmaßnahmen könnte nur im Rahmen von Wirkungsanalysen genauer untersucht werden.

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung:

Im Zuge der fachbereichsorientierten Neustrukturierung des Haushalts sowie neuer Schwerpunktsetzungen im Wirtschaftsministerium werden die Titelgruppen innerhalb von Kap. 0710 neu gegliedert. Neu ausgebracht wurde die Titelgruppe 72 „Berufliche Weiterbildung“. Die folgenden Mittelübertragungen aus der bisherigen Titelgruppe 75 wurden innerhalb des Kapitels 0710 – Mittelstandsförderung - vorgenommen (gerundet):

Titel / Tit.Gr.	von Kap.0710 Titel / Tit.Gr	2009 Tsd. EUR
119 71	119 75	25,5
119 78	282 75	10,0
531 71	546 75	10,0
542 71	546 75	5,0
547 71	546 75	75,0
683 71	686 75	90,0
686 71	686 75	2.168,0
893 71	893 75	1.900,0
526 72	534 75	10,0
531 72	534 75	30,0
546 72	534 75 und 546 75	64,0
685 72	685 75	500,0
684 75	683 75 und 685 75	259,3
526 78	531 75	49,2
531 78	531 75	50,0
534 78	534 75	100,0
686 78	686 75	2.100,0

Die Ansätze des Kapitels ergeben sich, soweit nicht besonders erläutert, aus diesen Übertragungen.

Erläuterung:

Die bestehenden Förderprogramme im Bereich der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung werden ausschließlich aus zu erwartenden Leistungen der Landeskreditbank (Bankbeitrag) in Höhe von jährlich rd. 39,4 Mio. EUR (Zinszuschüsse zur Verbilligung von Darlehen) finanziert.

Für die einzelnen Förderbereiche ist im Jahre 2009 folgendes Bewilligungsvolumen vorgesehen:

Förderbereiche	Bankbeitrag - in Mio. EUR -
Gründungs- und Wachstumsfinanzierung	30,0
Tourismusförderung (einzelbetrieblich)	0,7
Umweltförderung	0,5
Liquiditätshilfe	4,0
Regionalförderung (einzelbetrieblich)	2,2
Förderung des Einsatzes moderner Technologien	2,0
Zusammen:	39,4

Einnahmen

Übrige Einnahmen

282 03	153	Zuwendungen der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH für die Förderlinie "Berufliche Bildung"	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei den Ausgaben bei Kap. 0710 Tit. 547 05.

Zwischensumme Übrige Einnahmen			0,0	a)	0,0
---------------------------------------	--	--	-----	----	-----

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

71 Grundsatzfragen Mittelstand und Handwerk

119 71	N	691	Vermischte Einnahmen	0,0	a)	25,5
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei den Ausgaben der TG 71.

Summe Titelgruppe 71	0,0	a)	25,5
-----------------------------	-----	----	------

72 Berufliche Weiterbildung

119 72	N	151	Vermischte Einnahmen	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Summe Titelgruppe 72	0,0	a)	0,0
-----------------------------	-----	----	-----

75 Berufliche Ausbildung

119 75		151	Vermischte Einnahmen	25,5	a)	0,0
				115,4	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei den Ausgaben der TG 75.

282 75		153	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	10,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei den Ausgaben den TG 75.

287 75		153	Zuschüsse der Europäischen Union	0,0	a)	0,0
				152,1	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kofinanzierungsmittel der EU (insb. Europäischer Sozialfonds soweit nicht in TG 76 und 77 enthalten). Vgl. Vermerk bei den Ausgaben der TG 75.

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			

331 75	153	Zuweisungen vom Bund	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei den Ausgaben der TG 75.

Summe Titelgruppe 75	35,5		a)	0,0
-----------------------------	------	--	----	-----

76 Umsetzung des Europäischen Sozialfonds - Ziel 3 -
im Förderzeitraum 2000 bis 2006

381 76	990	Übertragung von EU-Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds (ESF) Ziel 3 aus dem Einzelplan 09 (Kap. 0903 Tit. 981 73) Förderperiode 2000 - 2006	21.094,3		a)	0,0
			5.856,1		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vgl. die Ausgaben bei TG 76. Die EU stellt dem Land Baden-Württemberg für die Förderperiode 2000–2006 im Rahmen des Ziel-3-Programms insgesamt rd. 289 Mio. EUR zur Verfügung. Davon entfallen auf das Wirtschaftsministerium 86,7 Mio. EUR. Veranschlagt sind Erstattungen in 2009 aufgrund von Mittelanforderungen bei der EU aus den Jahren 2008 und 2009.

Summe Titelgruppe 76	21.094,3		a)	0,0
-----------------------------	----------	--	----	-----

77 Umsetzung des Europäischen Sozialfonds - Ziel
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
im Förderzeitraum 2007 - 2013

Erläuterung: Vgl. die Ausgaben bei Tit. 685 77. Die EU stellt dem Land Baden-Württemberg für die Jahre 2007 – 2013 aus dem Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ rd. 266 Mio. Euro zur Verfügung. Die Mittel des ESF werden zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Arbeit und Soziales aufgeteilt. Das WM ist tendenziell für die Themen des Ersten Arbeitsmarktes, das SM für die Themen des Zweiten Arbeitsmarktes zuständig.

381 77	990	Übertragung von EU-Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds (ESF) Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Förderperiode 2007 - 2013	0,0		a)	12.153,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vgl. die Ausgaben bei TG 77. Die EU stellt dem Land Baden-Württemberg für die Jahre 2007 – 2013 im Rahmen des neuen Programmziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ rd. 266 Mio. Euro zur Verfügung. Die Mittel des ESF werden zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Arbeit und Soziales aufgeteilt. Das WM ist tendenziell für die Themen des Ersten Arbeitsmarktes, das SM für die Themen des Zweiten Arbeitsmarktes zuständig. Die Mittel werden übertragen von Kap. 0903 Titel 981 77.

Summe Titelgruppe 77	0,0		a)	12.153,0
-----------------------------	-----	--	----	----------

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

78 Existenzgründung und Unternehmensnachfolge (ifex),
Zukunftsfähigkeit von KMU

119 78	N 635	Vermischte Einnahmen	0,0		a)	10,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei den Ausgaben der TG 78.

Summe Titelgruppe 78	0,0		a)	10,0
-----------------------------	-----	--	----	------

80 Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung

Erläuterung: Vgl. die Ausgaben bei Tit.Gr. 80.

231 80	141	Zuschüsse des Bundes zur Förderung der Aufstiegs- fortbildung	15.000,0		a)	15.000,0
			13.153,8		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt ist der Bundesanteil an der Aufstiegsfortbildungs-
förderung, vgl. Tit. 681 80.

Summe Titelgruppe 80	15.000,0		a)	15.000,0
-----------------------------	----------	--	----	----------

Gesamteinnahmen	36.129,8		a)	27.188,5
------------------------	----------	--	----	----------

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

547 05	153	Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung aus Erträgen der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Die Mittel sind übertragbar. Ausgaben sind bis zur Höhe der
Einnahmen bei Tit. 282 03 zulässig.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	0,0		a)	0,0
--	-----	--	----	-----

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

684 01	W	129	Zuschüsse an fremdsprachige Schulen in Baden-Württemberg	1.172,0	a)	0,0
				1.170,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Übertragen nach Kap. 0707 Tit. 684 01.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1.172,0	a)	0,0
---	---------	----	-----

Titelgruppen

71 Grundsatzfragen Mittelstand und Handwerk

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind einschl. der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabenermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei TG 71. Mehrausgaben sind durch Minderausgaben bei Kap. 0710 TG 72, 75 oder 78 zulässig. Finanzhilfen im Rahmen dieser Zweckbestimmung dürfen auch neben Zuschüssen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gegeben werden (§ 35 LHO).

Erläuterung: Zielgruppen der Förderung nach dem Gesetz zur Mittelstandsförderung vom 19.12.2000 sind kleine und mittlere Unternehmen aus Handwerk, Industrie, Handel, Freien Berufen und sonstigem Dienstleistungsgewerbe. Besondere mittelstandspolitische Schwerpunktaufgaben sind die Förderung der Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Förderung von Investitionen in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten.

526 71	691	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. dgl.	20,0	a)	20,0
			1,4	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Wissenschaftliche Gutachten und Veröffentlichungen, Evaluierung, Projektbegleitung o.ä. im Rahmen der Wirtschaftsförderung.

531 71	N	635	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentationen	0,0	a)	10,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

542 71	635	Aufwendungen für handwerks- und mittelstandspolitische Veranstaltungen	0,0	a)	10,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Durchführung von Veranstaltungen mit besonderem handwerks- und mittelstandspolitischem Bezug, wie beispielsweise Handwerksforen.

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

547 71	691	Sonstiger Sachaufwand		5,0	a)	75,0
				2,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Kosten für sonstigen Sachaufwand, Besuche baden-württembergischer Aussteller auf Fachmessen, Betreuung von Gästen u. dgl.

683 71A N	691	Zuschüsse für örtliche Leistungsschauen		0,0	a)	190,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

2009	
Tsd. EUR	
Verpflichtungsermächtigung	50,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	50,0

Erläuterung: Zuschüsse an örtliche Gewerbevereine zur Durchführung von örtlichen Gewerbe- und Leistungsschauen.

683 71B N	691	Zuschüsse zur Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen in betrieblichen Krisensituationen		0,0	a)	555,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		

685 71	635	Zuschuss an das Deutsche Handwerksinstitut Berlin	145,0	a)	155,0
			141,9	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Das Deutsche Handwerksinstitut (DHI) in Berlin besteht aus 6 Einzelinstituten, darunter das Institut für Technik der Betriebsführung in Karlsruhe und einer Geschäftsstelle in Berlin. Aufgabe des DHI und seiner Einzelinstitute ist die Förderung der deutschen Handwerkswirtschaft durch wissenschaftliche Untersuchung von Handwerksfragen und die Unterstützung oder Durchführung gewerbefördernder Maßnahmen in Verbindung mit der Handwerksorganisation. Das DHI wird im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung institutionell durch eine Gemeinschaftsfinanzierung des Bundes und der Länder sowie des Deutschen Handwerkskammertages (DHKT) gefördert. Der Finanzierungsanteil der Länder in Höhe von rd. 38,1 % der förderfähigen Aufwendungen wird nach einem Aufteilungsschlüssel (Zahl der Handwerksbetriebe ohne handwerksähnliches Gewerbe) auf die einzelnen Länder verteilt. Beim nachfolgenden Wirtschaftsplan können sich im Zuge der Planverhandlungen zwischen Zuwendungsempfänger und Zuwendungsgeber noch Abweichungen ergeben.

<u>Übersicht über den Wirtschaftsplan des Deutschen Handwerksinstituts e.V.</u>	2009 Tsd. EUR
1. Ausgaben	
1.1 Personalausgaben	2.871,6
1.2 Sonstige Ausgaben	831,1
Gesamtausgaben	3.702,7
2. Einnahmen	
2.1 Zuwendungen des Bundes und anderer Länder	1.893,0
2.2 Sonstige Einnahmen	1.654,7
zus.	3.547,7
3. Landeszuschuss	155,0
Gesamteinnahmen	3.702,7

686 71	N 691	Zuschüsse zur Unternehmensberatung	0,0	a)	2.168,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

	2009 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	1.000,0
Davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2010bis zu	1.000,0

Erläuterung: Zuschüsse an Organisationen der Wirtschaft zur Förderung der Beratung von KMU.

892 71	691	Zuschüsse für Investitionen an gewerbliche Unternehmen	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
893 71	N 153	Zuschüsse für Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungszentren	0,0		a)	2.900,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
		2009 Tsd. EUR				
		Verpflichtungsermächtigung	8.300,0			
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2010bis zu	3.000,0			
		Haushaltsjahr 2011bis zu	2.500,0			
		Haushaltsjahr 2012bis zu	2.800,0			
Erläuterung: Zuschüsse, insb. zu den Bau-, Einrichtungs-, Substanzerhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen überbetrieblicher beruflicher Bildungsstätten von Organisationen der Wirtschaft. Veranschlagt sind auch Zuschüsse für Kompetenzzentren.						
Summe Titelgruppe 71			170,0		a)	6.083,0
72		Berufliche Weiterbildung				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind einschl. der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen gegenseitig deckungsfähig. Mehrausgaben sind durch Minderausgaben bei Kap. 0710 TG 71, 75 oder 78 zulässig.				
Erläuterung: Vorgesehen sind Maßnahmen zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung, insb. Zuschüsse an die regionalen Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung sowie Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs im Rahmen der beruflichen Weiterbildung.						
526 72	N 151	Kosten für Sachverständige, Gutachten und dgl.	0,0		a)	10,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Kosten für Gutachten und dgl. im Zusammenhang mit der Förderung der beruflichen Weiterbildung sowie Kosten für Sachverständige.						
531 72	N 151	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentationen	0,0		a)	30,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
534 72	N 151	Kosten für Dienstleistungen Dritter	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
546 72	N 151	Sonstiger Sachaufwand	0,0		a)	64,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

685 72	N	635	Zuschüsse für laufende Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	0,0	a)	500,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

2009
Tsd. EUR

Verpflichtungsermächtigung 300,0
Davon zur Zahlung fällig im
Haushaltsjahr 2010bis zu 300,0

Erläuterung: Zuschüsse für Maßnahmen und Modellvorhaben der beruflichen Weiterbildung, insb. Zuschüsse an die regionalen Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung.

Summe Titelgruppe 72		0,0	a)	604,0
-----------------------------	--	-----	----	-------

73 Tourismusförderung

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel (ohne Titel 883 73) sind gegenseitig deckungsfähig. Finanzhilfen im Rahmen dieser Zweckbestimmung dürfen auch neben Zuschüssen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gewährt werden (§ 35 LHO).

Erläuterung: Die Maßnahmen werden in Höhe von 5,0 Mio. EUR durch den Kommunalen Investitionsfonds (Tit. 883 73) und in Höhe von 7,1 Mio. EUR aus Erträgen der Spielbanken (Spielbankabgabe) finanziert.

526 73	650	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten, für Sachverständige, Gutachten u. dgl.	0,0	a)	0,0
			66,2	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Für wissenschaftliche Gutachten usw., die der Zweckbestimmung der Tit.Gr. 73 dienen, sowie Aufwendungen (einschl. Reisekosten) für den Landesfachausschuss für Tourismus, den Tourismustag, Automobilsommer 2011 u. ä.

527 73	650	Dienstreisen	0,0	a)	0,0
			0,3	b)	
			0,0	c)	

547 73	650	Sonstiger Sachaufwand	0,0	a)	0,0
			1,1	b)	
			0,0	c)	

633 73	187	Zuschüsse an die Stadt Baden-Baden für das Festspielhaus	2.557,0	a)	2.557,0
			2.556,5	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Der im Haushaltsjahr 1996 bewilligte Zuschuss in Höhe von 2,557 Mio. EUR jährlich für Miete und Instandhaltungskosten des Festspielhauses in Form eines Investorenmodells mit eigenständiger Betriebsgesellschaft ist auf die Dauer von 24 Jahren ab Betriebsbeginn (1998) vorgesehen.

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

686 73	650	Zuschüsse für Werbemaßnahmen und Absatzförderung				
			4.000,0		a)	4.000,0
			4.152,5		b)	
			0,0		c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 686 73 und 892 73 sind gegenseitig deckungsfähig.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	2.000,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	1.000,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	600,0
Haushaltsjahr 2012bis zu	400,0

Erläuterung: Veranschlagt sind:	2009
	Tsd. EUR
1. Zuschuss an die Tourismus Marketing GmbH Baden-	3.500,0
Württemberg zur Durchführung regionaler und überre-	
gionaler Werbemaßnahmen im In- und Ausland	
2. Sonstige Werbemaßnahmen	500,0
zus.	4.000,0

Übersicht über den Wirtschaftsplan der Tourismus-Marketing GmbH 2009
Tsd. EUR
Beim nachfolgenden Wirtschaftsplan können sich im Zuge der Planverhandlungen zwischen Zuwendungsempfänger und Zuwendungsgeber noch Abweichungen ergeben.

1. Aufwendungen	
1.1 Personalausgaben	930,0
1.2 Marketingausgaben	3.800,0
1.3 Sonstige Aufwendungen	470,0
Gesamtausgaben	5.200,0
2. Erträge	
2.1 Betriebseinnahmen	1.700,0
zus.	1.700,0
3. Landeszuschuss	3.500,0
Gesamteinnahmen	5.200,0

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

883 73	650	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.600,0		a)	5.000,0
			6.200,0		b)	
			0,0		c)	

Mehrausgaben sind gegen Einsparung bei Tit. 686 73, 892 73 und 981 73 zulässig. Es dürfen auch Zuschüsse an Gemeinden zur Weiterleitung an öffentliche Unternehmen gewährt werden.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	2.550,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	1.000,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	1.000,0
Haushaltsjahr 2012bis zu	550,0

Erläuterung: Die Landesmittel sind dem Kommunalen Investitionsfonds entnommen (vgl. Übersicht im Vorheft über die Leistungen des Landes an die Gemeinden (Gemeindeverbände) im Staatshaushaltsplan 2009 (Abschnitt A Ziff. 1.6)). Veranschlagt sind Zuschüsse zur Förderung von Tourismus-Infrastruktureinrichtungen der Gemeinden und gemeindlichen Zusammenschlüsse.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln				
		2009	2010	2011	2012	2013 ff.
bis 2007	2.340	1.450	890	0	0	0
2008	3.900	1.500	1.500	900	0	0
2009	2.550	0	1.000	1.000	550	0
zus.	8.790	2.950	3.390	1.900	550	0

Für Neubewilligungen stehen zur Verfügung:	2009
	Tsd. EUR
1. Haushaltsmittel	5.000,0
2. abzüglich fällige Verpflichtungsermächtigungen	2.950,0
3. zuzüglich neue Verpflichtungsermächtigungen	2.550,0
Programmvolumen:	4.600,0

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
891 73	650	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen sowie sonstige Investitionsträger		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Für Förderungsmaßnahmen mit hohem touristischem Nutzen.						
892 73	650	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		480,0 53,8 0,0	a) b) c)	480,0
Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 686 73 und 892 73 sind gegenseitig deckungsfähig.						
			2009 Tsd. EUR			
Verpflichtungsermächtigung			400,0			
Davon zur Zahlung fällig im						
Haushaltsjahr 2010bis zu			200,0			
Haushaltsjahr 2011bis zu			150,0			
Haushaltsjahr 2012bis zu			50,0			
Erläuterung: Für Förderungsmaßnahmen mit hohem touristischem Nutzen, u. a. Automobilsommer 2011.						
981 73	650	Zuschüsse an wissenschaftliche Institute u. dgl. des Landes		50,0 50,0 0,0	a) b) c)	50,0
Erläuterung: Für die Gewährung von Zuschüssen im Interesse der Heilbäder und Kurorte, u. a. an das Institut für Balneologie und Klimaphysiologie an der Universität Freiburg.						
Summe Titelgruppe 73				11.687,0	a)	12.087,0
75		Berufliche Ausbildung				
Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind einschl. der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen gegenseitig deckungsfähig. Mehrausgaben sind durch Mehreinnahmen bei TG 75 oder durch Minderausgaben bei Kap. 0710 TG 71, 72 oder 78 zulässig.						
Erläuterung: Veranschlagt sind Maßnahmen zur Stärkung der beruflichen Ausbildung, insb. Zuschüsse zu den überbetrieblichen Ausbildungslehrgängen, zur Sicherung der Ausbildungssituation, zur Übernahme von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben sowie zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in den Themenfeldern: Ausbildungsreife und berufliche Ausbildung.						
429 75	W 151	Personalkosten		0,0 190,1 0,0	a) b) c)	0,0

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		

526 75	151	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten, für Sachverständige u dgl.	10,0		a)	10,0
			3,2		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Insb. Aufwendungen für die Mitglieder des Landesausschusses für Berufsbildung.

527 75	W 151	Dienstreisen	0,0		a)	0,0
			7,8		b)	
			0,0		c)	

531 75	151	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentationen	135,0		a)	35,0
			5,9		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veröffentlichungen und Dokumentationen im Bereich berufliche Ausbildung und Fachkräftesicherung.

534 75	151	Kosten für Dienstleistungen Dritter und dgl.	165,0		a)	0,0
			85,8		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Honorare für Beratungen, thematische Erarbeitung von Broschüren und sonstige Dienstleistungen.

546 75	151	Sonstiger Sachaufwand	192,5		a)	55,0
			250,5		b)	
			0,0		c)	

683 75	252	Zuschüsse für die Übernahme von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben	301,7		a)	130,0
			301,1		b)	
			0,0		c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 683 75, 684 75, 685 75, 686 75 und 687 75 sind gegenseitig deckungsfähig.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	100,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	100,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	0,0

Erläuterung: Zuschüsse an Betriebe, die Auszubildende aus Insolvenzbetrieben übernehmen.

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		

684 75	N	252	Zuschüsse zur Verbesserung der Ausbildungssituation	0,0	a)	259,3
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 683 75, 684 75, 685 75, 686 75 und 687 75 sind gegenseitig deckungsfähig.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	180,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	100,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	80,0

Erläuterung: Zuschüsse, insb. zur Förderung von Ausbildungsverbänden, Werbemaßnahmen und dgl.

685 75	153	Zuschüsse zur überbetrieblichen Berufsausbildung	7.630,0	a)	7.480,0
			7.798,0	b)	
			0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 683 75, 684 75, 685 75, 686 75 und 687 75 sind gegenseitig deckungsfähig.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	3.000,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	2.000,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	1.000,0

Erläuterung: Zuschüsse zu den Kosten der Lehrgänge der überbetrieblichen Berufsausbildung.

686 75	635	Zuschüsse für laufende Maßnahmen	4.449,3	a)	50,0
			4.049,7	b)	
			0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 683 75, 684 75, 685 75, 686 75 und 687 75 sind gegenseitig deckungsfähig.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	30,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	20,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	10,0

Erläuterung: Förderung von Schwerpunktmaßnahmen der beruflichen Ausbildung und Fachkräftesicherung, insb. in den Themenfeldern Ausbildungsreife und berufliche Ausbildung.

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
687 75	153	Zuschüsse für internationale Maßnahmen der Berufsbildung	69,0 44,9 0,0		a) b) c)	69,0
		Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 683 75, 684 75, 685 75, 686 75 und 687 75 sind gegenseitig deckungsfähig.				
				2009 Tsd. EUR		
		Verpflichtungsermächtigung		40,0		
		Davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2010bis zu		40,0		
		Erläuterung: Förderung internationaler Maßnahmen, insb. Praktikantenaustausch i.R. des von der Versammlung der Regionen Europas (VRE) getragenen Projekts „Eurodyssée, Auslandspraktika von Auszubildenden am Ober- rhein „Euregio-Zertifikat“ und dgl.				
812 75	W 153	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattung, usw.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
893 75	W 153	Zuschüsse für Investitionen	1.900,0 241,3 0,0		a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Die Mittel wurden übertragen nach Kapitel 0710 Titel 893 71.				
Summe Titelgruppe 75			14.852,5		a)	8.088,3
76		Umsetzung des Europäischen Sozialfonds - Ziel 3 - im Förderzeitraum 2000 bis 2006				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Finanzhilfen im Rahmen dieser Zweckbestim- mung dürfen auch neben Zuschüssen aus anderen zweckent- sprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gegeben werden (§ 35 LHO). Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die zweckgebundenen Mehr- oder Weniger- einnahmen bei Tit. 381 76. Darüber hinaus sind Mehrausgaben bis zur Höhe der zwischen EU-Kommission, Bund und Land vereinbarten jährlichen Mittelkontingente zulässig und wie ein Vorgriff nachzuweisen.				
		Erläuterung: Auf der Grundlage des am 10.10.2000 von der EU-Kommission genehmigten „Einheitlichen Pro- grammplanungsdokuments zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Humanressourcen“ für die Intervention des Ziels 3 in Deutschland in der Strukturfondsförderperiode 2000-2006 erhält Baden-Württemberg insgesamt rd. 230 Mio. EUR an EU-Mitteln. Mit Entscheidung der Kommission vom 03.08.2004 über den Änderungsantrag 2003 der Bundesrepublik Deutschland erhöht sich der Anteil Baden-Württembergs auf 289 Mio. EUR. Davon entfallen auf den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums 30 %, das sind 86,7 Mio. EUR. Diese Mittel müssen bis spätestens 31.12.2008 ausbezahlt und durch Rechnung der Projektträger belegt sein. Die Verteilung der Auszah- lungsmittel 2007 und 2008 beruht auf einer Schätzung des Wirtschaftsministeriums und geht davon aus, dass im letzten Jahr nur noch ein geringer Teil an Restzahlungen zu leisten ist. Das Land Baden-Württemberg beteiligt sich insbesondere an der Finanzierung der Technischen Hilfe (Personal- und EDV-Kosten zur Programmabwicklung und Monitoring) und der im Februar 2004 gestarteten Landesprogramme mit eigenen Mitteln.				
429 76	252	Personalaufwand	200,0 160,5 0,0		a) b) c)	50,0

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
547 76	252	Sächliche Verwaltungsausgaben		0,0 138,8 0,0	a) b) c)	0,0
685 76	252	Zuschüsse für Maßnahmen laufende Maßnahmen (ESF-Mittel)		20.994,3 19.950,3 0,0	a) b) c)	0,0
686 76	252	Zuschüsse für Maßnahmen laufende Maßnahmen (Kofinanzierungsanteil Land)		1.854,3 1.201,2 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 76				23.048,6	a)	50,0

77 Umsetzung des Europäischen Sozialfonds - Ziel
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
im Förderzeitraum 2007 - 2013

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Finanzhilfen im Rahmen dieser Zweckbestimmung dürfen auch neben Zuschüssen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gegeben werden (§ 35 LHO). Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die zweckgebundenen Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 381 77. Darüber hinaus sind Mehrausgaben bis zur Höhe des zwischen EU-Kommission und Land vereinbarten Mittelkontingents zulässig und wie ein Vorgriff nachzuweisen.

Erläuterung: Auf der Grundlage des am 26.11.2007 genehmigten Operationellen Programms für die Intervention des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ in der Strukturförderperiode 2007 – 2013 erhält Baden-Württemberg insgesamt 265.998.600 Euro an EU-Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds. Die Mittel werden zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Sozialministerium aufgeteilt. Auf das Wirtschaftsministerium entfallen 87.396.789 Euro. Das Wirtschaftsministerium ist tendenziell für die Themen des Ersten Arbeitsmarktes, das Sozialministerium für die Themen des Zweiten Arbeitsmarktes zuständig.

429 77	252	Personalaufwand		100,0 9,7 0,0	a) b) c)	100,0
547 77	252	Sächliche Verwaltungsausgaben		200,0 366,0 0,0	a) b) c)	200,0
685 77	252	Zuschüsse für Maßnahmen laufende Maßnahmen (ESF-Mittel)		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	12.153,0

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	22.000,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	8.000,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	8.000,0
Haushaltsjahr 2012bis zu	6.000,0

Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Kap. 0710 Titel 381 77. Die Veranschlagung der für das Jahr 2008 vorgesehenen Tranche in 2009 erfolgt aufgrund von Vorgaben der Fondsverwaltenden Stelle (Ministerium für Arbeit und Soziales).

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
686 77	252	Zuschüsse für laufende Maßnahmen (Kofinanzierungsanteil Land)	3.370,0	0,0	a) b) c)	3.370,0
		2009 Tsd. EUR				
		Verpflichtungsermächtigung	6.000,0			
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2010bis zu	2.500,0			
		Haushaltsjahr 2011bis zu	2.500,0			
		Haushaltsjahr 2012bis zu	1.000,0			
		Summe Titelgruppe 77	3.670,0	0,0	a)	15.823,0
78		Existenzgründung und Unternehmensnachfolge (ifex), Zukunftsfähigkeit von KMU				
		<p>Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind einschl. der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabenermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei TG 78. Mehrausgaben sind durch Minderausgaben bei Kap. 0710 TG 71, 72 oder 75 zulässig.</p>				
		<p>Erläuterung: Die Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen wird im Rahmen der Initiative für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge (ifex) umgesetzt. Die ifex setzt besondere Schwerpunkte in den Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landesweiter Informationsservice (z.B. www.newcome.de – das Zentrale Internetportal des Landes für Gründung und Nachfolge, Messe NewCome, Broschüren) • Start auf dem Campus - Förderung von Existenzgründungen und Gründerverbänden aus dem Umfeld der Hochschulen und Forschungseinrichtungen • Wachstumsstarke Unternehmensgründungen • 12-Punkte-Programm zur Sicherung der Unternehmensnachfolge • Schule und Selbständigkeit – Maßnahmen zur frühzeitigen Sensibilisierung und Qualifizierung von Schülern • Gründerinnen und Unternehmerinnen • Regionale Netzwerke und Projekte • Entrepreneurship international (Austausch auf europäischer Ebene) • Existenzgründung durch Migranten, Small Business • Branchenspezifische Maßnahmen • Drittmittel-Projekte, z.B. „bundesweite Gründerinnenagentur“ (Bundesmittel) <p>Abgesehen von der Existenzgründungsberatung erfolgt die Finanzierung der Projekte und Maßnahme der ifex größtenteils aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF und aus Mitteln der Zukunftsoffensive III.</p> <p>Die Förderung der Zukunftsfähigkeit von KMU konzentriert sich insbesondere auf das Modellvorhaben „Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen“.</p>				
429 78	635	Personalaufwand	70,0	0,0	a) b) c)	70,0
526 78	N 635	Kosten für Sachverständige, Gutachten und dgl.	0,0	0,0	a) b) c)	49,2
527 78	N 635	Dienstreisen	0,0	0,0	a) b) c)	0,0

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
531 78	N 635	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentationen		0,0	a)	50,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
534 78	N 635	Kosten für Dienstleistungen Dritter		0,0	a)	100,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
546 78	635	Sonstiger Sachaufwand		330,0	a)	330,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
683 78	635	Zuschüsse für laufende Maßnahmen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit von KMU		2.700,0	a)	2.700,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
Erläuterung: Insb. Zuschüsse für Innovationsgutscheine an kleine Unternehmen zur Steigerung der Nachfrage nach Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen.						
686 78	N 635	Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen		0,0	a)	2.100,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
			2009			
			Tsd. EUR			
		Verpflichtungsermächtigung		1.000,0		
		Davon zur Zahlung fällig im				
		Haushaltsjahr 2010bis zu		1.000,0		
Erläuterung: Insb. Zuschüsse zur Förderung von Unternehmens- und Existenzgründungsberatungen.						
Summe Titelgruppe 78				3.100,0	a)	5.399,2
80		Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 231 80.				
Erläuterung: Das Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – AFBG) sieht Leistungen an Handwerker, Techniker und Fachkräfte für eine berufliche Aufstiegsfortbildung vor. Der Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung umfasst bei Voll- und Teilzeitmaßnahmen die Förderung der Kosten der Fortbildungsmaßnahmen als zinsgünstiges privates Darlehen der KfW-Bankengruppe (KfW) und bei Alleinerziehenden zusätzlich notwendige Kinderbetreuungskosten als Zuschuss (sog. Maßnahmebeitrag). Es wird außerdem zusätzlich ein Unterhaltsbeitrag gewährt. Der Unterhaltsbeitrag wird zum Teil über einen Zuschuss und darüber hinaus über ein zinsgünstiges privates Darlehen der KfW geleistet. Die Mittel für die Leistungen hat zu 22 v. H. das Land und zu 78 v. H. der Bund aufzubringen.						
547 80	141	Sonstiger Sachaufwand		161,3	a)	161,3
				73,6	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Die Leistungen nach dem AFBG werden maschinell berechnet. Veranschlagt sind insbesondere EDV-Kosten und andere sächliche Verwaltungsausgaben.

Wirtschaftsministerium
0710 Mittelstandsförderung

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

671 80	141	Erstattungen an die KfW-Bankengruppe (KfW)	1.144,4		a)	1.144,4
			1.331,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Erstattet werden der Darlehens- und Zinsaufwand nach § 14 Abs. 2 und 3 AFBG sowie der Verwaltungsaufwand der KfW.

681 80	141	Zuschüsse im Rahmen der Aufstiegsfortbildung	19.230,0		a)	19.230,0
			16.863,8		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind der Zuschussanteil des Unterhaltsbeitrags sowie der Zuschuss für die Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Maßnahmebeitrags (Bundesanteil vgl. Tit. 231 80).

Summe Titelgruppe 80	20.535,7		a)	20.535,7
Gesamtausgaben	78.235,8		a)	68.670,2

Abschluss Kapitel 0710

Verwaltungseinnahmen	25,5		a)	35,5
Übrige Einnahmen	36.104,3		a)	27.153,0
Gesamteinnahmen	36.129,8		a)	27.188,5
Personalausgaben	370,0		a)	220,0
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.218,8		a)	1.209,5
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	69.617,0		a)	58.810,7
Ausgaben für Investitionen	6.980,0		a)	8.380,0
Besondere Finanzierungsausgaben	50,0		a)	50,0
Gesamtausgaben	78.235,8		a)	68.670,2
Kapitel 0710 Zuschuss	42.106,0		a)	41.481,7

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Produktorientierte Informationen

FB Energie und Wohnungsbau
 Haushaltsermächtigungen 0701, 0711

1. Kosten und Erlöse

Zusammen- setzung der Fachbereichs- kosten	Jahr	KLR Ergebnis			Fördermittel/ Transferergebnis			Konzern- umlage	Steuern und steuer- ähnl. Erträge	Gesamt- ergebnis
		Erlöse	Verwal- tungs- kosten	Betriebs- ergebnis	Fördermittel-/ Transfer- einnahmen	Fördermittel-/ Transfer- ausgaben	Förder- mittel-/ Transfer- ergebnis			
		Tsd.EUR								
Fachbereichs- kosten (ohne RP)	Ist-2006	9,1	5.383,8	5.374,6-	112.718,3	140.345,4	27.627,1-	5.286,5	-	38.288,3-
	Ist-2007	512,8	5.183,2	4.670,4-	125.032,4	145.335,3	20.302,8-	6.542,9	-	31.516,2-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Regierungs- präsidien	Ist-2006	1.380,6	11.338,7	9.958,1-	460,2	7,7-	467,8	-	-	9.490,2-
	Ist-2007	973,8	10.647,3	9.673,5-	251,2	41,6	209,5	-	-	9.464,0-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fachbereichs- ergebnis	Ist-2006	1.389,7	16.722,4	15.332,7-	113.178,5	140.337,7	27.159,3-	5.286,5	-	47.778,5-
	Ist-2007	1.486,6	15.830,5	14.343,9-	125.283,6	145.376,9	20.093,3-	6.542,9	-	40.980,2-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	HH-Jahr	Anteile des Fachbereichs am Gesamtvolumen aller Fachbereiche des Einzelplans								
		%								
	Ist-2006	29.11	20.82	20.29	71.60	29.13	8.39	20.50	-	11.24
	Ist-2007	27.55	21.02	20.52	75.97	29.07	5.99	19.00	-	9.32
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Produktorientierte Informationen

2. Ziele und Messgrößen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Wohnraumförde- rung und -sicherung	0701, 0711	Landeswohnraumförderung: sozial orientierte Förderung Wohnraum, Wohnumfeld, Quartierstrukturen	Anz Anträge Eigentumswohnraum- förderung	1.487 (-)	1.320 (2.400)	2.400	2.400
			Anz Bewillig. Eigentumswohnraum- förder.	1.380 (-)	1.305 (2.400)	2.400	2.400
			Anzahl Anträge Mietraumförderung	52 (-)	3 (-)	-	-
			Anzahl Bewilligungen Mietraumför- derung	- (-)	3 (-)	-	-
			Fördermittelvolumen Eigentumsförd. TEUR	33.900 (-)	24.100 (48.000)	70.000	70.000
			Fördermittelvolumen Mietraumförd. TEUR	11.800 (-)	168 (480)	4.450	29.450
			Durchschn Bewilligung Eigentumsf in TEUR	24,6 (-)	18,4 (20,0)	29,2	29,2
			Durchschn Bewilligung Mietraumf in TEUR	15,8 (-)	9,3 (1,9)	18,5	35,5
			Aufgen. Wohn- neinh. Eigentumsförderung	1.380 (-)	1.307 (2.400)	2.400	2.400
			Aufgen. Wohneinh. Mietraumförde- rung	749 (-)	18 (240)	240	830
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	208,9 (-)	281,2	281,2
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %	- (-)	0,90 (-)	0,40	0,30
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	0,16 (-)	0,11	0,09

Produktorientierte Informationen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Energietechnik/erneuerb. E.	0701, 0711	Förderung Demonstrationsvorhaben Energie: Verbesserung Innovationsprozess Wissenschaft/Wirtschaft	Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in Tsd. EUR	- (-)	1.935,0 (2.330,0)	2.445,9	3.280,0
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	13,4 (-)	30,4	30,4
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in %	- (-)	0,69 (-)	1,24	0,93
			Anzahl gestellte Anträge	1 (-)	33 (-)	24	-
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	- (-)	107.500,0 (116.500,0)	135.883,3	182.222,2
			Anzahl der Bewilligungen	- (-)	18 (20)	18	18
			Durchschnittliche Bewilligungssumme in EUR	- (-)	107.500,0 (107.500,0)	135.883,3	182.222,2
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	0,75 (-)	1,69	-

3. Erläuterungen

FP Wohnraumförderung und -sicherung
Landeswohnraumförderung

Bei der durch die L-Bank geführten Antragsstatistik handelt es sich um eine sog. bereinigte Statistik; d. h. zurückgegebene, abgelehnte oder zurückgenommene Anträge werden in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Antrags- und Bewilligungszahlen unterscheiden sich nur unerheblich, da aufgrund des mehrstufigen Förderverfahrens unvollständige oder sonst erfolglose Anträge bereits durch die Wohnraumförderstellen bei den Landratsämtern und den Stadtkreisen an die Antragsteller zurückgereicht werden. In der Mietwohnraumförderung stimmt die Zahl der Wohneinheiten nicht mit der Antragszahl überein, weil die als Antragsteller auftretenden Investoren in der Regel die Förderung einer größeren Zahl von Wohneinheiten beantragen. Die Zahl der Investoren ist nicht abschätzbar ist, es kann daher auch keine Sollzahl der Anträge und Bewilligungen angegeben werden.

Die durchschnittliche Bewilligungssumme gibt die durchschnittlich bewilligte Darlehenssumme wieder.

Angaben zur durchschnittlichen Bewilligungssumme sowie zum durchschnittlichen Antragsvolumen können durch die L-Bank nur mit großem Aufwand ermittelt bzw. errechnet werden. Auf diese vergangenheitsbezogenen Daten, die künftig routinemäßig erhoben werden sollen, wurde daher insoweit verzichtet. Gleiches gilt für die Anzahl der Bewilligungen in der Mietwohnraumförderung.

Aufgrund unterschiedlicher Zielsetzungen und unterschiedlicher Programmausstattung sind die Förderprogramme untereinander nicht vergleichbar. Die jeweils angestrebten Förderfälle in Form von Wohneinheiten werden durch das Bewilligungsvolumen und damit durch den Subventionswert bestimmt. Sie werden vor dem Programmstart und auf der Grundlage der Blauen Broschüre mit der Programmkonzeption von den zuständigen Ausschüssen des Landtags beschlossen. Wie viele Fälle dann tatsächlich in das Programm aufgenommen werden, kann mit diesen Sollzahlen verglichen werden und lässt einen Rückschluss auf die Attraktivität des jeweiligen Programms zu. Somit können Ziel und Zielerreichung verglichen und möglicherweise eine Konsequenz abgeleitet werden (z. B. höherer Subventionswert, veränderte Einkommensgrenze).

Die Angaben zu den Eigentumsmaßnahmen umfassen die Förderung des Neubaus und des Neuerwerbs sowie des Erwerbs bestehenden Wohnraums jeweils zur Selbstnutzung. Die Angaben zur Mietwohnraumförderung umfassen neben dem förderfähigen Neubau den Erwerb von Belegungsrechten sowie in den Jahren 2005 und 2006 Modernisierungen im Bestand. Die Anzahl der in das Förderprogramm aufgenommenen Wohneinheiten ist gegenüber der Anzahl geförderter Wohneinheiten die besser geeignete Messgröße, da sich vor allem im Mietwohnungsbau unter Umständen erst nach Jahren entscheidet, welche Vorhaben tatsächlich zur Ausführung kommen.

Die starken Schwankungen bei den angestrebten Förderzahlen entstehen im Bereich der Mietwohnraumförderung vor allem aus dem zwischenzeitlich zusätzlich aufgelegten Teilprogramm der Modernisierungsförderung (2005, 2006). Im Bereich der Eigentumsförderung wirkt sich aus, dass zum Programmjahr 2006 die Eigenheimzulage entfallen ist und diese durch stark erhöhte Subventionswerte (einzusetzende Landesmittel pro Förderfall) ersetzt wurde. Die Erhöhung der Subventionswerte musste sich zwingend in einer geringeren Fallzahl niederschlagen. Die Erhöhung der Sollzahlen im Programmjahr 2007 geht auf die programmatische Neuausrichtung des Landes zurück, die sich stärker auf die Eigentumsförderung zu Gunsten von Familien konzentrierte. Daher rührt auch der Rückgang der Sollzahlen in der Mietraumförderung. Dieser Förderbereich blieb in den Programmjahren 2007 und 2008 nur noch einer Zielgruppe vorbehalten.

Der durchschnittliche Subventionswert (durchschnittlich einzusetzende Landesmittel pro Förderfall) hat hier nur begrenzten Aussagewert. Er kann bereits bei den Eigentumsmaßnahmen z. B. nach Neubau- und Erwerbsmaßnahmen und im Bereich der Neubauförderung differieren nach Grund- und Intensivförderung. Bei der Mietwohnraumförderung variiert der durchschnittliche Subventionswert nach Neubau- und Bestandsmaßnahmen, bei letzteren zwischen Modernisierung und Erwerb

Produktorientierte Informationen

von Belegungsrechten. Allein in den Programmjahren 2007 und 2008 konnten für die Eigentumsmaßnahmen jeweils einheitliche durchschnittliche (Soll-)Subventionswerte angegeben werden.

Nicht in Anspruch genommene Fördermittel sind zurückzumelden. Diese werden wieder zur Wohnraumförderung eingesetzt und können daher den Förderansatz (Förder- oder Bewilligungsvolumen) erhöhen.

FP Energietechnik/erneuerbare Energien
Förderung Demonstrationsvorhaben Energie: Verbesserung Innovationsprozess Wissenschaft/Wirtschaft

Die Antragszahlen der Jahre vor 2007 wurden nicht erfasst und sind deswegen in der Tabelle nicht enthalten. Künftig werden Antragszahlen und Antragsvolumen routinemäßig erfasst. Generell sind die Antrags- und Bewilligungszahlen in diesem Bereich schwer prognostizierbar.

2005/2006 waren die Mittel beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst etatisiert und sind deshalb hier nicht als Fördermittel ausgewiesen.

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Titelgruppen

70		Förderung der Energieversorgung				
125 70A	635	Betriebseinnahmen des Informationszentrums Energie	11,6	a)		11,6
			4,5	b)		
			0,0	c)		
		Erläuterung: Einnahmen aus Veröffentlichungen, Veranstaltungen und dgl.				
125 70B	635	Betriebseinnahmen des Informationszentrums betrieblicher Umweltschutz	20,4	a)		20,4
			74,5	b)		
			0,0	c)		
		Erläuterung: Einnahmen aus Veröffentlichungen und dgl.				
Summe Titelgruppe 70			32,0	a)		32,0
75		Überregionale bautechnische Einrichtungen				
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen vermindertes Entgelt abgegeben werden.				
111 75	N 342	Gebühren, sonstige Entgelte	0,0	a)		200,0
			0,0	b)		
			0,0	c)		
		Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren und Auslagen für bautechnische Prüfungen in kerntechnischen Anlagen.				
119 75	419	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0,5	a)		0,5
			3,1	b)		
			0,0	c)		
		Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.				
129 75	419	Erstattungen für verauslagte Aufwendungen im Zuge der Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte	0,0	a)		0,0
			0,0	b)		
			0,0	c)		
162 75	419	Einnahmen aus Zinsen und dergleichen	100,0	a)		100,0
			17,1	b)		
			0,0	c)		
Summe Titelgruppe 75			100,5	a)		300,5

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
76		Wohnungswesen				
162 76	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbau- und Aufwendungsdarlehen	4.000,0		a)	4.000,0
			2.746,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Hier sind auch Zinsen aus Darlehen aus Wohnungsbausonderprogrammen veranschlagt. Die veranschlagten Beträge entsprechen dem zu erwartenden Aufkommen.						
181 76	411	Tilgungseinnahmen aus Aufwendungsdarlehen	8.700,0		a)	8.700,0
			7.519,2		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Die veranschlagten Beträge entsprechen dem zu erwartenden Aufkommen.						
182 76	N 411	Tilgungseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen	0,0		a)	18.200,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Hier werden die Tilgungseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen (einschl. den Wohnungsbausonderprogrammen) vereinnahmt. Neben den regelmäßigen Tilgungseinnahmen werden hier auch die vorzeitigen, vollständigen Rückzahlungen verbucht. Die getrennte Ausbringung der Tilgungseinnahmen aus vorzeitigen, vollständigen Darlehensrückzahlungen wurde durch die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund vorgeschrieben und ist im Zuge der Föderalismusreform aufgehoben. (Vgl. auch Erläuterungen zu den Titel 182 76 A und 182 76 B).						
182 76A	W 411	Tilgungseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen	16.200,0		a)	0,0
			18.025,9		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Hier wurden Tilgungseinnahmen aus Darlehen aus Wohnungsbauprogrammen (einschl. Sonderprogramme) veranschlagt. Ab 2009 werden bei dem neuen Titel 182 76 sämtliche Tilgungseinnahmen (regelmäßige sowie Einnahmen aus vorzeitigen, vollständigen Rückzahlungen) aus Wohnungsbaudarlehen vereinnahmt.						
182 76B	W 411	Tilgungseinnahmen aus vorzeitigen, vollständigen Rückzahlungen	2.000,0		a)	0,0
			3.803,2		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Die getrennte Ausbringung der Tilgungseinnahmen aus vorzeitigen, vollständigen Darlehensrückzahlungen wurde durch die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund vorgeschrieben. Im Zuge der Föderalismusreform entfällt § 39 III S. 2 WoFG und damit auch eine gesonderte Erfassung und Abrechnung der vorzeitigen Rückzahlungen nach § 16 Wohnungsbindungsgesetz im Nachweis D (Anlage 4 zur WoBauZTV). Die Tilgungseinnahmen werden ab 2009 bei dem neuen Titel 182 76 verbucht.

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
221 76	411	Zuschüsse des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	39.200,0 42.218,0 0,0		a) b) c)	42.200,0
<p>Erläuterung: Gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben (EntflechtG) erhält das Land zumindest bis zum Jahr 2013 jährlich einen Anteil von 42,2 Mio. EUR zur Wohnraumförderung. Mit diesem Betrag sind auch die Mittel zur Ausfinanzierung der vom Bund bis 2006 eingegangenen Verpflichtungen abgegolten (vgl. § 3 Abs. 2 S. 2 EntflechtG). Die Bundesmittel in Form von Zuschüssen werden zusammen mit Landesmitteln bei Tit. 661 76, 663 76 und 893 76 verausgabt. Beinhaltet auch Einnahmen für die Aufwendungszuschüsse des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus im 2. Förderweg mit 15-jähriger Laufzeit.</p>						
311 76	W 411	Aufwendungsdarlehen des Bundes zur Förderung des Sozialen Wohnungsbaus	3.000,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
<p>Erläuterung: Der Bund hat sich bis 1996 an der Wohnungsbauförderung des Landes im 2. Förderungsweg – Eigentumsprogramm – durch die Gewährung von Aufwendungsdarlehen nach § 88 II. WoBauG mit einer 15-jährigen Laufzeit (Verzinsung und Tilgung der Darlehen ab dem 17. Jahr) beteiligt. Die Auszahlung der Aufwendungsdarlehen (Tit. 861 76) und der früher auch bewilligten Aufwendungszuschüsse (Tit. 661 76) erfolgt über die Landeskreditbank. Bedingt durch die Veränderungen aufgrund der Föderalismusreform werden vom Bund keine Mittel für Aufwendungsdarlehen mehr ausgereicht.</p>						
341 76	411	Ausgleichszahlungen für die Freistellung von Wohnungsbindungen und für fehlbelegte Sozialmietwohnungen	300,0 494,2 0,0		a) b) c)	250,0
<p>Erläuterung: Nach § 8 des zum 1. Januar 2008 außer Kraft getretenen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für Baden-Württemberg (LAFWoG) standen die Ausgleichszahlungen den Gemeinden zu. Soweit diese Mittel nicht innerhalb von 3 Jahren für die soziale Wohnraumförderung verwendet werden, sind sie nach Art. 2 § 1 S. 3 des Gesetzes zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen (GUF) an das Land abzuführen. Nach dem Landeswohnraumförderungsgesetz (LWoFG) sind Ausgleichszahlungen für die Freistellung von Wohnungen von der Belegbindung und Geldleistungen bei Verstößen zu entrichten. Die dabei aufkommenden Mittel werden wieder zur Wohnraumförderung eingesetzt. Vgl. Vermerk zu den Ausgaben bei TG 76.</p>						
Summe Titelgruppe 76			73.400,0		a)	73.350,0

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
77		Wohngeld und dergleichen				
231 77A	233	Erstattungen des Bundes für Wohngeld	62.500,0 52.906,4 0,0		a) b) c)	81.500,0
Erläuterung: Nach dem Wohngeldgesetz erstattet der Bund die Hälfte des vom Land ausgezahlten Wohngeldes. Ausgaben vgl. Tit. 681 77.						
231 77B	W 290	Zuweisungen des Bundes gemäß Art. 13 Altersvermögensgesetz	29.900,0 29.897,9 0,0		a) b) c)	0,0
Erläuterung: Die Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2009 in § 46a SGB XII neu geregelt. Dementsprechend werden die Bundesmittel ab diesem Zeitpunkt bei Kapitel 0917 Titel 231 02 vereinnahmt.						
231 77C	290	Erstattungen des Bundes für die Gewährung eines Heizkostenzuschusses	0,0 10,1 0,0		a) b) c)	0,0
Erläuterung: Der Bund übernimmt den einmaligen Heizkostenzuschuss in voller Höhe. Im Jahr 2009 wird die kassenmäßige Restabwicklung weitergeführt. Wegen der Ausgaben für den Heizkostenzuschuss vgl. Tit. 686 77.						
Summe Titelgruppe 77			92.400,0		a)	81.500,0
Gesamteinnahmen			165.932,5		a)	155.182,5

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Titelgruppen

70 Förderung der Energieversorgung

Die Mittel sind übertragbar.
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.
Finanzhilfen im Rahmen dieser Zweckbestimmung dürfen auch neben Zuschüssen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gewährt werden (§ 35 LHO).

Erläuterung: Eine effiziente, ausgewogene und umweltschonende Energie- und Rohstoffversorgung setzt einen rationellen Umgang mit Energie und Rohstoffen sowie eine Ausweitung des Energieangebots durch die Nutzung erneuerbarer Energien voraus. Dies erfordert insbesondere Information, die Förderung von Demonstrationsvorhaben und Nutzungstechniken. Entsprechendes gilt auch für die Unterstützung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung.

526 70	622	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. dgl.	20,0	a)	40,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Die Verpflichtungsermächtigung von Tit. 893 70 kann auch hier in Anspruch genommen werden. Studien und Gutachten zur Sicherung und Verbesserung der Energie- und Rohstoffversorgung und einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, insbesondere über Möglichkeiten eines rationelleren Energie- und Rohstoffeinsatzes. Darüber hinaus Abdeckung des Aufwands zur Begleitung der Umsetzung des Energiekonzeptes (Monitoring) und zur Erstellung des jährlichen Berichts zum Ausbau der Erneuerbaren Energien.

531 70	622	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit	136,2	a)	136,2
			65,4	b)	
			0,0	c)	

Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterung: Die Verpflichtungsermächtigung von Tit. 893 70 kann auch hier in Anspruch genommen werden. Für Maßnahmen zur Information über Möglichkeiten zur Sicherung und Verbesserung der Energie- und Rohstoffversorgung, der Nutzung erneuerbarer Energien, der Verbesserung der Energieeffizienz und zur Information über Möglichkeiten einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung.

547 70A	635	Sachaufwand für das Informationszentrum Energie	116,1	a)	116,1
			94,3	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Sächliche Aufwendungen für die Fachaufgaben und Projekte.

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

547 70B	635	Sachaufwand für das Informationszentrum betrieblicher Umweltschutz	60,2		a)	60,2
			38,8		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Sächliche Aufwendungen für die Fachaufgaben und Projekte.

547 70C	622	Sonstiger Sachaufwand	400,0		a)	500,0
			173,0		b)	
			0,0		c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 547 70C und 893 70 sind gegenseitig deckungsfähig.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	100,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	50,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	50,0

Erläuterung: Ausgaben für die Durchführung von Workshops und Tagungen sowie sonstigen Maßnahmen (einschließlich Bewirtungsaufwendungen) z. B. Erarbeitung und Pflege von EDV-gestützten Planungsinstrumenten.

Veranschlagt sind:	2009
	Tsd. €
Haushaltsansatz	500,0
Abdeckung der Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren	50,0
Neue Maßnahmen	450,0
Zuzüglich Verpflichtungsermächtigungen	100,0
Verfügbar	550,0

683 70	622	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

686 70	622	Zuschüsse für laufende Maßnahmen	18,0		a)	18,0
			48,5		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Zuschüsse zur Durchführung von Informationsveranstaltungen und sonstigen Maßnahmen zur Energie- und Rohstoffversorgung und einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung durch Stellen außerhalb der Landesverwaltung (z. B. Handwerkskammern).

893 70	622	Zuschüsse für Investitionen	2.000,0		a)	3.280,0
			1.875,0		b)	
			0,0		c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 547 70C und 893 70 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Verpflichtungsermächtigung kann auch bei Tit. 526 70 und 531 70 in Anspruch genommen werden.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	1.600,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	1.000,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	600,0

Erläuterung: Gefördert werden Vorhaben zur Demonstration der Anwendung neuer Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen und rationellen Energieanwendung. Darüber hinaus werden die bei den Bioenergie-wettbewerben ausgewählten Projekte und Maßnahmen zur Umsetzung des energiepolitischen Handlungskonzepts finanziert.

Veranschlagt sind:	2009
	Tsd. €
Haushaltsansatz	3280,0
Abdeckung der Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren	1600,0
Neue Maßnahmen	1680,0
Zuzüglich Verpflichtungsermächtigungen	1600,0
Verfügbar	3280,0

Summe Titelgruppe 70	2.750,5	a)	4.150,5
-----------------------------	---------	----	---------

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

75 Überregionale bautechnische Einrichtungen

Die Mittel sind übertragbar.
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Vgl. Ausgabeermächtigung bei Kap. 0702 Tit. 633 01.

531 75	176	Kosten für Untersuchungen, Veröffentlichungen und dgl.	75,0			275,0
			6,5		b)	
			0,0		c)	

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 75 und bei Tit. 111 75.
Ausgaben hieraus dürfen auch neben solchen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplanes geleistet werden (§ 35 LHO).

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	60,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	30,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	30,0

Erläuterung: Kosten für Untersuchungen, Fachgutachten, Forschungsvorhaben, Veröffentlichungen, Fortbildungsveranstaltungen, Ausstellungen, Wettbewerbe u. dgl. (einschl. Bewirtungsaufwendungen) in Fragen des Wohnungsbaus, der Bautechnik, der Bauökologie und des Wärmeschutzes.
Außerdem werden hier Ausgaben für Gutachten durch Bausachverständige bestritten; die entsprechenden Gebühren und Auslagen werden bei Titel 111 75 vereinnahmt.

Veranschlagt sind:	2009
	Tsd. €
<hr/>	
Haushaltsansatz	275,0
Abdeckung Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren	30,0
<hr/>	
Neue Maßnahmen	245,0
Zuzüglich Verpflichtungsermächtigungen	60,0
<hr/>	
Verfügbar	305,0

546 75	176	Aufwendungen für die Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte	0,0			0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen Tit. 129 75.
Ersätze fließen den Mitteln zu.

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2008 Ist 2007 Ist 2006 Tsd. EUR	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
632 75	419	Anteil des Landes an den Aufwendungen der Geschäftsstelle der ArGe Bau	100,0 30,3 0,0	a) b) c)	100,0
Erläuterung: Anteil des Landes an den Verwaltungskosten für die Geschäftsstelle der ARGEBAU.					
685 75	680	Anteil des Landes an den Aufwendungen des Deutschen Instituts für Bautechnik	1.100,0 776,6 0,0	a) b) c)	1.100,0
Erläuterung: Bund und Länder haben im Jahr 1993 ein Abkommen über die Fortführung und Finanzierung des Deutschen Instituts für Bautechnik getroffen. Auf Grund dieses Abkommens ist das im Jahr 1968 errichtete Institut für Bautechnik durch Gesetz des Landes Berlin vom 22. April 1993 auf die neuen Länder ausgedehnt worden. Das Deutsche Institut für Bautechnik hat in erster Linie technische Verwaltungsaufgaben zur Durchführung des Bauordnungsrechts der Länder zu erfüllen. Dabei handelt es sich um Beratungsaufgaben, darüber hinaus aber auch um übertragene echte Entscheidungsbefugnisse. Die Kosten des Deutschen Instituts für Bautechnik werden auf die beteiligten Länder nach den Grundsätzen des Königsteiner Abkommens (2/3 nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen, 1/3 nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl) und den Bund umgelegt.					
686 75	419	Anteil des Landes an den Aufwendungen des Normenausschusses Bauwesen	200,0 105,8 0,0	a) b) c)	170,0
Erläuterung: Federführend für die Abwicklung der Länderzuwendungen ist der Senator für Bau- und Wohnungswesen des Landes Berlin.					
Summe Titelgruppe 75			1.475,0	a)	1.645,0

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

76

Wohnungswesen

Die Mittel sind übertragbar.
Die Gruppentitel sind – mit Ausnahme von Titel 581 76 - gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Titelgruppe 76, ansonsten vermindert sie sich um die Wenigereinnahmen bei Titel 221 76.
Zurückfließende Förderbeträge können für neue Bewilligungen – auch für bankeigene Wohnungsbauprogramme der L-Bank - wieder eingesetzt werden.
Titelgruppe 76 und Kapitel 0712 Titelgruppen 71 und 74 (ohne Bundesfinanzhilfen) sind (kassenmäßig) gegenseitig deckungsfähig; die Inanspruchnahme zweckgebundener Kassenmittel ist im nächsten Haushaltsjahr wieder auszugleichen.
Das Land findet die Landeskreditbank für den erwarteten Zinsaufwand bei Titel 663 76 im Voraus ab (Ausnahmen sind bei Modellversuchen zur Wohnraumversorgung möglich).

Erläuterung: Die Mittel werden von der Landeskreditbank verwaltet.
Die für die Landeswohnraumförderprogramme der Vorjahre bewilligten und für das Programm 2009 vorgesehenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (einschl. Bundesanteile) sollen wie nachfolgend dargestellt abgewickelt werden.
Hierbei berücksichtigt sind der nach § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) dem Land zustehende Anteil an Bundesmitteln in Höhe von insgesamt 42,2 Mio. EUR jährlich sowie die aus Bundes- und Landesanteilen der Landeswohnraumförderprogramme der Vorjahre eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Bestehende Verpflichtungen:

		Abwicklung						
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014ff.
		– in Mio. EUR –						
Restverpflichtungen bis 2007	146,88	58,90	49,35	38,63	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Titel 663 76	135,48	55,90	44,95	34,63	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Titel 861 76	11,40	3,00	4,40	4,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Mittelbedarf:

Jahr	Bewilligungsvolumen	Veranschlagt in 2008	Veranschlagt in 2009	Mittelbedarfsvorschau				
				Noch zu veranschlagen				
– in Mio. € –								
2008	48,45	8,45	18,00	13,00	9,00	-	-	-
2009	48,45	-	-	10,50	20,00	17,50	0,45	-
2010	48,45	-	-	5,22	22,00	14,00	7,23	-
2011	48,45	-	-	-	16,35	18,80	11,60	1,70
2012	48,45	-	-	-	-	17,05	21,10	10,30
2013	48,45	-	-	-	-	-	26,97	21,48
	Summe	8,45	18,00	28,72	67,35	67,35	67,35	33,48
Summe Verpflicht. u. Mittelbed.		67,35	67,35	67,35	67,35	67,35	67,35	33,48

Finanzierung

	Finanzierungsvorschau						
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014ff.
	– in Mio. € –						
Kompensationszahlungen Bund	42,20	42,20	42,20	42,20	42,20	42,20	-
Bankbeitrag der L-Bank	19,50	19,50	19,50	19,50	19,50	19,50	19,50
Landesmittel	5,65	5,65	5,65	5,65	5,65	5,65	5,65
Summe Finanzierungsmit- tel	67,35	67,35	67,35	67,35	67,35	67,35	25,15

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Dementsprechend sind für das Haushaltsjahr 2009 für die Wohnraumförderung folgende Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt:

Titel	Haushaltsansatz 2009			Bankbeitrag 2009			VE f. neues Pro- gramm	Bewillig.- rahmen f. neues Pro- gramm	Abzudeckende VE'en	
	Ins- ge- sam t	davon f. Ab- deck. frühere VE'en	davon f. neues Pro- gramm	Ins- ge- sam t	davon f. Abdeck. frühere Prgram- me	davon f. neues Pro- gramm			2010	2011ff
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
– in Mio. € –										
661 76	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
663 76	41,15	41,15	-	19,50	19,50	-	48,45	48,45	58,13	46,95
681 76	1,30	1,30	-	-	-	-	-	-	-	-
861 76	3,00	3,00	-	-	-	-	-	-	4,00	-
863 76	1,40	1,40	-	-	-	-	-	-	-	-
891 76	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
892 76	1,00	1,00	-	-	-	-	-	-	-	-
Sum- me	47,85	47,85	0,00	19,50	19,50	0,00	48,45	48,45	62,13	46,95

Kassenmäßige Bedarfe werden aus zweckgebundenen, bisher nicht in Anspruch genommenen Zuweisungen der Vorjahre gedeckt.

581 76	920	Tilgung von Baudarlehen des Bundes	2.100,0	a)	3.500,0
			29,8	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Das Land hat seit dem Jahr 1950 vom Bund ausgeliehene Fördermittel (Baudarlehen) in Höhe von rd. 1,96 Mrd. EUR erhalten. Gemäß § 1 Satz 2 WoFÜG haben die Länder mindestens 1 v. H. des am Ende eines jeden Haushaltsjahres festgestellten Ursprungsbetrages des Bundes (seit 1950 ausgeliehene Bundesmittel) zu tilgen. Baden-Württemberg hat schon frühzeitig die Förderart in größerem Umfang von Baudarlehen auf Zinszuschüsse umgestellt und „Mobilisierungsaktionen“ durchgeführt, bei denen in erheblichem Umfang Baudarlehen abgelöst oder vorzeitig zurückgezahlt wurden. Beide Faktoren haben zu einer Reduzierung der Darlehensbestände und damit zu einer Verringerung des jährlichen regulären Tilgungsaufkommens geführt. Einsparungen zum Ausgleich des Haushalts und zur Verringerung der Neuverschuldung.

661 76	411	Aufwendungszuschüsse	0,0	a)	0,0
			498,7	b)	
			0,0	c)	

Erläuterung: Die Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 663 76 kann auch hier in Anspruch genommen werden. Gebucht werden hier die Aufwendungszuschüsse des Bundes - vgl. Tit. 221 76 - und die Aufwendungszuschüsse des Landes (auch bei Tit. 861 76). Die Bewilligung (einschließlich Bundesanteile) erfolgt aus dem Fördervolumen bei Tit. 663 76.

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

663 76	411	Zinszuschüsse	37.150,0		a)	41.150,0
			11.567,7		b)	
			0,0		c)	

Die Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 663 76 kann auch bei Tit. 661 76, 861 76, 863 76 und 893 76 in Anspruch genommen werden.

Aus den Mitteln können auch sonstige Zuschüsse (z. B. im Rahmen von Modellversuchen) zur Wohnraumversorgung gewährt werden.

	2009
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	48.450,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	10.500,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	20.000,0
Haushaltsjahr 2012bis zu	17.500,0
Haushaltsjahr 2013bis zu	450,0

Erläuterung: Zinszuschüsse an die Landeskreditbank nach Maßgabe des Landeswohnraumförderungsprogramms 2009 zur Verbilligung von Kapitalmarktdarlehen bei Eigentumsmaßnahmen und in der Mietwohnraumförderung.

Die bis 2007 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen sollen wie folgt abgewickelt werden:

Bestehende Restverpflich- tungen bis 2007	Abwicklung					
	2008	2009	2010	2011	2012	2013ff.
	- in Mio. € -					
Titel 663 76	135,48	55,90	44,95	34,63	18,20	3,00
					0,00	

Einsparungen zum Ausgleich des Haushalts und zur Verringerung der Neuverschuldung.

681 76	411	Mietzuschüsse	1.300,0		a)	1.300,0
			2.084,8		b)	
			0,0		c)	

Die Zuschüsse können auch an Dritte ausbezahlt werden.

Erläuterung: Die Zusatzförderung bei der einkommensabhängigen Wohnraumförderung (Mietzuschüsse) wird hier gebucht. Die Bewilligung erfolgt aus dem Fördervolumen bei Tit. 663 76. Die Zusatzförderung (Subjektförderung) nach Maßgabe des Landeswohnraumförderungsprogramms erfolgt während einer bis zu 20 Jahre dauernden Belegungsbindung und soll grundsätzlich als finanzielle Beteiligung an kommunalen Mietzuschüssen gewährt werden (anteilige Erstattungsregelung).

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

861 76	411	Darlehen für die Bewilligung von Aufwendungs- darlehen	3.000,0		a)	3.000,0
			6.690,3		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Die Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 663 76 kann auch hier in Anspruch genommen werden. Aufwendungsdarlehen des Landes und des Bundes an die Landeskreditbank mit 15-jähriger Laufzeit (2. Förderungsweg) wurden von 1983–1996 bewilligt. Bund und Land stellen seit 1997 keine Aufwendungsdarlehen mehr bereit.

Die zur Deckung von laufenden Aufwendungen als nichtöffentliche Mittel nach § 88 II. WoBauG gewährten Aufwendungsdarlehen fließen dem Darlehensnehmer innerhalb von 15 Jahren mit degressiver Abstufung zu (sie vermindern sich jährlich um 1/15 des Anfangsbetrags). Sie sind ab dem 17. Jahr zu verzinsen und zu tilgen. Wegen der Verzinsung und Tilgung der veranschlagten Mittel vgl. § 4 Abs. 12 des Staatshaushaltsgesetzes. Hierbei berücksichtigt ist der nach § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen dem Land zustehenden Anteil an Bundesmitteln in Höhe von insgesamt 42,2 Mio. EUR jährlich.

Die in den Jahren 1983–1996 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen sollen wie folgt abgewickelt werden:

<u>Bestehende Restverpflichtun- gen bis 2007.</u>	Abwicklung				
	2008	2009	2010	2011ff.	
	- in Mio. € -				
Titel 861 76	11,40	3,00	4,40	4,00	0,00

863 76	411	Bau- und Erwerbsdarlehen	5.400,0		a)	1.400,0
			2.075,9		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Die Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 663 76 kann auch hier in Anspruch genommen werden. Die Gewährung von Bau- und Erwerbsdarlehen richtet sich nach den Bestimmungen des Landeswohnraumförderungsprogramms 2009.

891 76	N 411	Investitionszuschüsse für Wohnungsbauprogramme der L-Bank	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Die Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 663 76 kann auch hier in Anspruch genommen werden. Zuschüsse an die Landeskreditbank zur Zinsverbilligung bankeigener Wohnungsbauprogramme. Vgl. Haushaltsvermerk bei Titelgruppe 76.

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
892 76	N 411	Zuschüsse für den Mietwohnungsbau an private Unternehmen	0,0		a)	1.000,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
<p>Erläuterung: Die Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 663 76 kann auch hier in Anspruch genommen werden. Hier werden die nach den Landeswohnraumförderungsprogrammen bewilligten Zuschüsse für Mietwohnungen und für den Erwerb militärisch genutzter Wohnungen gebucht. Die Ausreichung der Zuschüsse kann hier auch an Unternehmen des privaten Rechts erfolgen, wenn Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind (z. B. Wohnungsbauunternehmen). Die Bewilligung erfolgt aus dem Fördervolumen bei Tit. 663 76 (vgl. auch Tit. 221 76).</p>						
893 76	W 411	Zuschüsse für den Mietwohnungsbau	1.000,0		a)	0,0
			31,6		b)	
			0,0		c)	
<p>Erläuterung: Die Verpflichtungsermächtigung bei Tit. 663 76 kann auch hier in Anspruch genommen werden. Hier werden die nach den Landeswohnraumförderungsprogrammen bewilligten Zuschüsse für Mietwohnungen und für den Erwerb militärisch genutzter Wohnungen gebucht. Die Bewilligung erfolgt aus dem Fördervolumen bei Tit. 663 76 (vgl. auch Tit. 221 76). Die Zuschüsse für den Mietwohnungsbau sind aus haushaltssystematischen Gründen ab 2009 bei Titel 892 76 veranschlagt.</p>						
Summe Titelgruppe 76			49.950,0		a)	51.350,0
77		Wohngeld und dergleichen				
		Die Mittel sind übertragbar.				
681 77	233	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	125.000,0		a)	163.000,0
			105.812,8		b)	
			0,0		c)	
<p>Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 231 77A.</p>						
<p>Erläuterung: Aufwendungen für Wohngeld (Miet- und Lastenzuschuss) nach dem Wohngeldgesetz. Durch die Wohngeldreform 2009 (u. a. Erhöhung von Miethöchstbetrag und Tabellenwerten sowie Einführung einer Heizkostenkomponente) erhöhen sich die Wohngeldausgaben. Die Ausgaben werden zur Hälfte vom Bund ersetzt, vgl. Tit. 231 77A.</p>						
686 77	290	Heizkostenzuschuss	0,0		a)	0,0
			3,6		b)	
			0,0		c)	
<p>Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um Mehreinnahmen bei Titel 231 77 C.</p>						
Summe Titelgruppe 77			125.000,0		a)	163.000,0
Gesamtausgaben			179.175,5		a)	220.145,5

Wirtschaftsministerium
0711 Energie und Wohnungsbau

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0711

Verwaltungseinnahmen	31.032,5	a)	31.232,5
Übrige Einnahmen	134.900,0	a)	123.950,0
Gesamteinnahmen	165.932,5	a)	155.182,5
Sächliche Verwaltungsausgaben	807,5	a)	1.127,5
Schuldendienst	2.100,0	a)	3.500,0
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	164.868,0	a)	206.838,0
Ausgaben für Investitionen	11.400,0	a)	8.680,0
Gesamtausgaben	179.175,5	a)	220.145,5
Kapitel 0711 Zuschuss	13.243,0	a)	64.963,0

Wirtschaftsministerium
0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Produktorientierte Informationen

FB Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Haushaltsermächtigungen 0701, 0712, 0304-0307

1. Kosten und Erlöse

Zusammensetzung der Fachbereichskosten	Jahr	KLR Ergebnis			Fördermittel-/Transferergebnis			Konzernumlage	Steuern und steuerä. Erträge	Gesamtergebnis
		Erlöse	Verwaltungskosten	Betriebsergebnis	Fördermittel-/Transfer-einnahmen	Fördermittel-/Transferausgaben	Fördermittel-/Transferergebnis			
		Tsd. EUR								
Fachbereichskosten (ohne RP)	Ist-2006	536,8	6.447,1	5.910,3-	24.964,6	189.518,1	164.553,5-	8.897,5	-	179.361,3-
	Ist-2007	511,6	5.070,7	4.559,1-	24.506,5	147.424,7	122.918,2-	13.174,3	-	140.651,6-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Regierungspräsidien	Ist-2006	673,8	22.229,8	21.556,0-	1.079,2	14.622,9	13.543,7-	-	-	35.099,7-
	Ist-2007	644,4	25.164,8	24.520,3-	1.597,4	13.858,1	12.260,6-	-	0,3-	36.780,7-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fachbereichsergebnis	Ist-2006	1.210,6	28.676,9	27.466,3-	26.043,8	204.141,0	178.097,2-	8.897,5	-	214.461,1-
	Ist-2007	1.156,0	30.235,5	29.079,4-	26.103,9	161.282,8	135.178,9-	13.174,3	0,3-	177.432,2-
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	HH-Jahr	Anteile des Fachbereichs am Gesamtvolumen aller Fachbereiche des Einzelplans								
		%								
	Ist-2006	25.36	35.70	36.35	16.48	42.38	55.03	34.51	-	50.47
	Ist-2007	21.42	40.15	41.60	15.83	32.25	40.32	38.26	0.86	40.36
	Soll-2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Soll-2009	-	-	-	-	-	-	-	-	-

2. Ziele und Messgrößen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushaltsermächtigungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Förderg städtebaul Erneuerg	0701, 0712, 0304 - 0307	Förderung städtebauliche Erneuerung: Beseitigung städtebaul. Missstände kommunale Sanierungsgebiete	Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in Tsd. EUR	154.000 (-)	159.500 (159.500)	120.000	130.000
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	135,7 (-)	364,6	364,6
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaushalt) in %	- (-)	0,09 (-)	0,30	0,28
			Anzahl gestellte Anträge	355 (-)	433 (433)	480	900
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	1.476.901,4 (-)	1.370.438,8 (1.370.438,8)	1.229.166,7	1.118.880,0
			Anzahl der Bewilligungen	246 (-)	236 (236)	260	340
			Durchschnittliche Bewilligungssumme in EUR	626.016,3 (-)	675.847,5 (675.847,5)	484.615,4	441.176,5
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	0,57 (-)	1,40	1,07

Produktorientierte Informationen

Fachbereich (FB) Produktbereich (PB) Produktgruppe (PG) Produkt (FP/LS)	Haushalts- ermächti- gungen in Kapitel	Ziele	Messgrößen zur Zielerreichung				
			Bezeichnung/Einheit	Ist 2006 (Soll 2006)	Ist 2007 (Soll 2007)	Soll 2008	Soll 2009
FP Zuschüsse zur Erhaltung von Denk- malen	0701, 0712, 0304 - 0307	Zuschüsse Denkmalpflege: Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmalen	Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in Tsd. EUR	12.000 (-)	13.538 (13.500)	13.500	12.300
			Verwaltungskosten in Tsd. EUR	- (-)	64,9 (-)	87,1	87,1
			Verhältnis Verwaltungskosten zu Fördermittelvolumen (Landeshaus- halt) in %	- (-)	0,48 (-)	0,65	0,71
			Anzahl gestellte Anträge	579 (-)	588 (600)	687	650
			Durchschnittliches Antragsvolumen in EUR	- (-)	32.600 (-)	25.000	-
			Anzahl der Bewilligungen	390 (-)	440 (400)	450	350
			Durchschnittliche Bewilligungssum- me in EUR	30.769,2 (-)	30.767,7 (33.750,0)	30.000,0	35.142,8
			Verwaltungskosten pro Bewilligung in Tsd. EUR	- (-)	0,15 (-)	0,19	0,25

3. Erläuterungen

FP Förderung städtebauliche Erneuerung
Förderung städtebauliche Erneuerung

Bei städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen werden bei Neuaufnahme der Maßnahme durch eine Gesamtbewilligung für die gesamte Laufzeit von ca. 8-10 Jahren die Finanzhilfen grundsätzlich für eine Vielzahl von Einzelprojekten in einem Betrag bewilligt. Die Gesamtbewilligung als schlankes Instrument für die Abwicklung der städtebaulichen Maßnahmen führt dazu, dass die städtebauliche Erneuerung relativ "bewilligungsarm" ist, aber eben auch viel unbürokratischer als andere Förderprogramme. Diese Form der Bewilligung vermeidet arbeitsaufwändige Einzelbewilligungen. Die Anzahl der Bewilligungen in der Städtebauförderung ist im Vergleich zu anderen Förderprogrammen daher geringer. Ein Vergleich der Kennzahl Bewilligungen/Personalkosten mit anderen Förderprogrammen ist daher nur bedingt möglich.

In der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums über die Ausschreibung der jährlichen Städtebau-Programme werden die Förderschwerpunkte bestimmt:

- Stärkung der Zentren, Profilierung der kommunalen Individualität und Steigerung der Attraktivität für den Tourismus,
- Neustrukturierung, Umnutzung und Aufbereitung von Brachflächen - z.B. Industrie- und Gewerbebrachen, bisher militärisch genutzter Gebäude und Liegenschaften, Bahnbrachen - für andere Nutzungen, insbesondere den Wohnungsbau, Gewerbe und hochwertige Dienstleistungen,
- Sicherung des Wohnungsbestandes,
- Stabilisierung und Aufwertung bestehender Gewerbegebiete, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken,
- Ganzheitliche ökologische Erneuerung mit den vordringlichen Handlungsfeldern Energieeffizienz im Altbaubestand, Verbesserung des Stadtklimas, Reduzierung von Lärm und Abgasen, Aktivierung der Naturkreisläufe in den festgelegten Gebieten.

Die Auswirkung in der jeweiligen Maßnahme wird im Sachstandsbericht bzw. Schlussbericht dargestellt.

Beispiel für die Wirkung einer städtebaulichen Erneuerung: Umnutzung des ehemaligen amerikanischen Kasernenareals (Nellingen Barracks) in Ostfildern (Scharnhäuser Park). Schaffung eines neuen Stadtteils mit Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten, Arbeitsplätzen, Schule, Sporthalle, Stadthaus usw.; ökologische Gestaltung im Rahmen der Landesgartenschau 2002 (Landschaftstreppe). Anbindung an den ÖPNV (Stadtbahn). Im Rahmen der Maßnahme wurden durchgeführt: Grunderwerb, umfangreiche Abbruchmaßnahmen, Neuerschließung und Gestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen unter Wiederverwendung des geschredderten Abbruchmaterials beim Unterbau, Modernisierungsmaßnahmen (insbes. Wohngebäude) und Erhalt denkmalgeschützter Bauten (z.B. Alte Wache – Gaststätte). Unterbringung des Bauhofes in alter Flugzeughalle. Ende 2006: wohnten bereits rd. 4.500 Einwohner in diesem Stadtteil, es gab 37 Betriebe mit 1200 Arbeitsplätzen; 80 Reihenhäuser und 150 Wohneinheiten befanden sich im Bau.

In den Kennzahlen "Anzahl der Bewilligungen" und "Anzahl der Anträge" sind auch die Fallzahlen für die Bund-Länder-Programme enthalten. Die Bundesfinanzhilfen für die Bund-Länder-Programme müssen durch Landesfinanzhilfen komplementiert werden und sind ein wesentlicher Bestandteil bei der Aufstellung der jährlichen Städtebauförderungsprogramme. Das Fördervolumen der Bundesmittel beträgt für das Jahr 2007 73,3 Mio. € und ist in den sonstigen Kennziffern nicht berücksichtigt.

Insgesamt war nach der Antragslage und den Antragsinhalten für 2008 eine spürbar höhere Investitionsbereitschaft der Städte und Gemeinden festzustellen. Die finanzielle Lage der Kommunen im Land hat sich spürbar verbessert, so dass die Kommunen sich wieder verstärkt den nach wie vor wichtigen Aufgaben ihrer städtebaulichen Erneuerung und Entwicklung zuwenden wollen.

Wirtschaftsministerium

0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Produktorientierte Informationen

FP Zuschüsse zur Erhaltung von Denkmalen

Zuschüsse Denkmalpflege: Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmalen

Bei der Denkmalschutzförderung ist es nicht sinnvoll, von den Fördersummen auf ein generiertes Gesamtvolumen zu schließen, da die Denkmalförderung keine Anreizförderung ist, die den Denkmalbesitzer dazu veranlassen soll, sein Denkmal zu restaurieren oder instand zu halten. Dazu ist er vielmehr von Gesetzes wegen verpflichtet. Das Denkmalschutzgesetz verpflichtet dazu komplementär das Land, den Denkmalbesitzer mit Zuschüssen zu fördern. Diese Förderung ist beschränkt auf die denkmalschutzbedingten Mehrkosten. Diese sind bei geringwertigen Denkmalen in aller Regel gering im Verhältnis zu den Gesamtkosten, bei hochwertigen dagegen hoch. Mit anderen Worten: Der „Hebel“ ist bei geringwertigen Denkmalen viel höher als bei hochwertigen Denkmalen. Wäre die Denkmalförderung eine Anreizförderung und nähme man das generierte Gesamtvolumen als Indikator, müssten gezielt geringwertige Denkmale ausgewählt werden, um mit geringen Fördermitteln den größtmöglichen wirtschaftlichen Effekt zu erzielen. Dies wäre aber offensichtlich nicht mit den Zielen des Denkmalschutzes vereinbar. Das Antragsvolumen der Jahre vor 2007 wurde nicht routinemäßig erfasst und ist deswegen in der Tabelle nicht enthalten.

Wirtschaftsministerium
0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Titelgruppen

70		Für besondere Zwecke aus Zuschüssen und Zuweisungen Dritter				
282 70	195	Zuschüsse und Zuweisungen Dritter		500,0	a)	500,0
				1.587,7	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 70 - Ausgaben –

Summe Titelgruppe 70						
			500,0	a)		500,0

71		Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmälern, Ausgrabungen und Auswertung, Publikationen, sonstige Fachaufgaben				
111 71	195	Gebühren und sonstige Entgelte		10,0	a)	10,0
				2,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Einnahmen aus Gebühren für die Bescheinigung von Aufwendungen nach § 10g Einkommensteuergesetz, vgl. Vermerk bei Tit.Gr. 71 - Ausgaben -.

119 71	195	Einnahmen aus Veröffentlichungen, Rückflüsse aus Zuwendungen und dergleichen		0,0	a)	0,0
				39,9	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Vgl. Vermerke bei Tit.Gr. 71 -Ausgaben-. Die im Zusammenhang mit diesen Ausgaben stehenden Einnahmen (einschl. Zinsen, Spenden) fließen den Ausgaben der Tit.Gr. 71 wieder zu.

Summe Titelgruppe 71						
			10,0	a)		10,0

Wirtschaftsministerium

0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

74		Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen				
162 74	440	Zinseinnahmen aus Darlehen u.a.		300,0 148,3 0,0	a) b) c)	300,0

Erläuterungen: Bei der Abrechnung von Stadterneuerungsmaßnahmen können Vorauszahlungen zum Teil in Darlehen umgewandelt werden. Daraus können sich Zins- und Tilgungseinnahmen ergeben, die den Fördermitteln für die Stadterneuerung wieder zufließen (vgl. Tit. 883 74). Soweit Vorauszahlungen zurückzuzahlen sind, fließen sie unmittelbar dem Tit. 883 74 zu. Diese Regelung gilt auch für die dem Kommunalen Investitionsfonds entnommenen Mittel.
Des Weiteren können Zinsen aus nicht zweckentsprechender oder nicht fristgemäßer Verwendung von Fördermitteln anfallen.

182 74	440	Tilgungseinnahmen aus Darlehen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterungen: Bei der Abrechnung von Stadterneuerungsmaßnahmen können Vorauszahlungen zum Teil in Darlehen umgewandelt werden. Daraus können sich Tilgungseinnahmen ergeben, die den Fördermitteln für die Stadterneuerung wieder zufließen (vgl. Tit. 883 74).

311 74	920	Darlehen vom Bund		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
331 74	440	Zuschüsse und andere Zuweisungen vom Bund		26.000,0 24.506,5 0,0	a) b) c)	26.000,0

Erläuterung: Im Jahr 2009 stellt der Bund rd. 529 Mio. EUR Finanzhilfen für die Städtebauförderung zur Verfügung. Davon erhalten die alten Bundesländer insgesamt rund 230 Mio. EUR im allgemeinen Bund-Länder-Programm (SEP), im Bund-Länder-Programm Stadtumbau West (SUW), im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt (SSP), im Bund-Länder-Programm Innenentwicklung - Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (ASP) und im Bund-Länder-Programm Denkmalschutz West (DSP). Zudem stellt der Bund Finanzhilfen für den Investitionspakt (IVP) i.H.v. 100 Mio. EUR zur energetischen Erneuerung der kommunalen sozialen Infrastruktur bereit. Der Bund wird sich weiterhin an der Förderung von städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsvorhaben von Gemeinden beteiligen. Bei Studien und Modellvorhaben, die nicht unter die Verwaltungsvereinbarung fallen, fördert der Bund bis zu 100 % der forschungsbedingten Mehrkosten. Das Land erwartet für das Jahr 2009 zur Förderung von
a) Vorhaben im Rahmen der Bund-Länder-Programme (SEP, SUW, SSP, ASP, DSP, IVP) und
b) Studien und Modellvorhaben
Programmanteile des Bundes in Höhe von rd. 55 Mio. EUR. Hieraus können Finanzhilfen gewährt werden als Darlehen, Zuschüsse oder Vorauszahlungen unter dem Vorbehalt der späteren Bestimmung, ob sie als Darlehen oder Zuschuss belassen werden oder durch andere Finanzierungsmittel zu ersetzen oder zurück zu zahlen sind. Die Bundesmittel werden zusammen mit den entsprechenden Landesmitteln bei den Ausgaben der Tit. Gr. 74 verausgabt. Für 2009 ist mit dem Abfluss von Bundesmitteln in Höhe von 26 Mio. EUR zu rechnen.

Summe Titelgruppe 74			26.300,0	a)	26.300,0
Gesamteinnahmen			26.810,0	a)	26.810,0

Wirtschaftsministerium
0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

547 01	176	Kosten für Untersuchungen, Veröffentlichungen, Fortbildungsveranstaltungen u. dgl.	74,2		a)	74,2
			143,1		b)	
			0,0		c)	

Die Mittel sind übertragbar. Ersätze fließen den Mitteln zu. Ausgaben hieraus dürfen auch neben solchen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplanes geleistet werden (§ 35 LHO). Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

	2009
Verpflichtungsermächtigung	Tsd. EUR 30,0
Davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2010bis zu	30,0

Erläuterung: Kosten für Untersuchungen, Fachgutachten, Forschungsvorhaben, Veröffentlichungen, Fortbildungsveranstaltungen, Ausstellungen, Wettbewerbe, Fachberatungen u. dgl. in Fragen der Raumordnung, des Baurechts und des Städtebaus.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	74,2		a)	74,2
--	------	--	----	------

Ausgaben für Investitionen

811 21	195	Erwerb von Kraftfahrzeugen (und Anhängern) für Fachaufgaben	95,0		a)	95,0
			87,9		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind folgende Beschaffungen:

	2009
	Tsd.
	EUR

1.	Ersatzbeschaffungen	
	1 PKW für Abt. 11 in Stuttgart	19,0
	1 Bauwagen für Ref. 25 in Stuttgart	13,0
	1 PKW für Karlsruhe	19,0
	1 PKW für Freiburg	25,0
2.	Neubeschaffungen	
	1 PKW Kombi für Abt. 11 (Geophysik) in Stuttgart	19,0
	zus.	95,0

Wirtschaftsministerium
0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006 Tsd. EUR	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
812 01	195	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		9,0 16,1 0,0	a) b) c)	9,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	2009 Tsd. EUR			
		1. Ersatzbeschaffungen				
		1 Motorschubkarren	9,0			
		zus.	9,0			
Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			104,0	a)		104,0
Titelgruppen						
70		Für besondere Zwecke der Denkmalpflege aus Zuschüssen und Zuweisungen Dritter				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. 282 70, ggf. können Ausgaben auch vor dem kassenmäßigen Eingang der Einnahmen geleistet werden.				
		Erläuterung: Aus diesen Mitteln werden in erster Linie die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekte finanziert.				
429 70	195	Vergütungen und Löhne	500,0 1.081,2 0,0	a) b) c)		500,0
547 70	195	Sachaufwand	0,0 200,9 0,0	a) b) c)		0,0
633 70	195	Zuweisungen an Dritte	0,0 0,0 0,0	a) b) c)		0,0
812 70	195	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0 0,0 0,0	a) b) c)		0,0
Summe Titelgruppe 70			500,0	a)		500,0

Wirtschaftsministerium

0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

71 Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmälern,
Ausgrabungen und Auswertung, Publikationen,
sonstige Fachaufgaben

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Titel 119 71 sowie um die Mehreinnahmen bei Titel 111 71. Tit. Gr. 71, 74 und Kapitel 0711 Tit. Gr. 76 (ohne Bundesfinanzhilfen) sind (kassenmäßig) gegenseitig deckungsfähig, die Inanspruchnahme zweckgebundener Kassenmittel ist im nächsten Haushaltsjahr wieder auszugleichen. Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können mit Einwilligung des Wirtschaftsministeriums an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterung: Die Mittel stehen für folgende Förderzwecke zur Verfügung:

	Haushaltsansatz 2009 Mio. €
1. Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmälern	11,0
2. Ausgrabungen und deren Auswertung, Photogrammetrie, Dienstleistungen Dritter u. dgl.	6,6
3. Publikationen, Fachtagungen, Ausstellungen	<u>1,0</u>
zus.	18,6

Die Mittel werden in Höhe von 18,6 Mio. Euro aus dem Aufkommen der staatlichen Wetten und Lotterien und in Höhe von 0,5 Mio. Euro aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Tit. 547 71) aufgebracht.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Tit.Gr. 71, 74 und Kapitel 0711 Tit.Gr. 76 beschränkt sich auf die Haushaltsansätze zur Deckung der Verpflichtungsermächtigungen aus früheren Programmen (kassenmäßige Deckungsfähigkeit). Die jeweiligen Bewilligungsrahmen dürfen dadurch nicht ausgeweitet werden.

428 71	195	Entgelte der Arbeitnehmer (Beschäftigten)	2.458,1 0,0 0,0	a) b) c)	2.458,1
--------	-----	---	-----------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind die ordentlichen Bezüge für die tariflichen Arbeitnehmer, vgl. Stellenübersicht zu Tit. 428 71, einschließlich Zulagen nach Maßgabe der Tarifbestimmungen.

429 71	195	Vergütungen und Löhne	2.693,8 2.729,5 0,0	a) b) c)	2.693,8
--------	-----	-----------------------	---------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Mittel für befristet bzw. kurzfristig beschäftigte Arbeitnehmer. Außerdem können aus diesen Mitteln auch Kosten für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bestritten werden. Die damit verbundenen Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit werden bei Tit. 547 71 vereinnahmt.

518 71	195	Maschinen- und Gerätemieten	228,3 197,0 0,0	a) b) c)	228,3
--------	-----	-----------------------------	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Mieten für die elektronische Infrastruktur der Landesdenkmalpflege. Die Verpflichtungsermächtigungen bei Titel 883 71 und 893 71 können auch hier in Anspruch genommen werden.

Wirtschaftsministerium
0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
525 71	195	Aus- und Fortbildung	10,0		a)	10,0
			8,3		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Kosten für fachtechnische Schulungen und Tagungen, einschließlich Reisekosten.						
534 71	195	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	180,0		a)	180,0
			185,0		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Kosten für die Dienstleistungen Dritter, insbesondere zur Betreuung der Allgemeinen Denkmaldatenbank (ADAB) sowie elektronischer Geräte, einschließlich der hierzu erforderlichen Infrastruktur, Wartung und Schulung sowie für Gutachten, wissenschaftliche Untersuchungen und länderübergreifende Grundlagenforschung bei Umweltschäden an Kulturdenkmälern. Die Verpflichtungsermächtigungen bei Tit. 883 71 und 893 71 können auch hier in Anspruch genommen werden.						
547 71	195	Sachaufwand	1.951,6		a)	2.414,1
			3.337,5		b)	
			0,0		c)	
Erläuterung: Aus diesen Mitteln wird der Sachaufwand insbesondere für folgende Maßnahmen bestritten: a) Erkundung und Dokumentation von Kulturdenkmälern, Gutachten; b) Ausgrabungen und deren Auswertung, insbesondere – Geräte, Ausrüstungsgegenstände, Werkzeuge und sonstiges Material für Ausgrabungen und archäologische Arbeits- und Werkstätten (soweit nicht bei Tit. 812 71), – Erdarbeiten durch Dritte (Bagger, Planiermaschinen, Lkw, Förderbänder, usw.), – Miete für Baustelleneinrichtungen und Geräte (Bauwagen, Container usw.), – Zeichen- und Fotoarbeiten für Grabungs- und Funddokumentation, Restaurierungsarbeiten, Luftbildarchäologie; – Vermessungsarbeiten; c) Publikationen, Fachtagungen, Ausstellungen (ohne Repräsentationsaufwand), Tag des offenen Denkmals, Landesdenkmaltag (in zweijährigem Turnus); d) Spezialgeräte, Verbrauchsmittel und dgl. sowie Reisekosten zur Erforschung von Umweltschäden an Kulturdenkmälern. Aus diesen Mitteln können auch Fundprämien gewährt werden. Weiterhin können aus diesen Mitteln auch Dokumentationen über alte jüdische Friedhöfe erstellt werden.						
633 71	N 195	Zuschüsse an die Stadt Aalen für das Limesinformationszentrum	0,0		a)	37,5
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) des Limesinformationszentrums. Die Vereinbarung wurde am 05.09.2007 mit der Stadt Aalen abgeschlossen.

Wirtschaftsministerium

0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

812 71	195	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	101,0 98,3 0,0		a) b) c)	101,0
--------	-----	--	----------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Beschaffung von technischen und elektronischen Geräten und Ausrüstungsgegenständen für Ausgrabungen, Arbeits- und Werkstätten der archäologischen Denkmalpflege, der Bauforschung, der allgemeinen Denkmaldatenbank u. dgl.

Veranschlagt sind: 2009
Tsd. EUR

1. Ersatzbeschaffungen

1 Steuereinheit Radarsystem	15,0
3 Motorschubkarren	24,0
1 Digitaler Stereoplotter u. Zubehör	45,0
1 Software PHIDIAS-MS für Photogrammetrie	13,0

2. Neubeschaffungen

1 Feldrechner	4,0
zus.	101,0

883 71	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.916,2 2.779,9 0,0		a) b) c)	3.467,2
--------	-----	---	---------------------------	--	----------------	---------

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 883 71 und 893 71 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Verpflichtungsermächtigung kann auch bei Tit. 518 71 und 534 71 in Anspruch genommen werden.

	2009 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	3.900,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	1.400,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	1.000,0
Haushaltsjahr 2012bis zu	800,0
Haushaltsjahr 2013bis zu	700,0

Wirtschaftsministerium
0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

893 71	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		10.220,0	a)	7.549,0
				9.276,4	b)	
				0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 883 71 und 893 71 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Verpflichtungsermächtigung kann auch bei Tit. 518 71 und 534 71 in Anspruch genommen werden.

	2009 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	13.000,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2010bis zu	5.500,0
Haushaltsjahr 2011bis zu	4.000,0
Haushaltsjahr 2012bis zu	2.000,0
Haushaltsjahr 2013bis zu	1.500,0

Erläuterung zu 883 71 und 893 71: Eigentümer und Besitzer von Kulturdenkmälern haben diese nach § 6 Denkmalschutzgesetz in der Fassung vom 25. April 2007 (GBl. S. 252, 253) im Rahmen des Zumutbaren zu erhalten und pfleglich zu behandeln. Das Land gewährt Zuschüsse nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums für die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmälern vom 26. April 2005 (GABl. S. 571) nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Aus Tit. 883 71 und 893 71 können auch Ausgleichszahlungen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (früher Entschädigung nach § 24 Denkmalschutzgesetz) geleistet werden.

Übersicht über die Fördermittel für die allgemeine Denkmalförderung:

Jahr	Ausgaben- ansatz	Davon zur Deckung früherer VE	Bewilligung für neues Programm	VE für neues Programm	Bewilli- gungs- Rahmen
- Mio.EUR -					
2005	14,2	13,6	0,6	15,0	15,6
2006	14,2	14,0	0,2	15,0	15,2
2007	13,6	13,6	-	15,0	15,0
2008	14,1	14,1	-	15,0	15,0
2009	11,0	11,0	-	16,9	16,9

Summe Titelgruppe 71	21.759,0	a)	19.139,0
-----------------------------	----------	----	----------

73 Denkmalstiftung Baden-Württemberg

894 73	W 195	Zuschüsse an die Denkmalstiftung		0,0	a)	0,0
				575,5	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Die Denkmalstiftung Baden-Württemberg hat die Aufgabe, zur Erhaltung von Kulturdenkmälern beizutragen. Dieser Zweck soll vorrangig durch die Förderung privater Initiativen auf dem Gebiet der Denkmalpflege verwirklicht werden. Die Stiftung soll insbesondere dort tätig werden, wo die staatliche Denkmalpflege nicht oder nur in beschränktem Umfang wirkt. Das Stiftungskapital ist vollständig eingezahlt.

Summe Titelgruppe 73	0,0	a)	0,0
-----------------------------	-----	----	-----

Wirtschaftsministerium
0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2008	a)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
			Ist	2007	b)	
			Ist	2006	c)	
				Tsd. EUR		

74 Förderung städtebaulicher Sanierung und Entwicklung in Gemeinden

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit.Gr. 74. Tit. Gr. 71, 74 und Kapitel 0711 Tit. Gr. 76 (ohne Bundesfinanzhilfen) sind (kassenmäßig) gegenseitig deckungsfähig, die Inanspruchnahme zweckgebundener Kassenmittel ist im nächsten Haushaltsjahr wieder auszugleichen. Zuwendungen aus dieser Titelgruppe dürfen auch neben Zuwendungen aus anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans gewährt werden (§ 35 LHO). Das Land kann im Rahmen der veranschlagten Mittel Bundeskassenmittel bei Tit. 331 74 vorfinanzieren.

Erläuterung:

Im Programm Soziale Stadt können Komplementierungsmittel des Landes auch für Modellvorhaben wie Sprachenwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie im Bereich der lokalen Ökonomie (wie Gründerzentren) eingesetzt werden.

Die Mittel werden von der Landeskreditbank verwaltet bzw. über die Landeskreditbank ausbezahlt.

Veranschlagt sind die Mittel für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung. Dazu gehören:

- a) Vorhaben im Rahmen gebietsbezogener städtebaulicher Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Landessanierungsprogramm (LSP), allgemeines Bund-Länder-Programm (SEP), Bund-Länder-Programm Stadttumbau West (SUW), Bund-Länder-Programm Soziale Stadt (SSP), Bund-Länder-Programm Innenentwicklung - Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (ASP), Bund-Länder-Programm Denkmalschutz West (DSP) und der Bund-Länder Investitionspakt zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur (IVP) sowie des auslaufenden Programms Einfache Stadterneuerung (PES),
- b) Studien und Modellvorhaben sowie Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Stadterneuerung.

A. Landesmittel:

Die Landesmittel sind dem Kommunalen Investitionsfonds entnommen (vgl. Übersicht im Vorheft über die Leistungen des Landes an die Gemeinden (Gemeindeverbände) im Staatshaushaltsplan 2009 (Abschn. A Ziff. 1.6)). Die bis 2009 in die Förderung aufgenommenen Stadterneuerungsmaßnahmen werden voraussichtlich erst 2019 abgeschlossen sein. Ihre Förderung erfordert 2010 ff. weitere Mittel.

Für 2009 sind folgende Mittel veranschlagt:

Titel	Haushaltsansatz			VE für neues Programm	Bewilligungs- rahmen für neues Progr. Sp. 4+5	noch abzudeckende Verpflichtungsermächtigungen		
	Ins- gesamt	Abdeckung früherer VE	für neues Programm			2010	2011	2012 ff.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
– in Mio. EUR –								
Landesmittel: 883 74 2009	118,8*)	118,5	0,3*)	130,0	130,3	125,9	102,2	274,7
Bundesmittel: 883 74 2009	26,0	-	-	-	55,0	-	-	-
Landes- und Bundes- mittel	2009	144,8			185,3			

*) Davon jährlich 0,3 Mio. EUR Zinseinnahmen (vgl. Tit. 162 74).

Aus den Mitteln der Tit.Gr. 74 werden in der Regel Vorauszahlungen gewährt, wobei erst nach Abschluss der jeweiligen Fördermaßnahme entschieden wird, inwieweit sie zum Zuschuss erklärt, in Darlehen umgewandelt oder zurückzuzahlen sind. Wegen der Verzinsung und Tilgung der Darlehensmittel vgl. § 4 Abs. 11 des Staatshaushaltsgesetzes.

Wirtschaftsministerium
0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Die für die früheren Programme bewilligten und für die Programme 2009 vorgesehenen Bewilligungsrahmen sollen wie folgt finanziert werden:

Jahr	Bewilligungs- rahmen	bereits abgedeckt	veranschlagt		noch zu veranschlagen			
			2009	2010	2011	2012	2013	2014 ff.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
– in Mio. EUR –								
bis 2008	817,2	325,9	118,5	108,9	84,2	64,0	65,8	49,9
2009	130,3	-	0,3	17,0	18,0	18,0	17,0	60,0
zus.	947,5	325,9	118,8	125,9	102,2	82,0	82,8	109,9

B. Finanzhilfen des Bundes:

Für 2009 können Bundesfinanzhilfen in den Bund-Länder-Programmen in Höhe von rd. 26,0 Mio. EUR erwartet werden. Mit dem Abfluss von Bundesmitteln ist in Höhe von 26,0 Mio. EUR zu rechnen (vgl. Einnahme Tit.Gr. 74).

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Tit.Gr. 71, 74 und Kapitel 0711 Tit.Gr. 76 beschränkt sich auf die Haushaltsansätze zur Deckung der Verpflichtungsermächtigungen aus früheren Programmen (kassenmäßige Deckungsfähigkeit). Die jeweiligen Bewilligungsrahmen dürfen dadurch nicht ausgeweitet werden.

671 74	440	Kosten der Begleitkontrolle sowie der Durchführung von Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Stadterneuerung Die Mittel sind übertragbar.				0,0 a) 17,2 b) 0,0 c)	0,0
853 74	440	Darlehen				0,0 a) 0,0 b) 0,0 c)	0,0
883 74	440	Zuschüsse und andere Zuweisungen				142.810,0 a) 171.508,8 b) 0,0 c)	144.800,0

Aus diesen Mitteln können auch Zinszuschüsse für die Verbilligung von Darlehen gewährt werden. Die Landeskreditbank wird dabei für den erwarteten Zinsaufwand im Voraus abgefunden.

	2009	
	Tsd. EUR	
Verpflichtungsermächtigung	130.000,0	
Davon zur Zahlung fällig im		
Haushaltsjahr 2010bis zu	17.000,0	
Haushaltsjahr 2011bis zu	18.000,0	
Haushaltsjahr 2012bis zu	18.000,0	
Haushaltsjahr 2013bis zu	17.000,0	
Haushaltsjahr 2014bis zu	17.000,0	
Haushaltsjahr 2015bis zu	17.000,0	
Haushaltsjahr 2016bis zu	17.000,0	
Haushaltsjahr 2017bis zu	9.000,0	
Summe Titelgruppe 74	142.810,0	a) 144.800,0

Wirtschaftsministerium

0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
75		Raumordnung und Landesplanung				
		Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
529 75	422	Aufwendungen zur Durchführung Überregionaler Konferenzen und Veranstaltungen	2,8 5,6 0,0		a) b) c)	2,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind (einschließlich Reisekosten) insbesondere die Kosten der Regionalplaner tagung sowie der Deutsch-Schweizerischen und der Deutsch-Österreichischen Raumordnungskommission.				
633 75A	422	Zuschüsse an die Regionalverbände und den Verband Region Stuttgart und den Verband Rhein-Neckar	1.843,0 1.820,0 0,0		a) b) c)	1.824,0
		Erläuterung: Einen Zuschuss von 0,11 EUR je Einwohner und 17,90 EUR je qkm erhalten für die Erfüllung ihrer Aufgaben als Träger der Regionalplanung - die Regionalverbände gemäß § 43 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes (LplG) in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2005 (GBl. S. 710), - der Verband Region Stuttgart gemäß § 21 des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart vom 7. Februar 1994 (GBl. S. 92), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 882), i.V.m. § 43 Abs. 1 LplG, - der Verband Region Rhein-Neckar gemäß dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 26. Juli 2005 (GBl. S. 710) i.V.m. § 43 Abs. 1 LplG, - der Regionalverband Donau-Iller gemäß dem Staatsvertrag mit Bayern vom 31. März 1973 (GBl. S. 129), geändert durch Staatsvertrag vom 25. Februar/12. März 2003 (GBl. S. 213) i.V.m. § 43 Abs. 1 LplG.				
633 75B	422	Zusätzliche Zuschüsse an Regionalverbände für die grenzüberschreitende Raumplanung	91,0 88,8 0,0		a) b) c)	90,0
		Erläuterung: Für den Verband Region Rhein-Neckar und den Regionalverband Donau-Iller sind für ihre institutionalisierten länderübergreifenden Aufgaben zusätzliche Zuschüsse vorgesehen, und zwar für den - Verband Region Rhein-Neckar auf Grund des Staatsvertrags zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 26. Juli 2005 (GBl. S. 710) 40 % und - Regionalverband Donau-Iller auf Grund des Staatsvertrags mit Bayern vom 31. März 1973 (GBl. S. 129), geändert durch Staatsvertrag vom 25. Februar/12. März 2003 (GBl. S. 213) 20 % des gesetzlichen Zuschusses nach § 43 Abs. 1 Landesplanungsgesetz.				
687 75	N 422	Förderung grenzüberschreitender Massnahmen in der Raumordnung	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	30,0
Summe Titelgruppe 75			1.936,8		a)	1.946,8
Gesamtausgaben			167.184,0		a)	166.564,0

Wirtschaftsministerium

0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2008 2007 2006	a) b) c)	Betrag für 2009 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0712

Verwaltungseinnahmen	310,0	a)	310,0
Übrige Einnahmen	26.500,0	a)	26.500,0
Gesamteinnahmen	26.810,0	a)	26.810,0
Personalausgaben	5.651,9	a)	5.651,9
Sächliche Verwaltungsausgaben	2.446,9	a)	2.909,4
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	1.934,0	a)	1.981,5
Ausgaben für Investitionen	157.151,2	a)	156.021,2
Gesamtausgaben	167.184,0	a)	166.564,0
Kapitel 0712 Zuschuss	140.374,0	a)	139.754,0

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Zusammenstellung 2009

Kapitel	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungs- einnahmen	Übrige Einnahmen	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sächl. Verwal- tungsausgaben	Schuldendienst
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
0701	-	805,5	37,0	842,5	20.369,2	1.921,8	-
0702	-	607,0	144,3	751,3	44.778,2	755,0	-
0707	-	-	-	-	-	1.907,2	-
0708	-	169,0	-	169,0	67,0	950,5	-
0710	-	35,5	27.153,0	27.188,5	220,0	1.209,5	-
0711	-	31.232,5	123.950,0	155.182,5	-	1.127,5	3.500,0
0712	-	310,0	26.500,0	26.810,0	5.651,9	2.909,4	-
Summe 2009	-	33.159,5	177.784,3	210.943,8	71.086,3	10.780,9	3.500,0
Summe 2008	-	33.553,5	198.120,6	231.674,1	66.903,2	10.460,0	2.100,0
Mehr (+) 2009 Weniger (-)	-	394,0 -	20.336,3 -	20.730,3 -	4.183,1 +	320,9 +	1.400,0 +

Einzelplan 07
Wirtschaftsministerium
Zusammenstellung 2009

Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2009 Überschuss (+) Zuschuss (-)	2008 Überschuss (+) Zuschuss (-)	2009 Verbesserung (+) Verschlechtg (-)	Kapitel
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
-	76,5	-	22.367,5	21.525,0 -	22.656,0 -	1.131,0 +	0701
32,8	81,9	-15.577,1	30.070,8	29.319,5 -	31.219,1 -	1.899,6 +	0702
35.841,7	-	-	37.748,9	37.748,9 -	37.273,9 -	475,0 -	0707
65.911,5	23.080,3	32,0	90.041,3	89.872,3 -	78.963,5 -	10.908,8 -	0708
58.810,7	8.380,0	50,0	68.670,2	41.481,7 -	42.106,0 -	624,3 +	0710
206.838,0	8.680,0	-	220.145,5	64.963,0 -	13.243,0 -	51.720,0 -	0711
1.981,5	156.021,2	-	166.564,0	139.754,0 -	140.374,0 -	620,0 +	0712
369.416,2	196.319,9	-15.495,1	635.608,2	424.664,4 -	365.835,5 -	58.828,9 -	
337.086,2	188.276,5	-7.316,3	597.509,6				
32.330,0 +	8.043,4 +	8.178,8 -	38.098,6 +				

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Verpflichtungsermächtigungen 2009

Kapitel Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2009		von dem ges. Betrag Sp. 5 werden fällig			
			Haushalts- ansatz	Verpflich- tungs- ermäch- tigung	2010	2011	2012	In späteren Haushalts- jahren
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0707		Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft						
684 01	129	Zuschüsse an fremdsprachige Schulen in Baden-Württemberg	1.200,0	1.000,0	1.000,0	-	-	-
	85	Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einschließlich europäischer Aktivitäten						
687 85	029	Maßnahmen der Zusammenarbeit mit anderen Ländern	1.080,0	600,0	400,0	200,0	-	-
0708		Innovation und Technologietransfer						
	75	Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Wirtschaft						
686 75	252	Zuschüsse für die Kontaktstellen "Frau und Beruf"	1.092,0	1.092,0	1.092,0	-	-	-
	77	Maßnahmen der Clusterpolitik						
547 77	699	Sonstiger Sachaufwand	170,0	100,0	70,0	30,0	-	-
	79	Forschungseinrichtungen für neue Technologien und für Zwecke der wirtschaftsnahen Forschung einschließlich der technischen Entwicklung						
547 79	169	Sonstiger Sachaufwand	124,0	100,0	100,0	-	-	-
685 79	165	Zuschüsse zu den Betriebskosten	19.982,0	400,0	200,0	100,0	100,0	-
686 79	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	886,6	380,0	180,0	100,0	100,0	-
894 79	165	Zuschüsse für Investitionen	8.000,0	15.100,0	5.700,0	5.300,0	4.100,0	-
	86	Zuwendungen aufgrund des Konsortialvertrages mit dem Bund und des Verwaltungsabkommens über die Errichtung einer gemeinsamen Wissenschaftskonferenz						
894 86C	164	Zuwendungen zu Investitionen der FhG (Ziffer 3 der Erläuterungen)	8.061,0	19.750,0	5.400,0	5.600,0	5.900,0	2.850,0
	95	Durchführung des EU-Programms für Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung						
686 95	692	Zuschüsse für laufende Maßnahmen	750,0	450,0	200,0	150,0	100,0	-
883 95	692	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.100,0	1.100,0	400,0	400,0	300,0	-
0710		Mittelstandsförderung						
	71	Grundsatzfragen Mittelstand und Handwerk						
683 71A	691	Zuschüsse für örtliche Leistungsschauen	190,0	50,0	50,0	-	-	-
686 71	691	Zuschüsse zur Unternehmensberatung	2.168,0	1.000,0	1.000,0	-	-	-
893 71	153	Zuschüsse für Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungszentren	2.900,0	8.300,0	3.000,0	2.500,0	2.800,0	-
	72	Berufliche Weiterbildung						
685 72	635	Zuschüsse für laufende Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	500,0	300,0	300,0	-	-	-
	73	Tourismusförderung						

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Verpflichtungsermächtigungen 2009

Kapitel Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2009		von dem ges. Betrag Sp. 5 werden fällig			
			Haushalts- ansatz	Verpflich- tungs- ermäch- tigung	2010	2011	2012	In späteren Haushalts- jahren
1	2	3	4	5	6	7	8	9
686 73	650	Zuschüsse für Werbemaßnahmen und Absatzförderung	4.000,0	2.000,0	1.000,0	600,0	400,0	-
883 73	650	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	5.000,0	2.550,0	1.000,0	1.000,0	550,0	-
892 73	650	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	480,0	400,0	200,0	150,0	50,0	-
	75	Berufliche Ausbildung						
683 75	252	Zuschüsse für die Übernahme von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben	130,0	100,0	100,0	-	-	-
684 75	252	Zuschüsse zur Verbesserung der Ausbildungssituation	259,3	180,0	100,0	80,0	-	-
685 75	153	Zuschüsse zur überbetrieblichen Berufsausbildung	7.480,0	3.000,0	2.000,0	1.000,0	-	-
686 75	635	Zuschüsse für laufende Maßnahmen	50,0	30,0	20,0	10,0	-	-
687 75	153	Zuschüsse für internationale Maßnahmen der Berufsbildung	69,0	40,0	40,0	-	-	-
	77	Umsetzung des Europäischen Sozialfonds - Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im Förderzeitraum 2007 - 2013						
685 77	252	Zuschüsse für Maßnahmen laufende Maßnahmen (ESF-Mittel)	12.153,0	22.000,0	8.000,0	8.000,0	6.000,0	-
686 77	252	Zuschüsse für laufende Maßnahmen (Kofinanzierungsanteil Land)	3.370,0	6.000,0	2.500,0	2.500,0	1.000,0	-
	78	Existenzgründung und Unternehmensnachfolge (ifex), Zukunftsfähigkeit von KMU						
686 78	635	Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen	2.100,0	1.000,0	1.000,0	-	-	-
0711		Energie und Wohnungsbau						
	70	Förderung der Energieversorgung						
547 70C	622	Sonstiger Sachaufwand	500,0	100,0	50,0	50,0	-	-
893 70	622	Zuschüsse für Investitionen	3.280,0	1.600,0	1.000,0	600,0	-	-
	75	Überregionale bautechnische Einrichtungen						
531 75	176	Kosten für Untersuchungen, Veröffentlichungen und dgl.	275,0	60,0	30,0	30,0	-	-
	76	Wohnungswesen						
663 76	411	Zinszuschüsse	41.150,0	48.450,0	10.500,0	20.000,0	17.500,0	450,0
0712		Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege						
547 01	176	Kosten für Untersuchungen, Veröffentlichungen, Fortbildungsveranstaltungen u. dgl.	74,2	30,0	30,0	-	-	-
	71	Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmälern, Ausgrabungen und Auswertung, Publikationen, sonstige Fachaufgaben						
883 71	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.467,2	3.900,0	1.400,0	1.000,0	800,0	700,0

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Verpflichtungsermächtigungen 2009

Kapitel Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2009		von dem ges. Betrag Sp. 5 werden fällig			
			Haushalts- ansatz	Verpflich- tungs- ermäch- tigung	2010	2011	2012	In späteren Haushalts- jahren
1	2	3	4	5	6	7	8	9
893 71	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	7.549,0	13.000,0	5.500,0	4.000,0	2.000,0	1.500,0
	74	Förderung städtebaulicher Sanierung und Entwicklung in Gemeinden						
883 74	440	Zuschüsse und andere Zuweisungen	144.800,0	130.000,0	17.000,0	18.000,0	18.000,0	77.000,0
Einzelplan 07								
Wirtschaftsministerium			-	284.162,0	70.562,0	71.400,0	59.700,0	82.500,0

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Zusammenstellung der Belastungen aus Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen	Gesamtbelastung	Von der Gesamtbelastung werden fällig				
		2009	2010	2011	2012	in späteren Haushaltsjahren
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Vorbelastungen nach den Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre, und zwar						
1.1 eingegangene Verpflichtungen in den Haushaltsjahren 2007 und früher.....	593.408,0	200.765,0	171.843,0	86.733,0	55.760,0	78.307,0
1.2 lt. Staatshaushaltsplan 2008 (Haushaltssoll).....	223.122,0	60.222,0	44.600,0	35.100,0	17.200,0	66.000,0
2. Künftige Belastungen						
2.1 lt. Staatshaushaltsplan 2009 (Haushaltssoll).....	284.162,0	-	70.562,0	71.400,0	59.700,0	82.500,0
3. Gesamtbelastung.....	1.100.692,0	260.987,0	287.005,0	193.233,0	132.660,0	226.807,0

Stellenpläne und Stellenübersichten

Einzelplan 07
Wirtschaftsministerium

Erläuterungen zu den Stellenplänen

A. Zur Unterscheidung bestimmter Planstellen

A	=	Archivdienst
BAU	=	Bautechn. Dienst
B	=	Bergtechn. Dienst
Bl	=	Bibliotheksdienst
BR	=	Feuerwehrtechn. Dienst
E	=	Eichtechn. Dienst
F	=	Forstdienst
G	=	nichttechn. Dienst bei den Gerichten
GE	=	Dienst bei der Gesundheitsverwaltung (Zusatz Gesundheits- im Eingangsamt)
GW	=	Gewerbe-(aufsichts-)dienst
J	=	Justizdienst
K	=	Kartographendienst
L	=	Landwirtschaftstechn. Dienst
O	=	Aufsichtsdienst bei den Justizvollzugsanstalten
R	=	nichttechn. Verwaltungsdienst (Zusatz Regierungs- im Eingangsamt)
S	=	Sozialdienst
ST	=	Dienst in der Steuerverwaltung
T	=	Technischer Dienst (Zusatz Technischer im Eingangsamt)
V	=	Vermessungstechn. Dienst

B. Empfänger von Amtszulagen

A 2 bis A 5	(einfacher Dienst - ohne Beamte in der Laufbahn der Justizwachtmeister -) ¹⁾
A 3 bis A 5	(Beamte in der Laufbahn der Justizwachtmeister) ²⁾
A 6	(Spitzenamt für Erste Justizhauptwachtmeister) ¹⁾
A 8 und A 9	(Amtszulage für Straßenmeister und Oberstraßenmeister als Leiter einer Straßenmeisterei oder Autobahnmeisterei) ³⁾
A 9	Spitzenamt für übrigen mittleren Dienst) ⁴⁾
A 11	(Amtszulage für Fachoberlehrer als Fachbetreuer) ⁵⁾
A 12	(Amtszulage für Leiter kleiner Grund- und Hauptschulen sowie für bestimmte Konrektoren an diesen Schulen) ⁶⁾
A 13	(Amtszulage an bestimmte Beamte in herausgehobenen Funktionen an Schulen usw.) ⁵⁾
A 13	(Spitzenamt für Rechtspfleger, Oberamtsanwälte und gehobener technischer Dienst) ⁷⁾
A 14	(Amtszulage an bestimmte Beamte in herausgehobenen Funktionen an Schulen usw.) ⁵⁾
A 14	(Amtszulage für Professoren an einer Berufsakademie) ⁸⁾
A 15	(Amtszulage für Fachberater an einem Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien und berufliche Schulen) ⁹⁾
A 15	(Amtszulage für bestimmte Beamte im Schulbereich und an sonstigen Einrichtungen) ⁵⁾
A 15	(Amtszulage für Beamte in Ämtern als ständiger Vertreter der Leiter bestimmter Bildungseinrichtungen, z.B. Seminare für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien und berufliche Schulen)) ¹⁰⁾
A 15	(Amtszulage für Studiengangsleiter an einer Berufsakademie) ¹¹⁾
A 15	(Amtszulage für Studienbereichsleiter an einer Berufsakademie) ¹²⁾
A 16	(Amtszulage für Leiter besonders großer und besonders bedeutender unterer Verwaltungsbehörden, Mittel- oder Oberbehörden) ¹³⁾
R 1	(Amtszulage für bestimmte Richter und Bad. Amtsnotare in künftig wegfallenden Ämtern) ¹⁴⁾
R 1 bis R 3	(Amtszulage an bestimmte Richter, Staatsanwälte und Bad. Amtsnotare) ¹⁵⁾

Betrag zum 1. Januar 2009
- monatlich -

EURO
32,80 ¹⁾
60,49 ²⁾
114,53 ³⁾
244,19 ⁴⁾
170,14 ⁵⁾
141,84 ⁶⁾
248,16 ⁷⁾
250,13 ⁸⁾
113,43 ⁹⁾
283,51 ¹⁰⁾
355,90 ¹¹⁾
444,09 ¹²⁾
190,28 ¹³⁾
94,11 ¹⁴⁾
188,11 ¹⁵⁾

Hinweis: Die mit kw-Vermerk und zusätzlich mit * versehenen Stellen werden besonders ausgewiesen und summiert. Sie sind in den Stellenzahlen der zugehörigen Bes.-, Verg.- oder Lohngruppe und in den Summen enthalten.

Wirtschaftsministerium

0701 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2008	2009
422 01	011	Stellenplan für Beamte		
		a) Planstellen für Beamte		
		1. Wirtschaftsministerium		
B 9		Ministerialdirektor	1,0	1,0
B 6		Ministerialdirigent	7,0	6,0
B 3		Leitender Ministerialrat	7,0	6,0
B 3		Ministerialrat	14,0	15,0
A 16		Ministerialrat	31,0	31,0
A 15		Regierungsdirektor 1) Eine vgl. Tit. 111 01	42,0	42,0
A 15		Baudirektor 1) Hiervon dürfen 0,25 Stellen nicht besetzt werden Eine vgl. Tit. 111 01	16,5	16,5
A 14		Oberregierungsrat 1)	28,0	28,0
A 14		Oberbaurat 1)	9,0	9,0
A 14		Oberkonservator	2,0	2,0
A 13		Regierungsrat	1,0	1,0
A 13		Oberamtsrat (T) +Amtszulage	1,0	1,0
A 13		Oberamtsrat Eine vgl. Tit. 111 01	40,0	40,0
A 13		Oberamtsrat (T)	2,0	2,0
A 12		Amtsrat	31,5	31,0
A 11		Regierungsamtmann 2 Stellen können auch mit Beamten einer anderen Fachrichtung des gehobenen Dienstes besetzt werden	16,0	16,0
A 10		Regierungsoberinspektor	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor + Amtszulage	4,0	4,0
A 9		Amtsinspektor	10,0	10,0
A 8		Regierungshauptsekretär	8,5	8,5
A 7		Regierungsobersekretär	5,0	5,0
Summe 1. Wirtschaftsministerium			277,5	276,0

Wirtschaftsministerium

0701 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2008	2009

Veränderungsnachweis	2009	
	Zugang	Abgang
B 6 (Ministerialdirigent) Stellenwegfall 2008 gem. § 2 StHG 2007/08	-	1,0
B 3 (Leitender Ministerialrat) nach Bes.Gr. B 3 (Ministerialrat)	-	1,0
B 3 (Ministerialrat) von Bes.Gr. B 3 (Leitender Ministerialrat)	1,0	-
A 12 (Amtsrat) Stellenwegfall 2008 gem. § 2 StHG 2007/08	-	0,5
zus. 1. Wirtschaftsministerium	1,0	2,5
bleiben	-	1,5

Wirtschaftsministerium

0701 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2008	2009
2. kw-Stellen Neue Steuerung				
A 15		Regierungsdirektor	3,0	2,0
		kw 31.12.2008	* 1,0	* 0,0
		kw 31.12.2009	* 2,0	* 2,0
A 14		Oberregierungsrat	1,0	1,0
		kw 31.12.2009	* 1,0	* 1,0
A 13		Oberamtsrat	2,0	2,0
		kw 31.12.2009	* 2,0	* 2,0
Summe 2. kw-Stellen Neue Steuerung			6,0	5,0
Summe kw			* 6,0	* 5,0

Veränderungsnachweis		2009	
		Zugang	Abgang
A 15	(Regierungsdirektor) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw	(31.12.2008) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
	zus. 2. kw-Stellen Neue Steuerung	-	1,0
	zus. kw	* -	* 1,0
	bleiben	-	1,0
	bleiben kw	* -	* 1,0

Summe a) Planstellen für Beamte	283,5	281,0
Summe kw	* 6,0	* 5,0

1) Bis zu drei Stellen können vorübergehend mit Beamten einer anderen Fachrichtung des höheren Dienstes besetzt werden.

Wirtschaftsministerium

0701 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2008	2009
Leerstellen für planmäßige Beamte (kw)				
B 3		Ministerialrat	1,0	1,0
A 16		Ministerialrat	1,0	1,0
A 14		Oberregierungsrat	1,0	1,0
A 13		Oberamtsrat	1,0	1,0
A 13		Oberamtsrat (T)	1,0	0,0
A 12		Amtsrat	1,0	2,0
A 11		Regierungsamtmann	3,0	1,0
A 9		Amtsinspektor	1,0	1,0
A 8		Regierungshauptsekretär	1,0	1,0
Summe Leerstellen für planmäßige Beamte (kw)			11,0	9,0

Veränderungsnachweis	2009	
	Zugang	Abgang
A 13 (Oberamtsrat (T)) Wegfall wegen Beendigung der Beurlaubung	-	1,0
A 12 (Amtsrat) neu für nach § 153b LBG beurlaubten Beamten	1,0	-
A 11 (Regierungsamtmann) Wegfall wegen Beendigung der Beurlaubung	-	2,0
zus. Leerstellen für planmäßige Beamte (kw)	1,0	3,0
bleiben	-	2,0

Summe Stellenplan für Beamte (ohne Leerstellen und Stellen für abgeordnete Beamte)	283,5	281,0
Summe kw	* 6,0	* 5,0

Wirtschaftsministerium

0701 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2008	2009

428 01 011 Stellenübersicht für Arbeitnehmer (Beschäftigte)

c) Tarifliche Beschäftigte

15Ü			1,0	1,0
15			3,0	4,0
		Eine vgl. Tit. 111 01		
		kw 31.12.2013	* 0,0	* 1,0
		Vgl. Tit. 111 01		
14			1,0	2,0
		Eine vgl. Tit. 111 01		
		kw 31.12.2013	* 0,0	* 1,0
		Vgl. Tit. 111 01		
		kw 31.12.2016	* 1,0	* 0,0
13		1)	9,0	9,0
		Eine beschäftigt aus Kap. 0708 Tit. 429 95 und eine aus Kap. 0710 Tit. 429 76 od. Tit. 429 77.		
		kw 31.12.2015	* 2,0	* 2,0
		Eine beschäftigt aus Kap. 0708 Tit. 429 95 und eine aus Kap. 0710 Tit. 429 76 od. Tit. 429 77.		
12			4,0	4,0
		kw 31.12.2016	* 1,0	* 0,0
11			7,0	7,0
10			2,0	2,0

Wirtschaftsministerium

0701 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2008	2009
9			10,0	8,0
		kw 31.12.2015	* 2,0	* 0,0
8	1)		22,0	22,0
7			6,0	6,0
6	1)		25,0	25,0
5-9		Fremdsprachenassistent; -sekretär	1,0	1,0
5	1)		8,0	7,0
4		(Kraftfahrer)	4,0	4,0
3			2,0	0,0
2-5		Schreibdienst	36,0	31,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			141,0	133,0
Summe kw			* 6,0	* 4,0

1) 9,0 Stellen der Entgeltgruppe E 13, 10,0 Stellen der Entgeltgruppe E 8, 14,0 Stellen der Entgeltgruppe E 6 und 7,0 Stellen der Entgeltgruppe E 5 dürfen entsprechend § 3a des StHG 2009 besetzt werden.

Wirtschaftsministerium

0701 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2008	2009

Veränderungsnachweis		2009	
		Zugang	Abgang
15	neu für Landeskartellbehörde für Energie	1,0	-
kw	(31.12.2013) neu für Landeskartellbehörde für Energie	* 1,0	* -
14	neu für Landeskartellbehörde für Energie	1,0	-
kw	(31.12.2013) neu für Landeskartellbehörde für Energie	* 1,0	* -
kw	(31.12.2016) Energiepreisaufsicht wird zeitlich unbefristet wahrgenommen	* -	* 1,0
kw	(31.12.2016) Energiepreisaufsicht wird zeitlich unbefristet wahrgenommen	* -	* 1,0
9	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	2,0
kw	(31.12.2015) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 2,0
5	Stellenwegfall 2008 gem. § 2 StHG 2007/08	-	1,0
3	Stellenwegfall 2008 gem. § 2 StHG 2007/08	-	2,0
2-5	(Schreibdienst) Stellenwegfall 2008 gem. § 2 StHG 2007/08	-	5,0
	zus. c) Tarifliche Beschäftigte	2,0	10,0
	zus. kw	* 2,0	* 4,0
	bleiben	-	8,0
	bleiben kw	* -	* 2,0

Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer	141,0	133,0
Summe kw	* 6,0	* 4,0
Summe Ministerium (ohne Leerstellen und Stellen für abgeordnete Beamte)	424,5	414,0
Summe kw	* 12,0	* 9,0

Wirtschaftsministerium

0712 Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2008	2009

428 01 188 Stellenübersicht für Arbeitnehmer (Beschäftigte)

c) Tarifliche Beschäftigte

-Erkundung, Dokumentation, Ausgrabung, Restaurierung und Auswertung von Kulturdenkmalen-

Beschäftigt aus Tit. 428 71

13	1)		16,0	16,0
11			1,0	1,0
9			5,0	5,0
6			4,0	4,0
5	1)		24,5	24,5
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			50,5	50,5

1) 16,0 Stellen der Entgeltgruppe 13 und 1,0 Stellen der Entgeltgruppe 5 dürfen entsprechend § 3a des StHG 2009 besetzt werden.

Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer			50,5	50,5
Summe Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege (ohne Leerstellen und Stellen für abgeordnete Beamte)			50,5	50,5

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium Personalstellen 2009

Kap.	Bezeichnung	Planmäßige Beamte			Nichtplanmäßige Beamte		
		Tit. 422 01			Tit. 422 01		
		2008	2009	2009+/-	2008	2009	2009+/-
0701	Ministerium	283,5 6,0 kw	281,0 5,0 kw	2,5 - 1,0 kw -	-	-	-
0712	Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege	-	-	-	-	-	-
	Einzelplan 07 Wirtschaftsministerium	283,5 6,0 kw	281,0 5,0 kw	2,5 - 1,0 kw -	-	-	-

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium
Personalstellen 2009

Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.			Angestellte und Vollbeschäftigte Arbeiter			Arbeitnehmer (Beschäftigte)			Gesamtzahl der Personalstellen			Kap.
Tit. 422 03			Tit. 425 01 / 426 01			Tit. 428 01						
2008	2009	2009+/-	2008	2009	2009+/-	2008	2009	2009+/-	2008	2009	2009+/-	
-	-	-	-	-	-	141,0	133,0	8,0 -	424,5	414,0	10,5 -	0701
-	-	-	-	-	-	6,0 kw	4,0 kw	2,0 kw -	12,0 kw	9,0 kw	3,0 kw -	
-	-	-	-	-	-	50,5	50,5	-	50,5	50,5	-	0712
-	-	-	-	-	-	191,5	183,5	8,0 -	475,0	464,5	10,5 -	
-	-	-	-	-	-	6,0 kw	4,0 kw	2,0 kw -	12,0 kw	9,0 kw	3,0 kw -	

